Alhambra Zeitung

November 07

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 4

Schwerpunkt
Interview mit Wagenburg 7
Freiräume 16
Freiräume verteidigen – Köpi bleibt Risikokapital! 18
Jagtvej 69 20
Überflüssige in einer überflüssigen Fabrik 22

Internationalismus
Erdgas in Burma 24
Mönche und brennende Moscheen 26

Repression
Solidarität organisieren – §129a abschaffen 28

Historisches
Schwarzes Bewusstsein von weißer Dumpfheit erschlagen 31

Militanz
Reflexions on Rostock 34

Praxis
Das Subversive suchen 40

Nachruf
ILSE PRESENTE! 45

Antirassismus
Prügel für Abschiebebeamte 46

Editorial

Wir beschäftigen uns in dieser Ausgabe der AZ Schwerpunktmäßig mit dem Thema Freiräume. Freiräume sind in den letzten Jahrzehnten das Zentrum linksradikaler Organisierung zumindest in Europa geworden und haben damit das Parteibuch, die Flagge oder die Betriebskampfgruppe als Zentrum der Mobilisierung und des Zusammenschließens abgelöst – natürlich ohne sie dabei überflüssig zu machen. In unserer Diskussion und damit auch in der Textauswahl sind wir leider einem ziemlich eurozentristischen Blick verhaftet geblieben, sorry. Aber wenn mensch sich dessen bewusst ist, dann kann mensch mit diesem Bewusstsein trotzdem eine lohnenswerte Auseinandersetzung mit Freiräumen in Europa führen. Denn auch wenn wir außerhalb Deutschlands nur zum Ungdomshuset berichten, ist es doch diese Art der autonomen Zentren, von den centri socciale in Italien bis zu den squats in England, die die Organisierungsform der Linksradikalen heute maßgeblich bestimmt. Wir haben uns dabei in der Diskussion außerdem auf konkrete Freiräume (also räumlich gemeint), wie Köpi, Ungdomshuset und der Oldenburger Wagenburg beschränkt, auch wenn wir uns beispielsweise noch mit dem Konzept der temporären autonomen Zonen beschäftigt haben. Das Konzept der temporären autonomen Zonen geht davon aus, dass in unvorhersehbaren Ausnahmesituationen, wie spontanen Aufständen und riots zum Beispiel, die gesellschaftlichen Regeln und damit das Herrschaftsgefüge temporär ausgeschaltet wird und so ein ´Raum´ entsteht, der weit über das Bestehende hinausweist und eben deswegen als Freiraum (von der gesellschaftlichen Ordnung) verstanden werden kann.

Die Definition des Schwarzen Kanals in Berlin fasst Freiräume als räumliche Orte linksradikaler Organisierung so zusammen: „Freiräume sind Orte, wo politischer Widerstand und Subkulturen sich entwickeln können. Das heißt, dass sie Diskussionen, Entwürfe und Anfänge für ein anderes, gemeinschaftlicheres, freieres Leben möglich machen. Sie sind Orte der sozialen Basis für Widerstand, und keine Schutzburg vor der ´bösen´ Gesellschaft. Diese Freiräume sind wichtig für Begegnungen zwischen Menschen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten, Kulturen, Lebensformen. Die unkommerziellen und selbstorganisierten Kulturzentren, Hausprojekte, Kiezinitiativen, Wagenburgen, verschiedene Kollektive brauchen wir für unser Leben. Diese Projekte sind ein wichtiger Schritt hin zu einer Alternative zum gegenwärtigen kapitalistischen System.“ Dieser Definition können wir als Redaktion uns erstmal anschließen, trotzdem finden wir es wichtig sich hin und wieder mal zu fragen, wohin denn das Geschehen im eigenen autonomen Zentrum, Wagenburg etc. so treibt. Denn so einige Projekte, die mit dem Anspruch angetreten sind, grundlegende gesellschaftliche Veränderung zu erreichen sind heute nichts anderes mehr als die ausgelebte Ikea –Ideologie. Schöner wohnen und das mit gutem Gewissen. Oder sie sind absolut selbstbezogen – vergessen sind die anderen da draußen, die ja zum Beispiel nicht das Privileg haben in ihrem eigenen Projekt wohnen, arbeiten etc. zu können.

Geronimo hat seine Kritik an selbstbezogenen Freiräumen einmal so auf den Punkt gebracht: „Wir kritisieren nicht unsere relativen Freiräume an sich, sondern Freiräume als Ziel. (...) ‘Freiräume’ erobern, absichern (...) das ist klassischer Reformismus! Das bringt kein System ins Wanken - auch das kapitalistische System reagiert sehr flexibel darauf: ‘Freiräume’ können integriert, Widerstand kanalisiert werden, Ghettos ohne Sprengkraft - Spielwiesen.“ Das der Kampf um einen autonomen Freiraum auch über sich selbst hinausgehen kann, wie zum Beispiel bei den Auseinandersetzungen um den Wagenplatz Bambule in Hamburg, übersieht er dabei jedoch.

Solche Orte und die immer mal wieder stattfindenden Auseinandersetzungen um sie gibt es auch in Oldenburg: ALSO, die Wagenburg oder im Alhambra. Während die ALSO jedoch nach dem Umzug Anfang 2007 ziemlich gesichert erscheint, werden sich die Auseinandersetzungen um die Wagenburg in den nächsten ein bis zwei Jahren verschärfen. Voraussichtlich kann sie nicht bleiben wo sie jetzt ist. Der Kampf um die Frage ob und wo sie dann bleiben kann wird uns also noch beschäftigen. Für ein super exklusives Interview haben wir uns mit zwei Wagenburgis zusammengesetzt und über den Gründungskampf, den Kampf um eine zweite Wagenburg um das Jahr 2000, das Wagenleben im Allgemeinen und die derzeitigen Auseinandersetzungen mit der Stadtverwaltung gesprochen.

Eine gute Übersicht zu der Gefahr von Freiräumen zum Selbstzweck zu werden bietet der Text, „**Freiräume**“, der Rosa Antifa Wien. Im Text werden vordergründig die Problematiken Sexismus und Rassismus angesprochen, die in und durch Freiräumen bekämpft werden, aber einige gesellschaftliche Zusammenhänge und Lebensbereiche, die Themen und Kämpfe in und um Freiräume sind, fallen unter den Tisch bzw. kommen unserer Meinung nach zu kurz. Wie z.B. der Aufbau von Autonomie, Kämpfe gegen Kommunikationszwänge, Entwicklung verschiedener Widerstandsformen gegen die bestehenden Verhältnisse,...

An einer Stelle verwenden die AutorInnen die Kategorie „ungute Männer“, die von Freiräumen ausgeschlossen werden sollten. Wir halten diese Kategorisierung für eine sehr verkürzte Kritik an sexistischen Strukturen, die eine Dekonstruktion von Geschlechterrollen nicht unterstützt.

Einen Artikel („**Überflüssige in einer überflüssigen Fabrik**“) über die besetzte Fahrradfabrik im thüringischen Nordhausen haben wir mit in den Schwerpunkt „Freiräume“ genommen,

weil wir denken, dass selbstverwaltete Produktion einen wichtigen Freiraum darstellen. Autonome Betriebskämpfe sind in der BRD nicht die Regel, es gibt nur wenige andere Beispiele. Der Artikel, der in der Woche des Produktionsbeginns erschien, gibt einen Überblick über die vergangenen drei Monate Betriebsbesetzung. Es wird über Sinn und Zweck der zeitlich limitierten Selbstverwaltung reflektiert.

Unser internationalistischer Blick richtet sich diesmal nach Burma. Die meisten von uns hatten vor dem großen Medieninteresse durch die durch die Mönche angeführten Aufstände Mitte September keine Ahnung von dem ostasiatischen Land. Als wir uns damit beschäftigten war bei einigen von uns zunächst große Verwirrung angesagt, ob mensch von Burma, Birma oder Myanmar sprechen sollte. Zum Begriff Birma war die Klärung ziemlich einfach. Sie entstammt aus der großen sprachlichen Verwirrung in Bezug auf die englische Aussprache vom eigentlichen (kolonialen) Namen Burma. Das Verhältnis der Begriffe Burma und Myanmar zu klären war da schon schwieriger. Zum einen wollte die Militärjunta mit der Umbenennung des Landes in Myanmar ausdrücken, dass sie den Kolonialismus hinter sich gelassen haben und einen souveränen Staat verkörpern. Beide Begriffe gehen jedoch auf das gleiche zurück: Burma kommt von Bama, eine Bezeichnung für die größte Bevölkerungsgruppe des Territoriums, Myanma wird synonym verwendet.

Der Text „**Erdgas in Burma**“ nimmt die Aufstände der Mönche, die ja letztlich auf eine Erhöhung der Gas und Benzinpreise zurückgeht, zum Anlass, Burma in den geopolitischen Kontext einzuordnen. Der Text „**Mönche und brennende Moscheen**“ beschreibt die Geschichte der Mönche vor allem in Bezug auf ihr Verhältnis zur Militärdiktatur. Die Darstellung der extrem widersprüchlichen Geschichte der Mönche reicht von der Befreiungstheologie bis zu den antiislamischen Pogromen.

Zur Repression bringen wir in dieser Ausgabe den Text „**Solidarität organisieren! § 129 a abschaffen!**“ von FelS (Für eine linke Strömung), der sich die Festnahmen der Mitglieder der mg (militante gruppe) zum Anlass nimmt sich nicht nur mit den juristischen Hintergrund des Paragraphen auseinandersetzt, sondern auch den historischen Kontext in dem er entstanden ist sehr gut zusammenfasst. Die Stärke der Argumentation besteht darin, dass sie dabei nicht in (zu kurz geratene) bürgerrechtliche Kritik verfällt. Vielleicht hätte der Text eher „Kritische Solidarität organisieren!“ heißen müssen, denn FelS schafft es die uneingeschränkte Solidarität mit den politischen Gefangenen zu fordern und gleichzeitig die mg grundlegend zu kritisieren. FelS wirft der mg vor ihre Politik nicht an sozialer Bewegung zu orientieren, sondern sich „die Form selbstbezogener Politik“ zu betreiben, die „radikale Linke isoliert hat“. Dieser Aspekt weist über die konkrete Kritik an der mg hinaus, und zwar auf eine generelle Kritik am Avantgarde-Modell hin, deren anschaulichsten Vertreter wahrscheinlich die RAF war. Außerdem wird damit zumindest angedeutet, dass es aus Sicht von Fels scheinbar ein generelles Problem der radikalen Linken gibt, sich mit sozialen Bewegungen rückzukoppeln bzw. selber eine zu sein. Unter diesen und anderen Aspekten fanden wir den Text sehr lohnenswert.

Der Text „**Schwarzes Bewusstsein von weißer Dumpfheit erschlagen**“ greift den 30. Todestag von Steve Biko auf und zeichnet daran die Entwicklung der Anti-Apartheitsbewegung nach. Normalerweise wird die Geschichte der Anti-Apartheidsbewegung auf Nelson Mandela und den ANC reduziert. Der ANC hat zwar das System der Apartheid abgeschafft, die soziale Realität einer krassen Klassengesellschaft, die nach wie vor – mit einigen prominenten Ausnahmen - zwischen den Hautfarben verläuft, wird jedoch durch ihr heutiges neoliberales Regierungsprogramm nicht verändert. Obwohl der ANC früher – also während der Apartheid - antikapitalistische und natürlich vor allem antirassistische Vorstellungen vertreten hat, steht er heute für die Reproduktion der gesellschaftlichen Ungleichheit und zermürbt sich dabei selber mit internen Machtkämpfen, die – bezeichnenderweise – auch noch zwischen ´ethnischen´ Grenzen verlaufen. Die Vergangenheitsbewältigung wird durch die Wahrheitskommission im Sinne einer ´nationalen Versöhnung´ betrieben, die einerseits die TäterInnen fast immer mit einem Schuldeingeständnis davon kommen lässt und andererseits eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit der Logik des bürgerlichen Rechts überlässt, statt die radikalen Konsequenzen aus der Vergangenheit zu ziehen. In großen Teilen der Bevölkerung führt die Entwicklung des ANC heute zu politischer Resignation.

Vor diesem Hintergrund erscheint uns eine veränderte Geschichtsschreibung extrem wichtig: Eine Geschichtschreibung von unten, die die Geschichte der Basisbewegungen der Anti-Apartheidsbewegungen wie beispielsweise des ‚Black Consciousness Movement‘ (BCM) in den Mittelpunkt stellt. Sie gehört in eine Zeit, in der der ANC kaum politische Relevanz hatte, die sich dann nach den Massaker in Soweto `76 rasant entwickelte. Zu diesen Bewegungen gehört eben auch die symbolisch sehr bedeutsame Figur des Steve Biko, die im Text ausführlich vorgestellt wird, auch wenn wir eigentlich einer derart personalisierten Form kritisch gegenüberstehen.

Interessant erschien uns der Text auch aus dem Grund, dass es in Oldenburg viele Soligruppen und Soliarbeit für Südafrika gibt. Dieser Text soll diese Gruppen motivieren ihre Soliarbeit noch einmal kritisch im politischen Kontext zu verorten und zu reflektieren.

Der Text von the others („**Reflexions on Rostock**“) war ein Beitrag im Zuge der insgesamt sehr polarisierenden und undifferenzierten Debatte um die Auseinandersetzungen vom 2. Juni in Rostock. Wir haben ihn ausgewählt, weil er sich unserer Meinung nach angenehm gegen die auf der einen Seite polemisch bis pubertären militanten Selbstbezichtigungen und auf der anderen Seite gegen die unglaublich staatsaffirmativen und unsolidarischen Reaktionen von Attac und anderen abhebt.

Das Interview „**Das Subversive suchen**“ von den AutorInnen des Buches Kommunikationsguerilla haben wir reingenommen, weil sich das Konzept der Kommunikationsguerilla einen Ausbruch aus versteinerten, abgenudelten Aktionsformen darstellt. Wir stimmen allerdings nicht mit allen Positionen der AutorInnen überein. Zum Beispiel stellen sie es als ihre neue Errungenschaft dar, nicht mehr davon zu sprechen, dass symbolische Aktionsformen ja „natürlich nicht alles“ seien. Denn die „Vorstellung von mehr oder weniger zentralen Kampffeldern“ sei falsch und anachronistisch. Wir hingegen halten eine Unterscheidung zwischen air campaign und ground campaign - oder wie auch immer mensch das dann bezeichnet - für sinnvoll. Air Campaign bezeichnet Kampagnen, politische Aktionen etc., die sich von einer Gruppe - in welcher Form auch immer - an die Öffentlichkeit, den öffentlichen Diskurs oder das Spektakel (s. Interview) richtet. Eine ground campaign unterscheidet sich davon, weil sie eine soziale Basis hat, ob es Arbeitslose, Flüchtlinge, StudentInnen, FabrikarbeiterInnen sind, die zum Einen die primären AnsprechpartnerInnen und zum Anderen eben - zumindest unter anderem - auch die Subjekte der Organisierung einer sozialen Bewegung sind.

„**Ilse Schwipper** ist tot, sie starb am 26.September 2007 nach einer kurzen schweren Krankheit. Ilse war eine von uns. Sie war Anarcha-Feministin, Antifaschistin, Stadtguerillera, Antiimperialistin.“ So leitet die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin ihren Nachruf ein und zeichnet danach kurz ihr extrem bewegtes Leben nach, das mit fast alle wichtigen poltischen Bewegungen der (west-) deutschen Nachkriegsgeschichte aktiv verknüpft war.

Der Text „**Prügel für Abschiebebeamte**“ nimmt eine sehr coole Aktion, bei der bei einer Abschiebung nach Guinea die abschiebenden französischen Beamten in Guinea verprügelt wurden, als Aufhänger, um Hintergründe französischer Migrationspolitik und Verbindungen zwischen Frankreich und Guinea darzustellen.

Eure Redaktion

Landkreis Göttingen bekräftigt seinen Entschluss, das Gutscheinsystem für Flüchtlinge abzuschaffen

Göttingen/Oldenburg Der Kreistag des Landkreises Göttingen hat in seiner Sitzung am 4. Oktober 2007 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt, seinen Beschluss vom 9. Mai zurückzunehmen, in dem die Abschaffung des Wertgutscheinsystems für Flüchtlinge beschlossen worden war. Flüchtlinge sollten künftig die ihnen zustehenden Leistungen in Bargeld erhalten.

Diese Entscheidung des Göttinger Stadtrates läuft damit der rassistischen Politik des niedersächsischen Innenministerium konträr entgegen, die unter anderem das Wertgutscheinsystem als probates Mittel zur Verhinderung der „Verfestigung des Aufenthaltes" ansieht. Diese Entscheidung macht aber auch deutlich, dass es auch der Stadt Oldenburg möglich wäre das von ihr selbst 1998 eingeführte Gutscheinsystem wieder abzuschaffen. Damit würden sie endlich die nach dem Streik der BewohnerInnen des Abschieblagers Blankenburg im Herbst 2006 verabschiedeten Resolution entsprechen, in der der Stadtrat selbst diese Forderung erhob. Bisher ließen sich aber noch keinerlei Anstalten erkennen etwas dafür zu tun.

Britische Schule testet RFID-Chips in der Schulkleidung

Doncaster Pionier ist die Hungerhill School mit einem Projekt, bei dem der Aufenthaltsort von SchülerInnen durch Chips, die in ihren Schuluniformen eingenäht sind, von den LehrerInnen festgestellt werden kann. Seit acht Monaten werden die RFID-Chips bei zehn SchülerInnen getestet. Auf ihren Handheld-Computern können die LehrerInnen sehen, in welchem Klassenzimmer sich die SchülerInnen aufhalten. Verbunden ist die Information jeweils mit einem Bild des Schülers und Informationen über seine schulischen Leistungen. Mit dem Chip kann man auch einzelnen SchülerInnen den Zugang zu bestimmten Räumen in der Schule verwehren.

Kritik an dem Projekt wurde etwa von David Clouter geäußert, der die Leave them kids alone ins Leben gerufen hat, um damit gegen die bereits in vielen Schulen umgesetzten Regierungspläne zu kämpfen, den SchülerInnen auch ohne Einverständnis der Eltern Fingerabdrücke abzunehmen. Für Clouter behandelt man mit dem „Tagging" die SchülerInnen ähnlich wie Verbrecher. Es sei vorerst aber nicht beabsichtigt, das RFID-Chip-System auf die gesamte Schule zu erweitern, beteuert der Direktor.

Viele gehen trotz Krankheit zur Arbeit

Bonn Aus Angst um den Arbeitsplatz verzichten einer Studie zufolge rund 77 Prozent der ArbeitnehmerInnen auf Krankmeldungen. Ein Drittel der Befragten gab zudem an, im vergangenen Jahr zur Arbeit gegangen zu sein, obwohl der Arzt davon abgeraten habe, berichtete das Politikmagazin „Panorama" unter Berufung auf eine noch unveröffentlichte Studie des Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen (WIDO). WIDO-Experte Helmut Schröder sagte, die Situation habe sich in den vergangenen Jahren verschärft.

Türkisches Parlament gibt Erlaubnis zur militärischen Intervention in den Nordirak

Ankara/Kurdistan Nur die 19 Abgeordneten der DTP (Demokratische Volkspartei) von insgesamt 550 stimmten gegen den Beschluss, der von jetzt an militärische Interventionen gegen die PKK im Nordirak legitimiert. Auf diese Abgeordneten wird enormer Druck ausgeübt: Sie werden nicht nur durch den nationalistischen Mainstream verbal attackiert. So wurde das Parteibüro der DTP von einer Demonstration der faschistischen Grauen Wölfe mit Steinen angegriffen.

Eine Militäraktion gegen die PKK im Grenzgebiet zum Nordirak wurde wenige Tage nach der Entscheidung von etwa 200 PKK-KämpferInnen angegriffen. Offiziell wurden dabei 13 türkische

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Soldaten (nach Angaben der PKK fast 40) und 32 kurdische FreiheitskämpferInnen getötet (nach Angaben der PKK waren es deutlich weniger auf ihrer Seite). Die PKK nahm dabei acht Geiseln gefangen, die von den türkischen Medien nicht erwähnt werden, weil es als Schwäche der zweitgrößten Armee der NATO ausgelegt werden könnte.

Parallel hat Präsident Erdogan seine Bestrebungen forciert, die irakische Regierung und andere Bündnispartner zur Kooperation im Kampf gegen die PKK zu drängen.

Wahlen in der Schweiz

Bern Bei den Wahlen in der Schweiz konnte die rechtspopulistische Schweizer Volkspartei (SVP) 29% der Stimmen erreichen, das sind 2% mehr als noch 2003. Die Wahlbeteiligung lag bei 48,9%.

Die SVP hatte durch einen rassistischen Wahlkampf international Aufsehen erregt. Zum Sinnbild wurde ein Wahlplakat, auf dem ein schwarzes Schaf von den weißen Schafen verstoßen und aus der Gemeinschaft ausgeschlossen wird. Ein geplanter ‚Marsch auf Bern', der sich damit explizit auf Mussolinis faschistischen ‚Marsch auf Rom', bzw. den nationalsozialistischen ‚Marsch auf Berlin' bezieht, konnte durch ein entschlossenes Auftreten linker Gruppen verhindert werden.

Die Veranstaltungsreihe im „Dritte Welt"-Laden geht weiter

Oldenburg Bisher fanden im Zuge der Veranstaltungsreihe drei Nachbereitungstreffen zum G8 und zwei super spannende Veranstaltungen zu Ruanda statt. Die differenzierte Darstellung der kolonialen Ethnifizierung und des politischen Kontextes der daraus folgenden Pogrome an den Tutsis 1994 wollte dazu beitragen den nach wie vor eurozentristischen Blick der hier ansässigen Linken aufzubrechen. Weitere Veranstaltungstermine sind: Mittwoch, 31.10.07: Migration, Frauenhandel und Prostitution in der Türkei // Mittwoch, 14.11.07: Migrationspolitik in Europa – Bericht vom Noborder Grenzcamp in der Ukraine // Mittwoch, 28.11.07: Nicaragua: Ortega und die Linke // Mittwoch, 12.12.07: Vergangenheitsbewältigung in Argentinien // Mittwoch, 19.12.07: Bildungsarbeit und Südafrikanische Gesundheitspolitik

Arbeitgeber konstruieren Gewerkschaft

Berlin Die neu gegründete Briefzustellergewerkschaft GNBZ ist mit dem Ziel angetreten, die vereinbarten Mindestlöhne zu senken, die zwischen von 8 bis 9,80 Euro festgelegt sind. Diese Gewerkschaft vertritt nicht die ArbeitnehmerInneninteressen, sondern ist ein Konstrukt der Artbeitgeber. Vieles spricht für diese These: Nach Auskunft des Berliner Polizeipräsidiums wurde die Demonstration der GNBZ Anfang Oktober in Berlin nicht von Beschäftigten angemeldet, sondern vom Unternehmen PIN. Beschäftigte aus Leipzig wurden mit Bussen nach Berlin gefahren. Für die Öffentlichkeitsarbeit sorgte die PR-Agentur WBPR, die die Veranstaltung ankündigte und anschließend Pressemitteilungen verschickte. Finanziert hat dies nach Auskunft eines WBPR-Mitarbeiters ebenfalls das Unternehmen PIN - das bis Redaktionsschluss nicht für eine Stellungnahme erreichbar war.

Unklar ist auch, wie die Gewerkschaft, die noch nicht einmal einen vollen Monat existiert, ihr Büro in den Räumen der Kölner Unternehmensberatung Optegra finanziert. Die Zahl der Gewerkschafts-Mitglieder ist jedenfalls noch ziemlich dürftig. Das Amtsgericht Köln lehnte unter anderem aus diesem Grund den Eintrag der GNBZ ins Vereinsregister ab - die laut eigenem Antrag lediglich 19 Mitglieder hat. Die Organisation erfülle die nötigen Anforderungen an eine Gewerkschaft nicht, sagte ein Sprecher des Amtsgerichts. Allerdings kann die GNBZ trotzdem als Gewerkschaft tätig werden - der Vereinsstatus ist hierfür keine Voraussetzung.

Robert Pinkus, Betriebsgruppenvorsitzender der gewerkschaftlich organisierten PIN-Mitarbeiter und Verdi-Mitglied, wirft PIN zusätzlich vor, Druck auf die

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Beschäftigten auszuüben. Dies sei der Grund, warum Zusteller zur Demonstration gegangen seien. „Der Grund ist die Sorge, arbeitslos zu werden. Mit dieser Drohung hetzt PIN die Leute gegen den Mindestlohn auf", sagt Pinkus. „Es wurde subtil und auch offen Druck ausgeübt, besonders auf die befristet Beschäftigten." Weiter erklärt Pinkus: „Vom PIN-Standort Leipzig sind Kollegen mit dem Bus nach Berlin gekarrt worden. Wenn man aus dieser Region kommt, kann man sich schlechter wehren. In Berlin verdienen die Zusteller mit Prämien etwas mehr als acht Euro. In Leipzig sind es um die sechs Euro, wie wir vermuten."

Ab November werden Fingerabdrücke im Pass gespeichert

Hamburg Im Juni wurde das neue Passgesetz im Bundesrat durchgewunken. Damit werden ab dem 1. November zusätzlich zum digitalen Gesichtsbild die Abdrücke zweier Finger in den Reisepass aufgenommen. Der Chaos Computer Club (CCC) ruft zum Boykott der „erkennungsdienstlichen Behandlung der gesamten Bevölkerung auf den Meldeämtern" auf. Wie dieser Boykott jedoch aussehen könnte, verschweigt der CCC uns leider.

NPD-Kundgebungen am 17.11.07 in Georgsmarienhütte und in Vechta

Am Samstag, den 17. November wird die NPD im Rahmen ihres Wahlkampfes für die niedersächsischen Landtagswahlen, die auf Anfang 2008 angesetzt sind, jeweils in Georgsmarienhütte (9 – 13 Uhr auf dem Roten Platz) und in Vechta (von 13 – 18 Uhr auf dem Europaplatz) eine Kundgebung abhalten.

Lassen wir sie nicht in Ruhe!
Organisiert Widerstand!

NPD-Bundesparteitag

Oldenburg Der für das Wochenende 27./28. Okober angekündigte NPD-Bundesparteitag, der in der Weser-Ems-Halle stattfinden sollte, ist abgesagt worden. Wann der Parteitag stattfinden wird ist noch nicht klar, da die NPD krampfhaft versucht gerichtlich durchzusetzen in der Weser-Ems-Halle tagen zu können. Achtet auf weitere Ankündigungen, z.B. unter www.alhambra.de/nonazis

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Sid: Geschichte der Wagenburg. Wie und wann kam es dazu?

Clyde: Wir haben gerade 15 Jahre Wagenburgleben in Oldenburg gefeiert, wobei das auch ein bisschen gemogelt ist, denn vor 15 Jahren hat sich die Gruppe das erste Mal zusammengefunden – wird erzählt – die dann später den Wagenburgplatz durchgesetzt hat. Zuerst wollten sie noch ein Haus besetzen, was sie sogar probiert haben. Das ließ sich aber nicht durchsetzen und daraufhin sind sie auf das Wagenleben umgeschwenkt. Dann haben sie sich eine Halle angemietet und da drin haben sie erstmal ganz still und heimlich die ersten fünf Wagen ausgebaut. Das war doch eine recht kleine Gruppe oder?

Und dann gab es im Frühling ´92 die erste Besetzung, das Gelände der Weser-Ems-Halle. Das war im Prinzip so: Aus der Halle rausfahren und „yeah“ - da sind wir.

Bonnie: Ich glaube fünf oder sechs Leute.Im Frühling ´92 ging es letzten Endes los. Wie gesagt: Das Projekt ist aus der Hausbesetzerszene entstanden, die es eben nicht geschafft haben das umzusetzen. In der Zeit ist es außerdem so gewesen, dass in ganz vielen Städten die ersten Wagenburgen entstanden sind. Und dann gab es im Frühling ´92 die erste Besetzung, ein Gelände an der Weser-Ems-Halle. Das war im Prinzip so: Aus der Halle rausfahren und „yeah“ - da sind wir. Die Zeit der Besetzungen hat dann drei Jahre gedauert. Es wurden also immer wieder Plätze besetzt und zwischendurch auch Plätze von Privatpersonen genutzt, die gesagt haben, dass die Wagenburg gerne auf ihrem Grundstück stehen kann. Später wurde der Rathausplatz für eine Woche besetzt, um öffentlichen Druck aufzubauen. Aber bei „Siebenbösen“ gab es beispielsweise auch eine ganz üble Räumung. Die Stadt hat es damals nicht zugelassen, dass die Wagenburg da war und hat die Wagen beschlagnahmen lassen...

Clyde: ...und dann wurden sie zurück geklaut. Wir sind dann mit einer Demo dahingegangen. Als die Demo ankam, waren die Wägen zurückbesetz. Die beschlagnahmten Wagen standen auf einem umzäunten Gelände.

Bonnie: Inzwischen gab es auch schon viel öffentlichen Druck, der auch von Leuten von außerhalb mit aufgebaut wurde. Ich glaube nur aus Oldenburg und aus der Szene wäre es nicht möglich gewesen einen Platz durchzusetzen. Behaupte ich mal... Bei den Wagentagen zum Beispiel kamen ganz viele Leute – viele mit Lkws – die vor der Bezirksregierung geparkt und dann so richtig Stärke gezeigt haben. Und dann gab es auch so eine Ansage aus Hannover, dass sie sich hier mal nicht so anstellen sollen in Oldenburg und dem Wagenplatz einen Platz geben sollen.

Clyde: Ich war auf den Wagentagen damals. Da ist dann eine Resolution von 80 Wagenplätzen bekannt gegeben worden, dass das ja überhaupt gar nicht geht, was in Oldenburg abgeht und dass es nicht sein kann, dass sich ausgerechnet Oldenburg so anstellt und sich gegenüber den Wagenleuten so scheiße verhält. Denn in Oldenburg sind sie mit einer überdurchschnittlichen Härte vorgegangen. Aber unsere Vorgänger_innen haben da echt schon hartnäckig gekämpft. Das muss man auch mal so sagen. Ja. Und diese Resolution ist dann überbracht worden, so von 10 – 12 Wagen an das „....büro“ und das war wohl das I-Tüpfelchen, das den Umschwung gebracht hat.

Nancy: Da würde mich jetzt so interessieren, hat das denn bei den ganzen anderen Wagenburgen anders ausgesehen? So, wenn ihr jetzt sagt, hier hat es richtig Ärger gegeben von der Stadt oder so. Oder liegt das nur daran, dass Oldenburg halt nicht so groß ist wie zum Beispiel Berlin. Oder das sie sich hier so angestellt haben, weil es einfach konservativer ist, so unter dem Motto „was wollen wir mit einem Wagenplatz?“

Bonnie: Glaube schon, dass sie in Oldenburg halt durch diese Größe natürlich eher einen Überblick über ihre Flächen haben. Also in Berlin kannst du schon mal viel schneller Fläche besetzen und das stört erst einmal keinen, weil auch

exklusiv-Interview mit Bonnie & Clyde* von der Oldenburger Wagenburg von Sid und Nancy* (Lokalredaktion der AZ)

Live und direkt über die Gründungskämpfe, den Kampf um eine zweite Burg, das Wagenleben und die aktuellen Auseinandersetzungen mit der Stadtverwaltung

*alle Namen von der Redaktion geändert

einfach so viel Brache da ist. Das sieht dann hier in Oldenburg einfach etwas anders aus. Und also in Bremen ist der Wagenplatz, also das Ökodorf, letzten Endes auch so entstanden. Dort gab es ein Parzellengebiet, das leer stand, weil da gebaut werden sollte. Dann sind da so nach und nach ein paar Leute hingezogen, vor allem in Hütten, aber auch in Wagen. Und das hat sich einfach so langsam entwickelt. Aber diese Fläche gehörte auch nicht der Stadt, sondern der Baugesellschaft Gewoba. Und das ist dann erst nach drei Jahren geräumt worden. Da gab es dann allerdings auch einen Ausweichplatz.

Clyde: Aber das ist eigentlich schon ganz unterschiedlich gewesen. Flensburg wurde ungefähr um diese Zeit gegründet – auch Anfang der 90er. Die haben einen Platz besetzt, eine alte Gärtnerei. Und einen Tag später sind dann Leute von der Stadt gekommen und haben gesagt: „Toll, das ihr hier was macht. Komm lass uns das mal ordentlich machen. Ihr kriegt einen Vertrag." Das ist natürlich jetzt auch ein Extrembeispiel, aber so konnte es auch laufen. Und dazwischen gab es einfach alles. Aber Oldenburg hat sich mit dieser Härte schon als ein bisschen extrem dargestellt.

Sid: Das heißt, es gab damals eine Zeit, also etwas 2 ½ Jahre, von wilden Besetzungen. Und dann ist die Stadt auf den Wagenplatz zugekommen? Oder liefen die Verhandlungen schon länger?

Bonnie: Die liefen schon ziemlich lange. Und es gab halt diesen Professor „Nitsch", der ganz massiv was gemacht hat. Und der Rechtsanwalt Hajo Köhler hat sich auch ziemlich dafür eingesetzt. Pu war auch ganz aktiv. Ich weiß nicht, was er wirklich bewirkt hat. Ich meine, der hat so Verbindungen, weil er alter Oldenburger ist und Politiker persönlich kannte. Also es gab auf jeden Fall Verhandlungen.

Sid: Ihr habt erzählt am Anfang waren es so fünf oder sechs Leute. Und dann wurden es ziemlich schnell mehr. Heute sind es deutlich mehr und auch Ende der 90er als der Kampf um den zweiten Wagenplatz für Oldenburg geführt wurde. Wann seit ihr denn dazu gekommen?

Bonnie: Also ich habe zuerst in Bremen gewohnt – im Wagen schon, habe aber in Oldenburg studiert und wollte in einem Wagen wohnen. Dann standen die gerade an der Uni und es war es so, dass sie internen Stress hatten, weil sie mit dem Kampf so beschäftigt waren. Sie wollten damals keine neuen Leute. Dann gab es im Mai ´95 den neuen Platz hier und im Oktober ´95 bin ich dann hier her gezogen. Da haben hier dann sieben Leute gewohnt, von denen zwei aber auch schon neu waren.

Clyde: Ich bin ein Jahr drauf dazu gekommen. Auch aus Bremen zugezogen.

Bonnie: Und in dieser Kampfzeit war das ein ziemlicher Wechsel, weil man das auch nicht zweieinhalb Jahr durchhält, also keine Wohnung zu haben, sozusagen. Ich weiß nicht, es waren bestimmt mal 10 Leute und zwischendurch auch nur mal drei. Also es war so ein Hin und Her.

Clyde: Und das hier so ca. 15 Leute wohnen, das ist schon ein paar Jahre so, dass wir dieses Level halten. Das ist aber auch die Obergrenze, die wir haben. Zum einen wegen des Vertrages, den wir mit der Stadt haben und zum anderen wegen des Platzes und was hier so geht. Und das war schon 2000 offensichtlich, dass der Bedarf viel größer ist als diese 15 Wohnplätze auf der Oldenburger Wagenburg. Und darum haben wir damals versucht, zusammen mit anderen Leuten, die halt keinen Platz hatten,einen neuen Platz durchzusetzen. Und das lief zuerst über die traditionelle Schiene: Erst einmal besetzen und dann fragen. Es gab in der Vorbereitung eine Demo „Tausend Wagenplätze für Oldenburg", die sich dafür stark gemacht hatte.

Und das lief zuerst über die traditionelle Schiene: Erst einmal besetzen und dann fragen.

Bonnie: Also es war 2000 „Bunte Hunte" und ging zwei Monate lang. Wir hatten eine Menge Spaß und es kamen eine Menge Leute von außerhalb. Und es ging uns darum, dass wir einen zweiten Platz haben, damit hier neue Leute einziehen können. Aber die Stadt hat das nie getrennt. Die haben immer gedacht, dass sind wir hier mit dem zweiten Platz. Also die Wagenburg. Wir konnten denen tausend Mal sagen: Nein, wir sind die „Bunte Hunte", nicht die Wagenburgleute. Das haben die uns aber komplett nicht geglaubt. Zur Strafe haben die den Vertrag für diesen Platz hier nicht verlängert. Er wurde dann irgendwann wieder verlängert, als sich die „Bunte Hunte" wieder aufgelöst hatte. Aber das war halt ein klares Signal von Seiten der Stadt. Ok. Wir haben dann städtische Plätze besetzt, zum Beispiel ein super Gelände am Neddernd mit einer Halle. Total geil mit Wald und allem und Betonflächen – super - ... Das gehört aber einer Privatpersonen aus dem Ruhrgebiet. Die Stadt hat sich daraufhin bei ihm gemeldet und ihm gesagt: „Das geht so ja gar nicht. Sorg mal dafür, dass die Wagenburg davon runter geräumt wird."

Nancy: Aber ihr ward nie in persönlichen Verhandlungen mit der Einzelperson?

Bonnie: Doch waren wir auch. Ich war auch einmal mit dabei, doch das waren so Gespräche, bei denen wir dann raus gegangen sind nach dem Motto: Warum waren wir eigentlich hier. Also es war halt immer die Aussage der Stadt: Wir haben keine freien Flächen, die dafür geeignet wären...

Nancy: Was ja offensichtlich Blödsinn war.

Bonnie: Ja, ... die haben überhaupt keine Bereitschaft gezeigt zum zweiten Wagenplatz. Wobei wir auch weniger mit den Politikern geredet haben. Also da gab es einmal Gespräche im Rathaus. Hauptsächlich waren es Gespräche mit dem Liegenschaftsamt. Die wurden immer so vorgeschoben, weil es ja um städtische Flächen geht und da müsste ja die Verwaltung was zu sagen.

Clyde: Und die Verwaltung hat sich komplett quer gestellt. Eine Erfahrung war daraus, dass sich zu jedem denkbaren Platz Gründe finden ließen, warum das jetzt nicht gehen soll. Und das ist eine Erfahrung, die jetzt bei dem aktuellen Kampf reinspielen.

Sid: Könnte man das als bürokratische Zermürbungstaktik nennen?

Nancy: Oder Angst vor Übernahme durch irgendwelche linken Zecken oder so? Schließlich ist die Ablehnung ja letztendlich nicht wirklich begründbar, wenn es nun mal freie Plätze oder freie Flächen gibt.

Clyde: Na ja, dass sie mit den Flächen lieber etwas ganz anderes machen würden, das ist bei so einer Stadtverwaltung nicht so verwunderlich. Sie wollen lieber einen Supermarkt, oder wat weiß ich. So denken die halt. Die haben halt ihr Bild von Stadtentwicklung und mit einem Wagenplatz konnten die zu der Zeit noch gar nichts anfangen. Wie weit sich das jetzt geändert haben soll, da müssen wir mal so gucken.

Na ja, dass sie mit den Flächen lieber etwas ganz anderes machen würden, das ist bei so einer Stadtverwaltung nicht so verwunderlich. Sie wollen lieber einen Supermarkt, oder wat weiß ich. So denken die halt.

Sid: Und warum habt ihr dann den Kampf eingestellt? War der Druck der Stadt zu groß? Oder waren die Leute einfach zu fertig vom ewig Unterwegs-Sein?

Bonnie: Ja.

Sid: Also ich erinnere mich noch an die Besetzung des Schlossplatzes. Da habe ich nur noch im Kopf – zu der Zeit bin ich gerade in die Szene gekommen – dass die Leute alle total fertig ausgesehen haben und ich auch nur dachte: huijujui.... Aber vielleicht war am Tag vorher eine große Party – ich weiß es nicht...

Bonnie: Also Parties gab es auf jeden Fall sehr viele... Aber das Ganze war auch total anstrengend. Also wir haben das ja nur zweieinhalb Monate gemacht, aber trotzdem, ist es voll unsicher: da stellst du deinen Wagen irgendwo ab, kannst dann ja auch nicht großartig weg gehen und jeden Tag Plenum und Gespräche, Planungen und Aktionen, Holz besorgen, durch die Stadt rockern und Plätze checken und einen Plan machen und dann wieder diskutieren, was man zu wem sagt und dann kamen auch die Bullen und hängen überall diese Räumungsverfügungen an den Wagen und man selbst denkt: scheiße, wo fahren wir denn jetzt hin. Also irgendwann macht das dann auch keinen Spaß mehr.

Clyde: Und wir waren auch nicht richtig bereit zu der Zeit es auf die Spitze zu treiben. Wir haben zum Beipiel keine Beschlagnahmung der Wägen riskiert. Es kam keine richtige Räumung, denn wir sind immer gegangen, bevor sie uns geräumt haben.

Nancy: Also nicht so wie 1992?

Clyde: Ja.

Nancy: Und das war auch so im Plenum so beschlossen? Also wie weit wollt ihr gehen und wie weit eben nicht?

Bonnie: Ja, das war schon irgendwie klar, dass wir nicht so weit gehen wollten. Weil letztendlich haben wir es so gesehen und die Stadt hat es auch so gesehen: Wir haben hier einen Platz. Und von daher war der Druck auch nicht so groß. Und dann waren die „Reste der Bunten Hunten“ noch ein paar Wochen hier nebenan auf diesem Parkplatz. Und das hat sich dann so nach und nach aufgelöst. Also es ist schon während der Zeit immer ein bisschen abgebröckelt, das immer mal jemand weg gefahren ist oder so. Ja und jetzt? Jetzt reden die

Politiker sogar davon, dass sie sich zwei Plätze sogar vorstellen können.

Nancy: Also das ist jetzt aktuell zur eurer derzeitigen Situation?

Bonnie & Clyde: Jaaaa.

Sid: Gab es intern eine Veränderung, zum Beispiel in Bezug darauf wie der Platz zusammengesetzt war. Also er war wohl schon immer kultureller Treffpunkt mit Parties und Konzerten. War es denn damals ganz anders, vielleicht sagt ihr ja, es war viel politischer oder politisch bewusster oder ist er es heute?

Clyde: Das kann man so nicht sagen. Wenn du darauf hinaus willst, wie eng die Leute zusammen waren als Kollektiv, dann kann ich sagen, dass es in so einer Kampfzeit stärker zusammen ist. Wenn man den ganzen Tag zusammen ist, dann gestaltet und plant man diesen Tag zusammen in der Gruppe. Da ist einfach eine ganz andere Intensität vom Gruppenprozess. Aber mal so in die normalen Zeiten reingesehen, sprich der Alltag, dann würde ich sagen, dass man das gar nicht so pauschal sagen kann, ob das jetzt politischer ist oder nicht. Es gab immer Veränderung in verschiedene Art, es ist immer Bewegung drin im Platz und in der Zusammensetzung der Leute und in den Aktivitäten der Leute, womit sie sich gerade beschäftigen. Und ich würde das jetzt nicht in so eine Kategorie fassen wollen, politisch bewusster oder weniger bewusster. Natürlich gibt es so was, was Gemeinschaftsleben betrifft, da gibt's dann Phasen, wo es mal stärker oder auch weniger stärker ist bzw. ausgeprägter. Eigentlich hat sich das über die Jahre, so wie ich das sehe, schon immer ein guter Gruppenzusammenhalt gehalten, trotz der unterschiedlichen Zusammensetzungen. Oder?

Die Wagenburg, das ist ein Raum der Möglichkeiten schafft, wo man viel lernt, persönlich erst einmal, wo sich andere Energien ergeben, dadurch das wir hier zusammen sind mit allen unseren verschiedenen Fähigkeiten, Verbindungen, etc. Und das aus diesem Kreis hier, alles mögliche unterstützt wird (also das was so läuft) ohne dass das jetzt „die" Wagenburg ist.

Bonnie: Die Struktur an sich hat sich schon ein bisschen gewandelt, weil hier vor 10 Jahren fast nur StudentInnen gewohnt haben. Und jetzt wohnt eigentlich gar kein Student mehr hier. Voll viele sind einfach am arbeiten, haben eine Festanstellung oder sind freiberuflich. Und sie müssen schauen, wie sie ihr Leben gestalten. Also von daher hat sich die persönliche Struktur schon geändert und alle sind irgendwie auch älter geworden. Das hier ist ein Platz, wo die Menschen lange bleiben – es gibt hier wenig hin und her geziehe, so wie es auf manch anderen Plätzen ist. Das ist hier schon eine ziemlich fester Gruppe. Klar, die Leute wohnen hier schon seit sieben oder acht Jahren hier und sind entsprechend älter geworden und führen ein anderes Leben. Und so mit den Parties, so 1997/1998, da war eine Zeit, wo wir nur gefeiert haben. Da ist z.B. unsere Kneipe richtig entstanden, ganz viele Konzerte waren hier und so. Das ist jetzt auch nicht mehr so intensiv. Obwohl diesen Sommer war es wieder ein bisschen mehr, habe ich zumindest das Gefühl, dass wir mehr lustige Sachen zusammen gemacht haben. Wie gesagt, dass war auch schon mal weniger. Und ob wir jetzt politischer sind oder auch nicht, kann ich so genau nicht sagen. Also über die Wagenburg an sich sagen dann Leute, die nicht von sind beispielsweise: Die Wagenburg macht das und das und ist das und das. Aber es wohnen hier halt einfach Menschen und die zusammen sind die Wagenburg und jeder ist politisch oder nicht politisch. Es ist einfach schwer, dass so zu beantworten.

Und ich meine, was ist schon politisch? In dieser Art des Zusammenlebens, wie wir es machen, steckt schon ganz klar so ein solidarischer Kern drin.

Clyde: Also das wir als Gruppe politisch handeln, gibt's selten, also dass wir als Gruppe jetzt quasi offiziell unterstützen, mitmachen, etc. ist eher selten. Die Wagenburg, das ist ein Raum der Möglichkeiten schafft, wo man viel lernt, persönlich erst einmal, wo sich andere Energien ergeben, dadurch das wir hier zusammen sind mit allen unseren verschiedenen Fähigkeiten, Verbindungen, etc. Und das aus diesem Kreis hier, alles mögliche unterstützt wird (also das was so läuft) ohne dass das jetzt „die" Wagenburg ist. Es muss zu den Möglichkeiten keinen Plenumsbeschluss geben, man macht das oder jenes. Es ist eher so: Es gibt Anfragen wie „könnt ihr dann und dann ...", dann brauchen wir hier keinen offiziellen Beschluss, dass wir das als Gruppe unterstützen, sondern dann ist da einfach die Frage: Kann da jemand von uns? Möchte das einer von uns machen? Hat da wer Zeit? Haben wir die Kapazitäten, Möglichkeiten? Ganz häufig kommt da dann ein Ja, weil wir aufgrund der Gruppe, der Zusammensetzung die Möglichkeiten haben. Oder?

Bonnie: Ja, genau so ist es.

Nancy: Und wenn dann kann man das politisch so betrachten, also so würde ich das sehen, dass ihr euch alle bewusst gegen ein anderes Leben entschieden habt. So eben das Wagenburgleben. Ich finde, dass ist schon eine politische Aussage.

Bonnie: Auf jeden Fall. Also die Zeiten der Grundsatzdiskussionen sind vorbei. Es ist total klar, wer hier wohnt, passt irgendwie in diese Richtung. Das macht das sehr angenehm, deswegen können wir spontan Aktionen unterstützen. Oder es ist nicht die Frage, ob wir es machen, sondern wer es macht.

Sid: Was heißt denn diese Richtung? Also was bedeutet für euch Wagenleben? Welche politische Entscheidung steckt da irgendwie mit drin, wenn man sich für das Leben auf einer oder besser dieser Wagenburg entscheidet?

Clyde: Ich glaube, es ist auch wieder ganz schön individuell, aber was da bestimmt zugehört ist auf jeden Fall die

Selbstorganisation, also Dinge selber in die Hand zu nehmen, nicht darauf zu waren, dass irgendwer irgendwas für irgendjemand macht. Stattdessen geht es darum, sich selbst um etwas zu kümmern, Verantwortung zu übernehmen. Unser Anspruch und unsere Praxis ist, dass wir gemeinsam ganz viel regeln, also ein Gemeinschaftsgefüge haben. Dass es auch Auseinandersetzungen gibt. Es geht um die Bereitschaft des Zusammenlebens und der Auseinandersetzung. Und ich meine, was ist schon politisch? In dieser Art des Zusammenlebens, wie wir es machen, steckt schon ganz klar so ein solidarischer Kern drin. Das ist die Grundidee. Die müssen wir nie aussprechen, weil das Gemeinschaftliche, das Miteinander und Füreinander, da ist. Und das man dann Aktionen, die entweder für andere Freiräume sind oder die für Menschen sind, die, wenn ich so an die Flüchtlingskämpfe denke, Solidarität brauchen, dass man dann solche Aktionen unterstützt, dass muss man nicht hochpolitisch diskutieren. Das ist dann eine Frage aus der Menschlichkeit heraus, die irgendwie hier eine Selbstverständlichkeit ist. Vielleicht ist das jetzt ein bisschen hoch gegriffen, aber so in diese Richtung geht das.

Das sagen vermutlich Leute, die sich dann einer Theke ihres autonomen Freiraumes irgendwie bequem machen können. Das sagen die Leute in Städten, wo es diese Freiräume nicht gibt, weil diese Räume erst bestimmte Sachen möglich machen. Also was wäre Oldenburg ohne das Alhambra oder ohne den Wagenplatz.

Bonnie: Auf jeden Fall. Also was ich nochmal total wichtig finde, ist die Selbstbestimmung. Du kannst dir einen Wagen suchen, der dir gefällt. Baust ihn so aus, genau so, wie du ihn dir vorstellst. Das ist deins, du hast ihn selber gebaut - das allein ist schon total großartig. Hat bestimmt auch was mit Persönlichkeitsentwicklung zu tun. Und es ist einfach ein Wechselspiel. Einerseits kannst du deinen individuellen Wunsch ausleben, denn du hast dein Häuschen auf Rädern. Wenn du keinen Bock auf irgendjemand hast, dann machst du deine Tür zu und wenn du Leute sehen willst, dann gehst du z.B. in die Küche. Hier triffst du immer jemanden. Alle freuen sich darüber, dich zu sehen. Und wenn du irgendwie deine komischen Filme schiebst, dann ist auch ok. Das ist einfach eine ganz tolle Art zusammen zu wohnen, finde ich. Denn du hast deine Freiheit sozusagen, aber du hast eben andererseits auch die Verbundenheit. Und klar wollen wir hier alle ein bisschen Verbindlichkeit, was so Gemeinschaftssachen angeht.

Clyde: Hier hast du natürlich auch deine „ganz normalen WG-Probleme so wie Küche und Bad."

Bonnie: Eigentlich ist das hier so eine riesen WG, nur dass man nicht Wand an Wand wohnt.

Clyde: Und hier hast du einfach mehr Möglichkeiten, aber auch mehr Anforderungen. Also hier kann man keinen Vermieter anrufen und sagen: das Dach leckt. Hier muss sich dann jemand drum kümmern und das ist man dann selber.

Sid: Das gleiche gilt ja auch zum Beispiel für besetzte Häuser, autonome Zentren.

Clyde: Sehe ich auch keinen großen strukturellen Unterschied.

Sid: Außer das was Bonnie gerade sagte, dass man hier seinen eigenen Wagen hat, statt eines Zimmer. Also gibt es hier mehr Individualismus.

Ich glaube, dass solche Freiräume total wichtig sind, denn wir können gesellschaftliche Veränderungen nicht vom Schreibtisch ausmachen, wir brauchen reale Räume und wir brauchen reale Plätze und Strukturen – also diese Freiräume!

Sid: Jetzt sind wir ja gerade mehr auf den allgemeinen Teil eingestiegen und weil wir eben gerade zum Schwerpunkt Freiräume arbeiten und eine Diskussionen darum führen, würden wir gerne eure Meinung dazu hören: Was sind eigentlich Freiräume und was bedeuten sie? Kann man sie als Ausgangspunkt für soziale Kämpfte verstehen oder auch als Selbstzweck? Es gibt halt verschiedene Positionen zum Thema Freiräume, Wagenburgen, besetzte Häuser usw. Es gibt beispielsweise aus der autonomen Szene Leute, die sagen, diese ganzen Auseinandersetzungen um Freiräume binden nur Kräfte, d.h. Leute, die für diese Projekte kämpfen, werden zu Reformisten oder Hippies, die nur das schöne kleine Paradies haben wollen, aber gleichzeitig vergessen, dass in dieser Gesellschaft ganz viel große Scheiße läuft.

Clyde: Das sagen vermutlich Leute, die sich dann einer Theke ihres autonomen Freiraumes irgendwie bequem machen können. Das sagen die Leute in Städten, wo es diese Freiräume nicht gibt, weil diese Räume erst bestimmte Sachen möglich machen. Also was wäre Oldenburg ohne das Alhambra oder ohne den Wagenplatz. Also wo sind die Ansatzpunkte? Wie einfach wäre es dann oder wie schwierig wäre es dann irgendetwas anderes zu organisieren, wo sollen sich dann die Leute treffen? Also mir kommt es dann immer so vor, als ob das eine Ausrede sei einfach nix zu tun. Ich meine, natürlich gibt es so etwas, also Projekte wie besetzte Häuser oder wie Wagenplätze, wo die Leute einfach nur auf sich selbst oder ihre Gruppe bezogen sind. Wo es in Richtung Zweck-WG hinaus läuft, wo es keine Außenwirkungen mehr gibt. Das kann passieren, aber es liegt an den Leuten, die es machen oder die es nicht machen oder die es nutzen oder nicht nutzen. Ich glaube, dass solche Freiräume total wichtig sind, denn wir können gesellschaftliche Veränderungen nicht vom Schreibtisch ausmachen, wir brauchen reale Räume und wir brauchen reale Plätze und Strukturen – also diese Freiräume!

Bonnie: Also ich wehre mich da auch gegen totale Verallgemeinerung, weil jedes Projekt unterschiedlich ist, verschlossen oder offen – je nach dem. Und hier ist es so: Klar machen wir un-

seren Platz schön und zwar weil wir hier auch schön wohnen wollen. Wie jeder Mensch eben auch sein Zimmer schön machen möchte oder so. Und trotzdem ist es uns voll wichtig, dass das hier ein Platz ist, an dem Leute immer wieder hin kommen können. Also ob es jetzt die Parties in der Conga, Konzerte oder Vokü sind, wo sich Leute einfach aus der Szene treffen und auch einfach mal privat Spaß haben können oder auch neue Ideen entwickeln. Wir sind ja auch einfach ein Platz, wo die Leute von außerhalb hin kommen können, wie z.B. die Flüchtlingskarawane, die Fahrradkarawane oder zu den Wagentagen. Das hat immer etwas mit Vernetzung zu tun und da geht's nicht nur darum Plätze zu verteidigen, sondern da geht's auch um ganz andere Sachen, ob es jetzt der G8, Naziaufmärsche etc. sind. Es ist ein Platz, wo sich Leute treffen und sich zusammenzuschließen.Und trotzdem ist es möglich, seine schöne heile Welt mit dem grünen Gärtchen vor der Wagentür zu haben. Und das ist absolut kein Widerspruch.

> Die Macht haben wir nicht, uns mit aller Gewalt an diesen Platz festzuhalten. Wir haben aber die Macht nicht zu verschwinden.

Sid: Kommen wir zum aktuellen realpolitischen Geschehen. Dazu habt ihr gerade eine Broschüre heraus gebracht. Die Wasserstadt scheint beschlossene Sache zu sein. Wasserstadt bedeutet, dass das ganze Viertel hier saniert werden soll. Wahrscheinlich wird das hier dann nicht so positiv für einige Leute ausgehen, vor allem für die, die nicht so viel Geld haben. Und was bedeutet das insgesamt für das Straßenleben hier im Bahnhofsviertel. Es könnte sogar sein, dass die Wagenburg dann nicht mehr hier bleiben kann. Ob das mit der Wasserstadt umgesetzt wird, ist nochmal eine ganz andere Frage. Die Finanzierung dafür steht noch nicht usw. Aber wie gesagt, dass habt ihr in eurer Broschüre schon nieder geschrieben. Mich würde noch einmal interessieren, welche Entscheidungen ihr intern bislang getroffen habt. Ihr habt euch in dieses Bürgerbegehren mit eingebracht. Warum habt ihr diese Mittel gewählt? Und wie wollt ihr dagegen vorgehen? Und welche Perspektiven habt ihr bei dieser Auseinandersetzung?

> Wir kämpfen nicht mehr grundsätzlich darum, dass es Wagenleben in Oldenburg gibt, (...) aber was daraus jetzt folgt, ist noch die große Frage wo und wie und darum wird der Streit dann gehen.

Bonnie: Also Stand der Dinge ist zunächst, dass das noch keine beschlossene Sache ist. Der Bauausschuss hat die Fördermittel beantragt, es ist aber für dieses Jahr wieder zurückgezogen worden. Also es wird nächstes Jahr neu beantragt, weil es dann auch mehr Geld gibt. Das ist dann auch erst im Spätsommer klar, ob diese Fördermittel kommen oder nicht. Was jetzt aber läuft, ist dieser städtebauliche Wettbewerb, dass Architekten dieses Viertel schon mal schön verplanen können und wenn das durch ist, das wird im Frühling 2008 sein, dann muss erst mal der Bebauungsplan geändert werden, was zumindest ein Jahr dauert und parallel läuft diese Zusage oder Absage der Fördermittel. Also in einem Jahr wird schon alles klar sein. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass das nicht so klappt, wie es sich Pantel (Baurat) wünscht, aber es ist eben noch nicht hundert prozentig sicher. Dann wird es so sein, dass das Viertel komplett saniert wird, d.h. alles kommt weg, bis auf die identitätsstiftenden Backsteinhäuser. Es sagen auch alle Politiker, dass das so sein wird. Also das wir weg gehen müssen und alles saniert und planiert wird, weil man sonst keine Investoren finden kann.

Nancy: Aber ist es denn jetzt so, im Vergleich zu damals, dass die Politiker sagen: Euch wollen wir hier weg haben oder kam eher von

denen der Vorschlag: hey, wir wollen hier zwar was anderes machen, aber wir haben für euch noch andere Plätze?

Bonnie: Also das läuft alles auf verschiedenen Ebenen. Also es gab da diese Bürgerbeteiligung letztes Jahr im Herbst im PFL und es ist da diese Interessensgemeinschaft „Lebenswertes Hafenviertel" gegründet worden. Im Zuge dessen ist die Wagenburg auch immer wieder aufgetaucht, also auch auf den ganzen Bürgerforen: Wagenburg, Wagenburg, Wagenburg. So dass die Verwaltung nicht umhin kommen konnte, festzustellen, dass es die Wagenburg gibt, für die es eine Lösung geben muss. Und dann haben die uns angesprochen, oder?

Clyde: Nee. Also die Initiative für Gespräche ging schon immer von uns aus, meine ich.

Bonnie: Auf jeden Fall hat die Verwaltung schon mal signalisiert, dass sie eine gute Lösung für uns finden wollen, also das sie gar kein Interesse daran haben uns platt zu machen. Es soll auf jeden Fall einen anderen Platz für uns geben und das ist auch das, was die Politiker sagen. Der Unterschied zu vor 10 – 15 Jahren in Bezug auf die Politiker ist der, dass sie damals keine Vorstellung davon hatten, was die Wagenburg ist und totale Angst davor hatten und sowas in der Stadt nicht wollten. Inzwischen haben die gemerkt, dass wir regelmäßig unsere Miete, unsere Pacht zahlen und dass wir ganz lieb sind und gar kein „Problem" sind. Sie merken das auch dadurch, dass es von allen Seiten von allen immer wieder angesprochen wird, auf allen Veranstaltungen, auf allen Foren heißt es : „Aber die Wagenburg...". Also auch offensichtlich von Leuten, die nicht hier wohnen und auch nicht so direkt aus der Szene kommen und die sagen dann: „Aber was ist denn mit der Wagenburg?" Das ist total geil und wie gesagt, wir sind nicht mehr wegzudenken aus der ganzen Planung. Und deswegen sagen die Politiker, warum soll es keine Wagenburg in Oldenburg geben, denn die gehört mittlerweile einfach dazu.

Nancy: Letzten Endes ist es dann ja so, wenn man den Kampf betrachtet, dass die Politiker schon dazu gelernt haben. Das ist ja eigentlich sehr positiv. Sie sagen jetzt ja nicht: „Geht weg und sucht euch was anderes, nur nicht hier in Oldenburg!"

Clyde: Ja, genau. Also wir kämpfen nicht mehr grundsätzlich darum, dass es Wagenleben in Oldenburg gibt, denn das ist jetzt einfach viele Jahre da. Und das ist auch akzeptiert. Aber was daraus jetzt folgt, ist noch die große Frage wo und wie und darum wird der Streit dann gehen. Wie gesagt, alle sind sich ziemlich einig, dass wir hier weg müssen und das Projekt klappt sehen wir auch keine großen Chancen und es sieht so aus, dass saniert wird, ob dass dann bebaut wird, ist eine anderes Thema. Aber dann sehen wir auch eben keine Chancen, dagegen zu bestehen. Also die Macht haben wir nicht, uns mit aller Gewalt an diesen Platz festzuhalten. Wir haben aber die Macht nicht zu verschwinden. Die können uns zwar hier weg kriegen, aber die können uns nicht aus der Stadt bekommen. Also ich glaube, dass ist das, was insgesamt akzeptiert ist, als Tatsache und somit konzentriert sich die Frage darauf, wenn das alles hier ins Rollen kommt, wo wird es dann den Wagenplatz geben und da ist es auch für uns total wichtig, dass es ein guter Platz sein soll und muss, weil wir diesen Platz hier mögen und weil der Wagenplatz auf diesem Platz gewachsen ist. Hier haben wir unsere Strukturen und es wird einfach nicht klappen, den Wagenplatz jetzt auf den Fliegerhorst umzusiedeln, wo dann kein Mensch mehr hinkommt, also von den Menschen, die hier zwar nicht wohnen, aber den Platz mit nutzen auf die verschiedensten Arten und Weisen. Das heißt, dass es in den nächsten 1 ½ Jahren, auf jeden Fall in der nächsten Zeit, darum gehen wird, was für einen Platz bzw. welche Plätze für Wagenleben in Frage kommen und da kommt auch der politische Wille ins Spiel, das wir nicht nur irgendeine Fläche bekommen. Die Auswahl der Flächen wäre ja viel geringer, wenn die Stadt von vornherein davon ausgeht, die nehmen nur eine Fläche, die a) ihnen gehört und b) mit der sie eh nicht wissen, was sie damit machen sollen. Also eine Fläche wo sie überhaupt keine anderen Optionen haben, die auch schön weit ab vom Schuss liegt und die am Besten wenig wert ist. Das ist ja einfach das Ding hier, das Grundstück hier ist aufgrund seiner Lage als ziemlich wertvoll eingeschätzt und das ist ja auch der Grund, warum wir hier weg sollen. Und weil sich die Eigentümer der umliegenden Flächen und die Stadtverwaltung die Entwicklung so ausgemalt haben, dass sie nicht so funktionieren wird, so meinen sie, wenn wir hier sitzen bleiben.

Sid: Wenn ich jetzt so darüber nachdenke, welche stadtnahen Flächen es gibt, fallen mir schon so ein paar ein, aber ich habe das Gefühl damit verschiebt sich das „Problem" für die Stadt. Zum Beispiel die Maastrichter Straße, wo die LzO gebaut wird, da wären ja genügend Flächen, es ist sehr stadtnah usw. Aber das wäre wieder ein Gebiet, was für Investitionen zur Verfügung stehen soll, wo die Stadt gerade in die Richtung die Innenstadterweiterung plant. Und das geht mir bei den meisten Flächen so, dass ich denke, dass es nicht im Interesse der Stadt ist – also aus Investitionssicht - genau da den neuen Wagenplatz hinlassen. Glaubt ihr das der politische Wille der Stadt da ist, so eine Fläche zu geben oder glaubt ihr, dass da noch mal eine große politische Auseinandersetzung geben wir?

Bonnie: Dabei ist halt die Frage, was man Politikern glauben kann und was nicht. Also die CDU hat folgendes vorgeschlagen: Wie wäre es denn, wenn wir 500m weiter östlich der Bahnlinie ziehen, wo wir ein bisschen vom Glauben abgefallen sind. Die haben das einfach mal so in den Raum gestellt. Die SPD hat auch irgendwie gesagt bzw. gefragt, wo wir denn wenn wohnen wollten und dann war irgendwie klar südöstlich, weil Osternburg so unser Bezugspunkt wäre und das müsste da schon irgendwo da sein. Die reagierten dann so:„Jaaa, dann gucken wir doch einfach mal, was es da für Flächen gibt." Die haben schon verstanden, dass es uns ganz wichtig ist, innenstadtnah zu sein. Und wenn Pantel die Flächen aussuchen darf, dann ist das eine wahrscheinlich am Tierheim oder Metjendorf. Keine Ahnung! Und auch nur aus der Sicherheit heraus, dass da gar nichts passiert und er nichts befürchten muss von den Wagenburgleuten.

Andererseits wenn man sich Oldenburg anguckt, dann ist das so wieso total fraglich, wer hier wohnen soll und wer

hier die Büros beziehen soll, wenn das hier mal gebaut werden soll. Denn so viel wächst Oldenburg nun auch nicht, dass massiv Flächen gebraucht werden müssen. Supermärkte gibt es auch genug, dann gibt es noch ein ECE, ein Ikea und eigentlich sollte man meinen, das reicht so langsam an Entwicklung. Was da an der Maastrichter Straße entstehen soll, weiß ich auch nicht. Es gibt die Weser-Ems-Halle, die Basket-Hall, das Fußballstadion...Aber dann ist auch mal gut mit Flächen verbauen in Oldenburg, würde ich jetzt mal so sagen.

Sid: Schöner wohnen für Yuppies am Wasser. Dafür braucht man viel Platz...

Clyde: Dass sie aber große Pläne haben und sich immer mehr ausdenken und dass wir dann da nicht reinpassen, ist schon klar. Wir entsprechen einfach nicht diesen Plänen. Und auf die Frage noch mal zurück zu kommen: Das wird noch ein Kampf werden! Wir wollen nicht irgendeinen Platz, wir wollen einen Platz, der was taugt...Mit dem das Wagenleben auch weiterleben kann. Der Platz soll sich einfach weiterentwickeln. Irgendwie sind da auch viele Optionen offen, ob es einen Platz oder mehrere Plätze geben soll. Das alles ist noch nicht in konkreten Gesprächen. Wir haben noch keine konkreten Angebote bekommen oder einen konkreten Vorschlag, der zu prüfen wäre. Das alles wird sich noch rausstellen. Im Augenblick ist die Gesprächsatmosphäre noch relativ entspannt. Und wir müssen dann gucken, wie lange wir diese entspannte, freundliche Ebene halten können. Aber so eine Geschichte wie in den 90ern, da hat halt niemand wirklich Interesse dran. Weder die Stadt hat Interesse sich so ein Problem anzulachen und auch wir haben daran kein Interesse uns mit Beschlagnahmungen und Besetzungen zu quälen. Es muss was Sinniges bei raus kommen, wenn nicht , dann gehen wir auch den Weg des Kampfes.

> Was einfach schade ist, ist, dass man den Politikern nicht verdeutlichen konnte, dass das, was sie planen einfach keinen Sinn macht und wir sind immer noch der Meinung, dass das Quatsch ist mit der Wasserstadt!

Bonnie: Es ist schon klar, dass wir diesen Platz nicht kampflos aufgeben, weil er einfach ideal, weil er hier entstanden und gewachsen ist. Also der neue Platz muss auf jeden Fall so gut sein wie dieser hier. Das versuchen wir gerade mal anzutesten. Denn das, was hier in ungefähr 1 ½ Jahren passieren soll ist ja auch noch ziemlich unkonkret. Und wir können mal gucken, was sich so entwickelt.

Clyde: Unser Vorteil bei der ganzen Geschichte ist, dass wir uns jetzt schon mit dem Thema auseinandersetzen und früh mit in dieses Thema „Wassers tadtentwicklung“eingestiegen sind. Es ist nicht so, dass wir uns mit dem Thema erst auseinandersetzen, wenn die Bedrohung - wie etwa eine Räumung - ganz konkret wird. Wir haben allen früh klar gemacht, dass es die Wagenburg gibt und das wir weiterhin bestehen wollen. Davon lassen wir uns auch nicht abbringen! Besetzungen sollen ja keinen Selbstzweck erfüllen, sondern zu einem Ziel führen und wenn dies mit anderen Mitteln als diplomatischen Verhandlungen geschieht, ja, warum denn nicht!

Nancy: Mich würde jetzt interessieren, ob ihr darauf wartet, dass euch Plätze angeboten werden oder macht ihr selbst auch konkrete

Vorschläge. Du hast jetzt ja gerade gesagt, dass Osternburg eine Anlaufstelle wäre für einen neuen Platz. Sucht ihr selbst nach Plätzen oder nach Möglichkeiten, wo man hingehen könnte?

Bonnie: Das ist gerade ein ziemliches Diskussionsthema. Das ist halt so, dass die Verwaltung gerne eine Liste von Kriterien von uns hätte, wie denn unser Platz aussehen sollte. Pantel hat aber auch gesagt, dass hier ist kein Spiel, wo man Flächen vorgeschlagen bekommt und immer Nein sagen kann. Man muss dann schon auch nehmen, was da ist. Und das mit der Kriterienliste wäre für die Stadtverwaltung sehr leicht, weil die dann sagen können: Nein so eine große Fläche, innenstadtnah, etc. das gibt es hier einfach nicht. Es ist halt so, dass wir schon gucken, was so möglich wäre und wenn die Stadt uns was vorschlägt, dann ist das natürlich auch schön. Es ist halt so, dass wir selbst eben schauen, der Stadt aber nicht unbedingt vertrauen – weil so richtig ernst nehmen die uns auch nicht. Die sagen zwar viel, aber wer weiß, was letztendlich passiert...

Clyde: Also grundsätzlich ist es so, dass wir uns noch keine Flächen ausgesucht haben. Das werden wir aber machen.

Bonnie: Wir werden der Stadt nicht die komplette Macht überlassen über unsere Zukunft zu entscheiden!

Clyde: Um auf die Bürgerbeteilung zurück zu kommen, wir haben bislang jede Gelegenheit genutzt, um unsere Anliegen vorzutragen. Wir haben im letzten ¾ Jahr auch im Rahmen der Interessensgemeinschaft „Lebenswertes Hafenviertel“ versucht, die Pläne der Wasserstadt insgesamt zu kritisieren, zwar auf einer sehr bürgerlichen Ebene, aber das was jetzt alles stattfand, z.B. öffentliche Beteiligung, ermöglichte es sich konkret zu dem Thema zu äußern. Das alles hätte es nicht gegeben ohne diesen Druck der Interessensgemeinschaft und die Aufmerksamkeit, die da hingelenkt worden ist. Was einfach schade ist, ist, dass man den Politikern nicht verdeutlichen konnte, dass das, was sie planen einfach keinen Sinn macht und wir sind immer noch der Meinung, dass das Quatsch ist mit der Wasserstadt!

Bonnie: Letzten Endes ist es auch nicht so, dass wir uns nur auf die Bürgerbeteilung beschränken. Ich meine, das waren bislang drei Diskussionsforen, dann gab es da die „interessensneutralen Zufallsbürger“ (von 20 Personen sind aber nur 8 gekommen), die eine Entscheidungsvorlage für den Bauausschuss erarbeiten sollten, wo wir auch als Nutzer des Gebietes eingeladen waren, um dazu Stellung zu beziehen, was bei den Bürgern auch ganz gut ankam. Die haben dann auch gesagt, es muss einfach eine Wagenburg in Oldenburg geben. Zudem sprechen wir die Politikern konkret an, reden mit der Verwaltung, daneben die Vokü um Verbundenheit zur Szene zu schaffen, Vernetzungsarbeit... Wir versuchen auch bei den Bürgern ein Bewusstsein zu schaffen, dass es uns gibt wie z.B. durch Demos wie im Frühling 2007, denn wie viele Leute wissen, dass es eine Wagenburg in Oldenburg gibt? Wir wollen ein breites Bewusstsein auf allen Ebenen schaffen, denn: WIR SIND WICHTIG!

Nancy: Wie ist es denn mit der Vernetzung zu anderen Wagenburgen aus Deutschland? Sagen die, wenn ihr Hilfe braucht, dann kommen wir mit unseren Wagen und machen Rämmidämmi?!

Bonnie: Klar, wenn Plätze von der Räumung bedroht sind, dann gibt's Schreiben an alle Wagenburgen und dann gibt's Bewegungen.

Clyde: Kürzlich haben wir zum Beispiel sehr coole Unterstützung bekommen. Eine nette Geschichte, ganz exklusiv für die Alhambra-Zeitung, denn die wurde noch nicht irgendwo nieder geschrieben bzw. gedruckt: Der Bauausschuss hat so eine zwei Tage Busfahrt gemacht. 10 Politiker, 10 aus der Verwaltung. Sie sind durch fünf Städte gefahren und haben sich dort Projekte am Wasser angeschaut. Sie waren in Emden, Leer, Duisburg, Köln, Münster. Sie sind in allen ernsthaften Städten, außer in Emden, von Wagenburgen in den Städten begrüßt worden, also von den dort ansässigen Leuten, die unseren Platz kennen und von unserer Situation wissen. Diese Leute haben den Politikern und Verwaltungsleuten Geschenke für die Wagenburg Oldenburg mitgegeben! Das hat mit Symbolik zu tun, damit die Leute merken, dass andere Städte auch in Kenntnis gesetzt sind, was in Oldenburg gerade passiert und was mit der Wagenburg passieren soll.

Bonnie: Die Verwaltung war ein bisschen schockiert, wie gut wir mit anderen vernetzt sind. Das hat schon einen gewissen Eindruck bei der Butterfahrt der Politiker etc. hinterlassen.

Freiräume

Über Freiräume wird viel geredet. Was genau darunter jeweils verstanden wird, ist aber nicht immer ganz klar. Auch nicht, was sie überhaupt leisten sollen bzw. können. Halbwegs klar ist, daß es um Bereiche geht, in denen weitestgehende Selbstbestimmung „herrschen" soll, in der mensch eben von den Zwängen und Strukturen der Gesellschaft außerhalb des Freiraums so weit das eben geht, unbehelligt bleibt. Im Idealfall also eine Art Oase in der allgemeinen Unfreiheit. Ob das überhaupt möglich ist, welche Bedingungen dafür gegeben sein müßten, und vor allem auch welche Gefahren sich ergeben, soll dieser Text andiskutieren.

Freier Raum

Der Begriff des Freiraums wird auf besetzte Häuser, Jugendzentren usw., also tatsächliche Räume, ebenso angewendet wie auf ganze Lebensbereiche. Sie können so eben Plätze sein, an denen mensch einfach nicht belästigt und herumkomandiert wird, und wo er /sie sich „frei" entfalten kann, wo Platz für Experimente ist. Es muß sich aber nicht um einen fest abgesteckten Raum handeln, sondern kann auch um ein Umfeld an Personen sein, das durch sein Verhalten das Gleiche möglich macht, ohne eine fixe Institution zu sein, das eine freiere Umgehensweise ermöglicht, und auch einen gewissen Schutz bieten kann.

Rückzugsort oder Ghetto?

Alle Bereiche die sich dadurch auszeichnen, daß sie im Gegensatz zur herrschenden Ordnung funktionieren, zeichnen sich zwangsläufig auch dadurch aus, daß sie nach außen hin, eben gegenüber der repressiven Gesellschaft, auf gewisse Art und Weise abgegrenzt sind. Genau das macht ihre Sinnhaftigkeit ja aus. Wenn es Orte geben soll, an denen zumindest versucht wird z.B. Frauen zu ermöglichen sich ohne Angst vor der Bedrohung durch den alltäglichen Sexismus zu bewegen, wo Nichteuropäerinnen Innen vor rassistischer Gewalt sicher sind usw., so gilt es Sexismus und Rassismus „vor der Türe zu halten", sei es nun im wörtlichen Sinn, nämlich einfach ungute Männer, Bullen und Nazis fernzuhalten, oder im übertragenen Sinn, also dementsprechende Strukturen und Verhaltensmuster innerhalb des erstrebten Freiraumes (Lokal, WG, Beziehung...) zu vermeiden. Bestimmte Arschlöcher nicht zuzulassen ist noch das einfachste, wenn auch schwer genug, und nicht selten aufreibende Sisyphusarbeit. Gelingt das alles zumindest für kurze Zeit, so kann ein Rückzugsort geschaffen werden, in dem von der Gesellschaft getretene Menschen zumindest einmal aufatmen, sich mit Gleichgesinnten austauschen können, und nicht ständig den Chef, die Eltern, den Mann oder wen auch immer im Kreuz sitzen haben (daß die dadurch nicht aufhören zu existieren, oder keinen Einfluß mehr haben, ist im allumfassenden kapitalistischen System sowieso klar, doch dazu später mehr). Ein Ort, der für Menschen, die sich täglich bewußt mit Unterdrückung und Ausbeutung konfrontiert sehen, dringend notwendig ist, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, im 24 stündigen Dauerkampf auszubrennen. Außerdem bieten diese Bereiche einen guten Rahmen zum Aufbau von Infrastruktur.

Der wesentliche Nachteil an dieser Abgrenzug ist aber die dadurch oft stattfindende Abschottung gegen die Menschen, die politische Arbeit eigentlich erreichen soll, nämlich die, die mit den HERRschenden Umständen noch einverstanden sind und sie mittragen, sei es aktiv oder einfach durch ihre Untätigkeit und Resignation. An diese Leute kommt mensch aber nur heran, wenn in erster Linie nach außen gearbeitet wird, die eigenen Strukturen sollten dabei im wesentlichen den AktivistInnen den Rücken stärken. In der Realität stellt sich aber nur allzuoft heraus, das die Aufrechterhaltung dieser Stukturen, die internen Wickel, und die „Verteidigung" nach außen, unheimlich viel Kraft kosten, und jede Menge Leute fast ausschließlich damit beschäftigt sind. Dazu kommt, das viele überhaupt keine Lust haben, mit Leuten von außerhalb mehr als unbedingt notwendig zu tun zu haben, teils weil sie es einfach satt haben, sich immer wieder mit den gleichen IgnorantInnen herumzuschlagen, teils auch aus eigener Ignoranz denen gegenüber, die nicht Teil der in der Abgrenzung entstandenen sozialen Gruppe mit ihren Ansichten und kulturellen Gepflogenheiten sind. Dadurch wird das ganze immer mehr zum selbstgewählten Ghetto, aus dem schlußendlich nur noch schwer auszubrechen ist.

Der Stolz auf die eigene Abgeschiedenheit

Ebenfalls Realität ist, daß die „Abschottung" der jeweiligen Gruppe eine gewisse Exklusivität verleiht, was die Gefahr in sich birgt, daß sich eine Art Elite herausbildet, Leute die sich „auskennen", die Codes der Gruppe beherrschen, sich über ihre Gruppe definieren und dadurch einerseits die Ghettoisierung vertiefen, indem sie nicht nur nicht nach außen wirken, sondern auch noch den Zugang für Außenstehende erschweren, andererseits bilden sich so leicht innerhalb des ursprünglich als Freiraum gedachten Terrains feste Strukturen und informelle Hierarchien heraus, die sowohl die Machtverhältnisse in der Gesellschaft, als auch den gleichen Scheiß spiegelverkehrt, nach den eigenen Prioritäten, reproduzieren. Es werden die eigenen Dogmen, Schönheitsideale, Klischees und Rollenbilder entwickelt. Es gibt manchmal sogar die eigenen informellen Sanktionsmaßnahmen gegen diejenigen die alldem

zuwiderhandeln.

Derartige Tendenzen sind zwar zu verhindern, es erfordert aber wieder eine Menge interner Arbeit, die absolut wichtig und nötig ist, die aber nicht dazu führen darf wieder nur in der eigenen Suppe zu kochen. Doch auch wenn von der Struktur eines Freiraumes her alles zum Besten steht, bleibt ein Problem, das alle Ansätze zur Verwirklichung von Utopien im Rahmen des Kapitalismus gemein haben, und das innerhalb dessen absolut unlösbar ist.

Die Allgegenwart des Systems

Nun ist es so, daß das System des Kapitalismus so gefinkelt funktioniert, daß eine vollständige Flucht aus den bedrückenden Umständen, die es mit sich bringt, und sei es auch für noch so kurze Zeit, nicht möglich ist. Und zwar erstens durch die ganz banalen wirtschaftlichen und staatlichen Zwänge, denen wir alle zur Gänze unterliegen, nämlich die Tatsache, daß alle schauen müssen, wie sie zu ihrem Geld kommen, sei es durch Lohnsklaverei, Erfüllung der Unterstützungskriterien oder wie auch immer. Denn auch wer sich seinen/ihren ganz persönlichen Freiraum auf einer abgeschiedenen Berghütte schafft, und dort von niemanden gesagt bekommt was zu tun und zu lassen ist, wird damit konfrontiert zumindest Geld für Essen und Trinken aufstellen zu müssen, muß Steuern zahlen, wird möglicherweise zum Ableisten des Kriegsdienstes einberufen, wird datentechnisch erfasst, kontrolliert, und ist dem sehr sehr langem Arm der Exekutive ausgeliefert. Auch wer das billigste „No Business“ Konzert im nichtkommerziellen selbstverwalteten Veranstaltungsort besucht zahlt sein / ihr Bier mit den sauer verdienten Almosen von Firma oder Staat, weil Bier und Saft genauso wie der Strom für die Anlage nun mal etwas kosten, usw. usf. Ganz zu schweigen von der Erziehung und Sozialisation, die alle in ihrem Kopf mit sich schleppen, wohin auch immer sie sich wenden. Dem verinnerlichten Leistungsdenken, Sexismus und Eurozentrismus kannst du nur schwer davonlaufen.

Eine weitere Eigenschaft der Marktwirtschaft ist es, daß ihre Vertreter Mittel und Wege finden, alles in den Markt zu integrieren. Nichts kann zu abgedreht sein als daß es sich nicht verkaufen ließe. Was z.B. mit der Punk Bewegung und mit allen anderen Jugendrebellionen passiert ist, ist zu Genüge bekannt. Ebenso mutiert ein autonomes Kulturzentrum zum „trendiest club in town“ und Che Guevarra zum Symbol für Crossover Musik. Was den HERRschenden nicht ins Konzept paßt, wird entweder per Staatsgewalt abgewürgt, oder einfach geschluckt, glattgeschliffen und für ihre Zwecke verwendet, das ist oft noch schlimmer.

Trotz alledem

Trotz aller Unzulänglichkeiten und Gefahren sollte für die Erhaltung und Schaffung von Freiräumen weiter gekämpft werden. Gerade bei der momentanen Schwäche der radikalen Linken gilt es, bestehende Rückzugsgebiete zu bewahren. Der Nutzen, den sie bringen können, wurde oben beschrieben. Er mag gering erscheinen, aber Freiräume leisten nunmal, was sie können und nicht mehr, und am effektivsten leisten sie es, wenn nichts weiter hineingeheimnist wird. Die vollständige Freiheit erreichen wir nur dann, wenn wir die ganze HERRschende Weltordnung, mitsamt ihrer Ideologie und Moral und der ganzen anderen Hirnscheiße aus den Angeln heben, und Verhältnisse schaffen, in denen wir in allen Lebensbereichen selber bestimmen können.

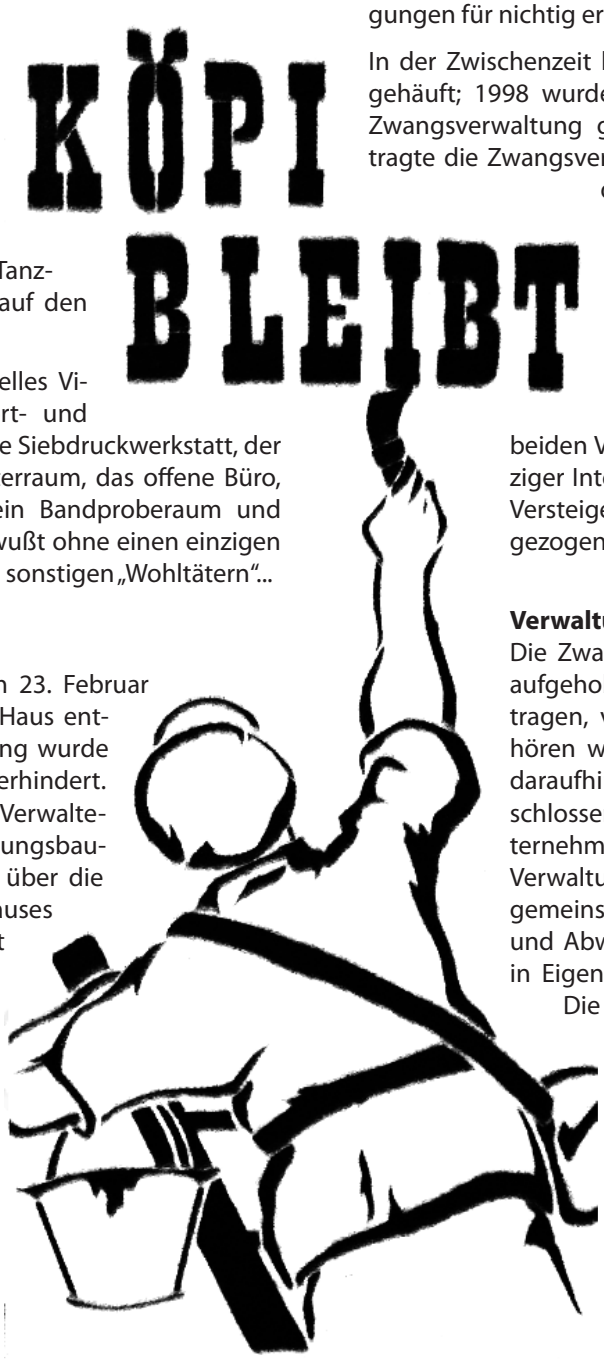
entnommen aus InTeam 5 - Zeitung der Rosa Antifa Wien

FREIRÄUME VERTEIDIGEN

Die KØPI – Selbstverwaltetes Wohn- und Kulturprojekt
Das Haus bietet Wohnraum für ca. 50 Menschen einschließlich ihrer Kinder, von denen einige seit ihrer Geburt im Haus wohnen. Die gemeinschaftlich genutzten Räume bieten Platz für die verschiedensten unkommerziellen Kulturveranstaltungen. In den zwei Konzerträumen sind in den letzten 17 Jahren Hunderte von Bands aus allen Kontinenten aufgetreten – Berliner Nachwuchskünstler ebenso wie nahmhafte Musiker aus Amerika, Europa und Asien. Für viele osteuropäische Musiker war die KØPI der erste Auftrittsort in Deutschland. Aber auch zahlreiche Theateraufführungen sowie Tanz- und andere Performances finden auf den Bühnen der KØPI statt.

Hinzu kommt ein nicht-kommerzielles Videokino, kostenlos nutzbare Sport- und Theaterräume, eine selbstverwaltete Siebdruckwerkstatt, der Techno-Keller, Berlins ältester Kletterraum, das offene Büro, vegan/vegetarische Volxküchen, ein Bandproberaum und vieles mehr – und all dies ganz bewußt ohne einen einzigen Cent von Staat, Stadt, Parteien oder sonstigen „Wohltätern"...

Die Besetzung
Die Köpenicker Str. 137 wurde am 23. Februar 1990 besetzt. Kurz zuvor war das Haus entmietet worden. Durch die Besetzung wurde der geplante Abriß des Gebäudes verhindert. Im Sommer 1991 wurde mit der Verwalterin des Hauses der W.B.M. (Wohnungsbaugesellschaft Mitte), ein Vorvertrag über die Nutzung sämtlicher Räume des Hauses abgeschlossen. Der Vertrag betrifft sowohl Maßnahmen der baulichen Selbsthilfe als auch den Abschluß von Einzelmietverträgen für die Wohnräume. Am 01. 05. 1993 wurden dann mit der neuen Verwalterin des Hauses, der G.S.E. (Gesellschaft für Stadtentwicklung), unbefristete Mietverträge für die Wohnräume des Hauses abgeschlossen.



Fehlgeschlagene Vertreibungsversuche
1994 wurde im Rahmen eines Rückübertragungsverfahrens Volquard Petersen neuer Eigentümer des Gebäudes. Um freie Bahn für seine Planungen eines Bürokomplexes zu haben kündigte er 1996 die Mietverträge und reichte eine Räumungsklage ein. Diese wurde aber abgewiesen, die Kündigungen für nichtig erklärt.

In der Zwischenzeit hatte Petersen hohe Schulden angehäuft; 1998 wurde das Haus gepfändet und unter Zwangsverwaltung gestellt. Die Commerzbank beantragte die Zwangsversteigerung des Hauses. 1999 wurde dann tatsächlich mehrmals versucht das Haus zu versteigern. Zahlreiche Proteste und Solidaritätsaktionen, aber wohl auch die Existenz gültiger Mietverträge für das Haus, wirkten jedoch offensichtlich abschreckend auf potentielle Investoren – bei den ersten beiden Versteigerungen fand sich kein einziger Interessent; der Antrag für eine dritte Versteigerung wurde im Mai 2000 zurückgezogen.

Verwaltung des Hauses
Die Zwangsverwaltung des Hauses wurde aufgehoben und an Petersen rückübertragen, von dem seitdem nichts mehr zu hören war. Die Hausbewohner gründeten daraufhin eine Mieternotgemeinschaft und schlossen Verträge mit den Versorgungsunternehmen ab. Seitdem wird die gesamte Verwaltung des Hauses von der Mieternotgemeinschaft geleistet. Das gesamte Frisch- und Abwassersystem sowie das Dach sind in Eigenarbeit komplett erneuert worden. Die Kellerräume wurden unter hohem Aufwand trocken gelegt und nutzbar gemacht. Umfangreiche Sanierungsarbeiten in den Wohnungen und ständige kleinere Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen werden von uns selbst erledigt. Keine Hausverwaltung und kein Eigentümer sind nötig um unser rattenscharfes Projekt am Leben zu halten!

Die Zwangsversteigerung
Am 8. Mai kam es erneut zu einer Zwangsversteigerung. Amtsgericht und die Gläubigerin Commerzbank mauschelten im Vorfeld, versuchten den Verkauf möglichst geheim zu halten und verscherbelten schließlich die KØPI und den KØPI-Wagenplatz zur Hälfte des Verkehrswertes an den Spekulanten „Besnik Fichtner". Ein weiteres autonomes Haus-Projekt in Berlin soll damit durch die Stadt, durch Investoren und im Zuge einer Umgestaltung alternativer Stadtviertel in Luxusressorts plattgemacht werden.

Die Auswirkungen solcher Einschränkungen von Freiräumen sind vielfältig und betreffen nicht nur einige wenige BewohnerInnen, sondern das ganze Stadtviertel und natürlich auch die ganze radikale linke Bewegung: Mieten steigen, Überwachungsmaßnahmen und Videoaufnahmen im öffentlichen Raum nehmen zu, alternative Clubs werden geschlossen, Räume für Selbstorganisation und Solipartys, für bundesweite Treffen oder einfach für korrekte antikapitalistische, antirassistische und antisexistische Parties fallen weg.

KÖPI VERTEIDIGEN!
…DEMOS ALLEIN SIND AUCH KEINE LÖSUNG!
Als Reaktion auf die Versteigerung der Köpi folgte eine Reihe von Demos. Allen Demos war ein gehöriger Verbalradikalismus gemein. Die Situationen auf den Demonstrationen zeichneten sich jedoch durch eine defensive Haltung aus. Vom viel beschworenen Radikalismus war nicht viel zu spüren.

Für eine Begleitkampagne
Während es im Rahmen der letzten Köpi-Versteigerungen im gesamten Bundesgebiet zu Glasbrüchen bei Comerz-Bank-Filialen kam, blieb dies bis jetzt jedoch fast gänzlich aus. 2001 konnte die Androhung einer Köpi-Versteigerung noch so viel Wut hervorrufen, dass die Anhäufung von Sachschäden die Versteigerung des Hauses verhindern konnte.

Für mehr kriminelle Energie!
Kein Dialog mit Spekulanten und Bullen!
Köpi bleibt Risikokapital!

Dieser Text wurde aus drei verschiedenen Texten zusammengebastelt und umgeschrieben. Seine Grundlage bildet die Website der Köpi (http://koepi137.net), ein Kommentar auf Indymedia und ein Solidaritätsartikel eines bundesweiten Anifabündnisses.

Jagtvej 69

Eine fundamentalistische Sekte erobert ein Haus mit linker Tradition. Der Protest gegen die Schließung des Kopenhagener Jugendzentrums hat eine lange Vorgeschichte.

von elke wittich,aus der jungle world

Anders als es in den deutschen Medien dargestellt wurde, ist der Protest gegen die Räumung des Kopenhagener Jugendzentrums keineswegs bloß eine Kreuzberger Maifeier auf Dänisch oder die offene Meisterschaft im Barrikadenanzünden. Und es geht auch nicht nur um die Räumung des Hauses am Jagtvej 69. Das heutige ‚Ungdomshuset' war 1897 als ‚Arbejderpalads' erbaut worden, in dem sowohl politische Arbeit als auch Festveranstaltungen stattfinden sollten. Das ‚Folkets Hus', wie es damals hieß, wurde rasch zu einer renommierten Adresse.

Am 27. August 1910 traf sich die Zweite Internationale dort zu einer Frauenkonferenz und beschloss, den 8. März zum Internationalen Frauentag zu erklären. Die Initiatorin war Clara Zetkin, rund 100 Frauen aus 17 Ländern nahmen an der Konferenz in der Jagtvej 69 teil. Unter ihnen war die Sozialdemokratin Nina Bang, die 1924 dänische Erziehungsministerin und damit die erste Ministerin der Welt werden sollte. Zu den Besuchern und Referenten gehörten auch Lenin und Rosa Luxemburg.

In den fünfziger Jahren war es mit dem Arbeiterpalast vorbei. Das Haus stand einige Jahre leer, bis es von der Einzelhandelskette Brugsen erworben wurde. Der ursprüngliche Plan, Abriss und Neubau eines Supermarkts, stieß jedoch auf Bedenken der Kopenhagener Denkmalschützer, schließlich verkaufte Brugsen das Objekt an das Volksmusik-Ensemble Tingluti. Das allerdings wusste nichts weiter mit dem Gebäude anzufangen und bot es 1978 der Kommune an.

Nach fast drei Jahrzehnten Leerstand wurde das Folkets Hus 1981 von einer Gruppe Hausbesetzer entdeckt, die dort ein autonomes Jugendzentrum einrichten wollten. Einige Räumungen und Wiederbesetzungen später überließ der damalige Kopenhagener Oberbürgermeister das Gebäude am 29. Oktober 1982 den Besetzern »zur Nutzung«, was, wie sich erweisen sollte, jedoch keinerlei Rechte für die Jugendzentrumsbetreiber beinhaltete.

Versuche, das Projekt zu stoppen, gab es fortan reichlich, Politiker und Nachbarn beklagten sich regelmäßig über Lärmbelästigungen und Krawalle, eine Unterschriftenaktion für die Schließung des Ungdomshuset scheiterte 1996 jedoch kläglich, weil sich nur 350 Kopenhagener dem Protest anschließen wollten.Unterstützung erhielten die Leute vom Jugendzentrum dabei von ungewöhnlicher Seite. Die Polizeipräsidentin Hanne Bech Hansen erklärte Ende der Neunziger, die Befürchtung,

dass vom Huset Gewalt und Kriminalität ausgeht, „beruht mehr auf Vermutungen und Gerüchten als auf Fakten". Und auch die Jugendabteilung der Kommune Kopenhagen gab an, es sei für sie wichtig, „dieses Ventil zu haben, so dass Jugendliche, die auf die eine oder andere Weise nicht in das System passen, eine Heimstätte haben".

Trotzdem wollten die Kopenhagener Politiker 1999 das Haus endgültig loswerden. Die Betreiber des Ungdomshuset reagierten prompt: ‚Zu verkaufen', stand auf einem riesigen Transparent, das sie am Haus anbrachten, ‚inklusive 500 Steine werfenden autonomen Gewaltpsychopathen aus der Hölle!'

Das erste Gebot für den alten Arbeiterpalast kam von einem Ökologie-Fonds, der Ende Juni 1999 zwei Millionen Kronen, nach heutigem Wert 267.851 Euro bot. Kurz danach erklärte die christlich-fundamentalistische Sekte ‚Faderhuset' (Vaterhaus) ihr Interesse.

Die Kommune befand beide Bieter für unseriös und erklärte im Mai 2000, wenn sich bis Ende des Jahres kein vertrauenswürdiger Käufer melde, könne das Jugendzentrum weiter bestehen. Kurz vor Ablauf der sechsmonatigen Frist meldete sich plötzlich eine unbekannte ‚Human A/S under stiftelse' (Human GmbH in Gründung), deren Vorsitzende die auf Eigentumsrecht spezialisierte Anwältin Inger Loft ist. Außer dem schwammigen Titel ist nicht viel über die Organisation bekannt. Loft erklärte, dass Human die Abkürzung für ‚Hjælp Unge Mennesker til Ansvar for sig selv på et Nænsomt grundlag' (Hilfe für junge Menschen zur Eigenverantwortung auf behutsame Art) und Unterstützung für junge Menschen das Hauptziel sei.

Wie diese Hilfe aussehen sollte, verriet Loft nie. Stattdessen übertrug sie die Anteile an Human und damit das Eigentum am Ungdomshuset am 28. September 2001 an die Faderhuset-Gemeinde, also exakt an die Sekte, die anderthalb Jahre zuvor von der Kommune als unseriöser Bieter abgelehnt worden war.

Faderhuset wurde im Jahr 1990 gegründet, nachdem das Ehepaar Knut und Ruth Evenson eine Vision gehabt hatte, in der ihnen befohlen worden war, eine Gemeinde zu gründen. Beide waren bis zu diesem Zeitpunkt in verschiedenen, teils von der 68er-Bewegung inspirierten freien Christengruppen aktiv gewesen, entsprechend gab es keinerlei Probleme bei der staatlichen Anerkennung ihres ‚Vaterhauses'.

Nach einigen Kursänderungen und einer weiteren Vision wurde aus der ursprünglichen Freikirche jedoch eine ultrakonservative Bewegung mit Ruth Evenson an der Spitze, die als charismatisches Oberhaupt nach eigenen Angaben nunmehr die ihr direkt von Gott übermittelten Anordnungen befolgt und weitergibt. Die 50 verbliebenen Mitglieder wollen ‚Dänemarks Erwachen' durch ‚einen heiligen Lebensstil, Gebete und Evangelisation' erreichen und sehen nicht nur Abtreibung, Sex vor der Ehe und Homosexualität als Verbrechen an Gott, sondern auch andere Religionen. In Kopenhagen sind sie vor allem durch ihre aggressive Missionierung auf offener Straße bekannt, bei der Passanten, die den Vaterhäuslern widersprechen, an Ort und Stelle einer Teufelsaustreibung unterzogen werden.

Faderhuset-Aussteiger berichten von Gehirnwäsche, Psychoterror und finanzieller Ausbeutung. Die von der Gemeinde betriebene Schule »Samuelskolen« wurde im Juli 2006 von den Behörden geschlossen, als bekannt wurde, dass der Unterrichtsplan strikt nach kreatonistischen Gesichtspunkten gestaltet war und statt Evolution die biblische Schöpfung gelehrt wurde.

Ausgerechnet Faderhuset gehört nun das traditionsreiche Gebäude Jagtvej 69, wie am 14.Dezember 2006 gerichtlich entschieden wurde. In dem Urteil wurde überdies eine Revision beim dänischen Verfassungsgericht für die Ungdomshusler ausgeschlossen, alle legalen Mittel waren damit ausgeschöpft.

Während die Kopenhagener Polizei ausschloss, das Haus auf der Stelle zu räumen, blieb den geduldeten Besetzern nur noch die Hoffnung auf eine finanzielle Lösung, Faderhuset lehnte ein Kaufangebot des extra gegründeten Vereins »Jagtvej69« über 13 Millionen Kronen jedoch ab und ließ das Haus räumen.

Vielleicht einigen sich die Jugendzentrums-Betreiber und die Kommune noch, und es wird an anderer Stelle ein neues Ungdomshuset entstehen. Die Zukunft für das ehemalige Volkshaus scheint dagegen klar: Der Eigentümer Faderhuset plant den Abriss des Gebäudes, was, so argwöhnen die Demonstranten, von der Kommune durchaus gewollt ist.

„Es geht nicht um den architektonischen Wert des Hauses, sondern um die Geschichte, die damit verbunden ist", sagt Joergen Selmer vom städtischen Bymeuseum, der eigentlich vor dem Abriss eines Hauses angehört werden muss. „In dieser Sache haben wir allerdings nichts gehört", fährt er fort, dabei sollen nach dem Museumsgesetz Museen und Verwaltungen zusammenarbeiten, um ‚bewahrungswürdige Gebäude' unter Denkmalschutz zu stellen und vor dem Abriss zu retten. Allerdings, so räumt Selmer ein, sind seine Einflussmöglichkeiten gering: „Wir können die Politiker zwar über die Geschichte eines Hauses informieren, aber was dann geschieht, bleibt ihnen überlassen."

Überflüssige in einer überflüssigen Fabrik

Es werden 1.800 Strike Bikes produziert

In dieser Woche tun sie noch mal das, was sie seit 1986 immer getan haben: Fahrräder bauen, aber diesmal in Eigenregie. Ein krönender Abschluß nach drei Monaten und drei Wochen Betriebsbesetzung. Diesmal werden es aber nur limitierte 1.800 Exemplare sein, rote Strike Bikes.

Als der Geschäftsführer von Bike Systems (zum texanischen Hedge-Fond Lone Star gehörend), Frederic P. Müller, der Belegschaft mitteilte, dass ihre Arbeitskraft wertlos geworden sei, rebellierten die Überflüssigen und besetzten ihre ebenfalls überflüssig gewordene Fabrik. Das war am 10. Juli. Dennoch reagiert Müller ausfallend, zerriss die gerade selbst gemalten und angebrachten Transparente und beschimpfte sie als Bolschewisten. Er versuchte auch noch, mit einer einstweiligen Verfügung die Besetzung zu beenden, was misslang. Dann zog er sich in sein rotes Backsteinhäuschen in der Ecke des Betriebsgeländes zurück und mischte sich nicht mehr ein. Danach hatte die Belegschaft gegen keinen personifizierten Klassengegner mehr zu kämpfen, sondern gegen die Perspektivlosigkeit des kapitalistischen Systems mit seinen Vertretern: den Behörden, Politikern und Parteien – und sogar mit der eigenen Gewerkschaft, der IGM, mussten sie sich auseinandersetzen.

Auch der Besitzer des Geländes und der Fabrikhallen, Herr Biria, hatte kaum Interesse an ihnen. Er kam nur einmal vorbei, inspizierte seinen Besitz, zeigte sich nicht mal beim Betriebsrat und verschwand wieder.

Die Heuschrecke Lone Star, Profitgeier (wäre wohl der angemessenere Name aus dem Tierreich), war mit allen Aufträgen nach Sangerhausen zu den mitteldeutschen Fahrradwerken (Mifa) entschwebt. Fahrräder, Werkzeuge und Produktionsteile hatte er nach und nach vom Hof geholt. Die BesetzerInnen hatten es zugelassen, um keinen Ärger mit der Polizei zu bekommen. Ein paar Wochen später bedauerten sie es, dieses kleine Faustpfand aus der Hand gegeben zu haben.

Nachdem der Profitgeier nach Sangerhausen entschwunden war und seine Beute (Aufträge und Sachwerte) in einen 25 prozentigen Aktienanteil bei der Mifa eingetauscht hatte, meldete er Insolvenz für Nordhausen an.

Wenn die BesetzerInnen eine Produktion unterbrochen , also ins Heiligste des Kapitalismus, in Eigentum und Profitmacherei eingegriffen hätten, wären Kapitalist und Staat robust gegen sie aufgetreten. So aber war der Schaden klein, die Produktion von 1960 Fahrrädern kann die Konkurrenz wohl leicht verschmerzen. So konnten sogar die bürgerlichen Medien Sympathie gegenüber den BesetzerInnen bekunden. Durch die Vermarktung der Strike-Bike-Produktion als Sensation konnten die BesetzerInnen

es erreichen, in knapp zwei Wochen über 1 800 Fahrräder zu verkaufen.

Diese rückblickende coole Einschätzung konnte natürlich die Belegschaft am 10. Juli nicht haben. Der erste Schritt, die Besetzung, war sicher nicht nur mit Wut, sondern auch mit Angst und Unsicherheit besetzt. Sie stürzten sich in ein Abenteuer und keiner wusste, wie es ausgehen würde, wie die Gegner, Lone Star, Biria und die Justiz reagieren würden.

Die FAU hat sich nicht nur ein Verdienst erworben, nämlich die Idee der Produktion und die Organisierung des Vertriebs, sondern sie hat auch bewiesen, was eine kleine Gruppe in einer, wenn auch ungewöhnlichen Situation, bewerkstelligen kann! Sie hat praktisch, flexibel und energievoll gehandelt. Unnütz und irritierend war allerdings, die geplante Produktion von 1.800 limitierten Fahrrädern in der Öffentlichkeit als Perspektive und möglichen Beginn einer Weiterproduktion in Eigenregie darzustellen. Von den BesetzerInnen wie auch ihrem Anwalt, Jürgen Metz, wurde dagegen immer auf die zeitliche Begrenztheit der Aktion hingewiesen. Ein notwendiger Kapitaleinsatz von geschätzten sieben Millionen Euro für die Aufnahme einer dauerhaften Produktion in Eigenregie erstickte alle Träume immer gleich im Keime.

Die Produktionsaufnahme an den vier Tagen in dieser Woche hat in den letzten Wochen nicht nur in der linken Presse für Aufsehen gesorgt, sondern ist darüber hinaus von den bürgerlichen Medien bundesweit als kleine Sensation vermarktet worden. In den Köpfen fast aller Menschen, die von der besetzten Fahrradfabrik und Strike Bike gehört haben, spukt immer noch die Vorstellung, dass diese Woche die Produktion aufgenommen wird und dann weitergeführt werden soll. Dadurch wird allerdings der Blick darauf verstellt, dass nicht der zur Sensation gemachte symbolische Akt der Produktion von 1960 Fahrrädern das politisch Bedeutsame ist, sondern der Akt des Wehrens, 115 Tage durchgehalten zu haben. Andere Belegschaften, wie die Belegschaft der Schwesterfirma in Neukirch (Sachsen), haben kampflos aufgegeben und dort wurde der Betrieb schon im Dezember 2006 eingestellt.

Am Dienstag, dem 30. Oktober machen die BesetzerInnen ein Fest für alle UnterstützerInnen, am 31. Oktober fegen sie aus und am 1. November finden sie sich für acht Monate in einer Fortbildung der Transfergesellschaft wieder. Ob sie ihr Ziel, als Belegschaft zusammen zu bleiben und einen neuen Investor zu finden (weswegen sie am 10. Juli die Besetzung begannen) erreichen, steht in den Sternen.

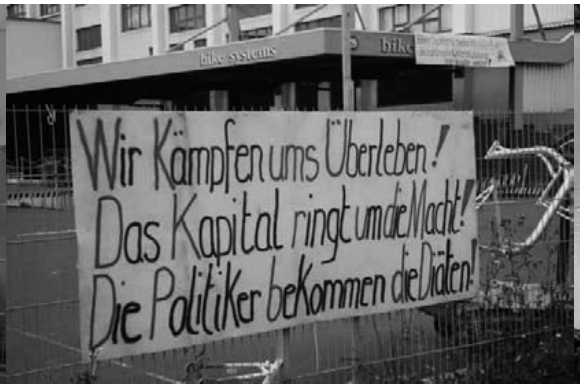
Alle ziehen jetzt ein Fazit und fragen sich: Was hat die Besetzung gebracht? Einige sagen, die Transfermaßnahme hätten wir schon zu Beginn der Besetzung haben können ohne die Besetzung wären wir vielleicht jetzt schon wieder in Arbeit. Es habe nichts gebracht außer der Hinauszögerung der Transfermaßnahme.

Die AktivstInnen, der Kern der BesetzerInnen, sehen auch, dass materiell für den einzelnen, die einzelne nicht viel bei raus gekommen ist. Aber dass sie überhaupt die Besetzung begonnen haben und drei Monate und drei Wochen durchgehalten haben, darauf sind sie stolz! Auch darauf, dass sie bundesweit und darüberhinaus Aufmerksamkeit bekommen haben.

Ein Aktivist sagt: „Deshalb haben wir es nicht umsonst gemacht. Vielleicht finden wir Nachahmer. Und die haben dann mehr Glück!“

Eines ist aber schon jetzt sicher: Wenn wir die aufkommenden, eigenständigen, betrieblichen Kämpfe vor dem Hintergrund der Agenda 2010 , d.h. finanzieller Not, Angst und beruflicher Perspektivlosigkeit analysieren, um besser für künftige Klassenkämpfe vorbereitet zu sein , dann müssen wir neben Opel, Bochum, Alstom, TRW, Gate Gourmet Düsseldorf, Bosch-Siemens Berlin u.a. auch die Besetzung der kleinen Fahrradfabrik in Nordhausen untersuchen. In jedem dieser Kämpfe mit eigenständigem Charakter stecken einige Gemeinsamkeiten und viele Unterschiede.

Dieter Wegner (‚Jour Fixe‘, Gewerkschaftslinke Hamburg), 23. Oktober 2007



Ein Rohstoff, internationale Interessen und ein Militärregime

Erdgas in Burma

Von Andreas Berger
geklaut aus NRhZ (Online-Flyer 115 vom 03.10.2007)

Auch nach den jüngsten Protesten in Burma hält der südkoreanische Konzern Daewoo weiterhin an seinen Investitionen im Land fest, wo er an der Ausbeutung riesiger Gasfelder beteiligt ist: „Politik ist Politik. Wirtschaft ist Wirtschaft.", sagte ein Firmensprecher. Genauso will sich der französische Total-Konzern und die Firma Chevron nicht die Geschäfte vor der burmesischen Küste verderben lassen. Wie Rohstoffe und Menschen in dem südostasiatischen Land ausgebeutet werden, berichtet Andreas Berger - die Redaktion.

Das „Shwe Gas Projekt"

Der weltweite Wettlauf um Rohstoffe hat inzwischen auch Südostasien erfasst und wird schon längst nicht mehr ausschließlich von westlichen Rohstoffkonzernen ausgetragen. Es geht vor allem um die weltweit wichtigsten Energieträger Öl und Gas. In Südostasien sind es in diesen Tagen nicht mehr ausschließlich europäische oder amerikanische Firmen, die im Rohstoffgeschäft tätig sind, sondern neuerdings auch die aufstrebenden Industrienationen China, Indien und Südkorea. Auch das weltweit isolierte und durch die EU und die USA offiziell mit einem Wirtschaftsembargo belegte Burma ist Schauplatz des globalen Rohstoffgeschäftes. Im Westen Burmas liegt der Staat Arakan, dessen natürliche Ressourcen sehr reichhaltig sind. Forst- und Fischereiwirtschaft bilden ursprünglich die Lebensgrundlage für viele der dort lebenden Menschen.

Mit der Entdeckung des Erdgases vor der Westküste im Bundesstaat Arakan wurde eine einschneidende Veränderung in der Region initiiert. „Shwe" ist das burmesische Wort für Gold und auch der Name für die geplante Gaspipeline, die das Gas aus den reichhaltigen Vorkommen nach Indien und China transportieren soll. Alles begann im August 2000, als Daewoo International Corporations, Koreas wichtigstes Exportunternehmen in Übereinkunft mit dem staatlichen Energiekonzern „Myanmar Oil and Gas Enterprise" (MOGE) erste Untersuchungen in einem Küstengebiet unweit von der Stadt Sittwe durchführte. Drei Jahre später wurde eines der größten Erdgasvorkommen von in ganz Südostasien entdeckt. Im Februar 2004 schloss Daewoo erneut mit MOGE einen Vertrag, der dem burmesischen Staatskonzern einen Anteil an den Gewinnen aus der Gasförderung garantiert.

Die Shwe-Pipeline

Um die gefundenen Gasvorkommen industriell zu nutzen, soll eine große Pipeline gebaut werden, die den wertvollen Rohstoff nach Kalkutta transportiert. Es wird erwartet, dass ab 2009 oder 2010 mit der dortigen Gasförderung begonnen werden kann, sofern dieses Jahr mit dem Pipelinebau begonnen werden kann. Das Shwe-Pipeline-Projekt könnte mit Gesamteinkünften von zwölf bis 17 Milliarden US-Dollar in einem Zeitraum von 20 Jahren die größte Einnahmequelle Burmas werden, je nachdem, wie ergiebig sich das Gasfeld

erweist. Auf ein jährliches Einkommen umgerechnet ergäbe dies Einkünfte von 580 bis 824 Millionen US-Dollar. Das nächst größere Gas-Feld, Yadana/Yetagun, mit dem das Shwe-Gasfeld häufig verglichen wird, bringt der burmesischen Regierung mit acht Milliarden Dollar nur etwa halb so viel ein. Das Yadana-Feld in Ostburma ist bisher die größte Einnahmequelle der burmesischen Militärregierung.

Die Yadana-Felder werden seit 1993 von dem französischen Konzern Total und dem ebenfalls beteiligten Chevron-Konzern kommerziell genutzt. In diesem Zusammenhang kam es in den vergangenen Jahren zu Zwangsumsiedlungen, um der Pipeline und der begleitenden Straße Platz zu machen.

Die Auswirkungen auf Umwelt und Kultur wurden zwar geprüft, die Ergebnisse aber unter Verschluss gehalten. Nach Bekanntwerden zahlreicher schwerer Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Projekt stieg der internationale Druck, aufgrund dessen sich Premier Oil mittlerweile aus dem Geschäft zurückzog hat. Die Fälle von Menschenrechtsverletzungen waren auch Gegenstand von Gerichtsprozessen vor französischen und US-amerikanischen Gerichten, die im Jahr 2005 zu außergerichtlich vereinbarten Entschädigungszahlungen an die betroffene Bevölkerung führten, nicht aber dazu, dass besagte Firmen ihre Aktivitäten in dem südostasiatischen Land einstellten.

Militarisierung und Menschenrechtsverletzungen

Bekanntlich herrscht in Burma eine Militärdiktatur, und in einigen Teilen des Landes, die von ethnischen Minderheiten bewohnt sind, kämpfen Rebellenarmeen gegen die Zentralregierung. Diese versucht in den umkämpften Gebieten ihre Machtbasis durch hohe

Militärpräsenz auszubauen. Burma hat die zweitgrößte Armee Südostasiens und weist seit 1988 einen durchschnittlichen Rüstungsetat von etwa einem Drittel der jährlichen Staatsausgaben auf, während für Gesundheit und Bildung zusammen noch nicht einmal ein Prozent aufgewandt wurde. Das burmesische Militär ist besonders dort präsent, wo exportrelevante Wirtschaft vorhanden ist, wie etwa in Arakan. So hat man seit 1988 die Anzahl der Soldaten in der Region von etwa 1000 auf über 14.000 Mann erhöht – auch wurden zusätzliche taktische Kommandozentralen und Marinestützpunkte errichtet. Die gesamte Wirtschaft des Landes ist auf die Bedürfnisse des Militärs abgestimmt. Das Militär kontrolliert viele der besonders einträglichen Unternehmungen im ganzen Land, insbesondere die Rohstoffgewinnung.

Neben der erheblichen Beeinträchtigung der Volkswirtschaft des Landes ist die zunehmende Militarisierung in zweierlei Hinsicht eine zusätzliche Belastung für die einheimische Bevölkerung. Auf der einen Seite muss diese die jeweils in der Nähe stationierten Truppen durch Abgabe von Naturalien versorgen, sodass zusätzliche Lebensmittelknappheit entsteht. Auf der anderen Seite werden viele Menschen systematisch gezwungen, zum Beispiel im Straßenbau, für das Militär zu arbeiten. Immer wiederkehrende Übergriffe der Militärs auf die Zivilbevölkerung, etwa in Form von Vergewaltigungen, Misshandlungen oder sogar Morden kommen hinzu. Bauern, die ihrer Arbeit nachgehen wollen, müssen damit rechnen, eingesperrt zu werden, weil sie nicht mehr berechtigt sind, ihr konfisziertes Land zu bestellen. Mitunter werden ganze Dörfer zwangsweise umgesiedelt, um Platz für Industrieanlagen und zur Rohstoffgewinnung zu schaffen.

Zerstörung der traditionellen Lebensweise, Kultur, Umwelt

Die Rohstoffgewinnung im kleinen Rahmen hat in Arakan eine lange Tradition bei der indigenen Bevölkerung, die ihren Lebensunterhalt auch durch Ölgewinnung bestreitet. Seit dem Auftreten der Energiekonzerne ist diese Wirtschaftsweise und damit die Lebensgrundlage der Menschen stark gefährdet, denn ihr Land wird zur Rohstofferschließung vom Militär konfisziert und an die Konzerne verpachtet. Das gilt nicht nur für das Land, sondern auch für Seegebiete, die für die ansässige Fischerei bedeutsam sind. Nachdem Daewoo im November 2003 damit begonnen hatte Gas in den Shwe-Feldern zu fördern, wurde bis Anfang 2004 eine 27 Meilen Sperrzone um die Gasfelder eingerichtet.

Ebenfalls bedenkenswert sind die möglichen ökologischen und kulturhistorischen Schäden in der Region, die die geplante Pipeline hervorrufen könnte. Je nach Verlauf würden auf ihrem Weg nach Indien Gebiete durchschnitten, die vom „Worldwide Fund for Nature" (WWF) wegen ihrer Artenvielfalt als besonders schützenswert klassifiziert wurden. Durch den Ausbau der Infrastruktur kommt es zur weiteren Zerstörung der Mangrovenwälder, die bereits durch die vom Militär kontrollierte Garnelenindustrie geschädigt sind. Auch ein Austritt von Chemikalien und Abfällen, wäre eine ernstzunehmende Bedrohung für das aquatische Leben. Darüber hinaus liegen auch verschiedene Altertumsstätten im Sicherheitskorridor der möglichen Pipelineroute. Verschärfend kommt hinzu, dass die Küstenregion von Kyauk Phyu in der Regenzeit von April bis September heftigen Monsunregenfällen, Stürmen und Überflutungen ausgesetzt ist. Außerdem befindet sich die Region auf einer geologisch aktiven Verwerfungslinie, an der auch der große Tsunami vom Dezember 2004 ausgelöst wurde. All diese Faktoren erhöhen das Sicherheitsrisiko für eine solche Pipeline.

Politische Dimension des Projektes

Das Shwe-Gasprojekt steht in seiner politischen Bedeutung nicht isoliert da und kann nicht als eine rein innerburmesische Angelegenheit betrachtet werden. Vielmehr reiht sich der Fall in eine Reihe zahlreicher Konflikte ein, ist eng verbunden mit dem weltweiten Wettlauf um Rohstoffe. Waren bisher die USA, Europa und Japan die Hauptprotagonisten dieses Wettlaufes, sind nun die beiden aufstrebenden Industrienationen China und Indien und seit jüngster Zeit auch das bereits etablierte Südkorea hinzugekommen.

Alle beteiligten Firmen haben direkte oder indirekte Kooperationsverträge mit der verstaatlichten Energiewirtschaft Burmas. Es ist dabei sicher kein Zufall, dass Indien mit zwei und Korea mit einem ganz bzw. überwiegend staatlichen Energieunternehmen an dem Shwe-Gas-Projekt beteiligt sind. Auch Chinas staatlicher Energiekonzern PetroChina hat mit der burmesischen Militärregierung einen Liefervertrag für Shwe-Gas über 30 Jahre ausgehandelt und damit Indien übervorteilt.

Nun stellt sich erneut die Frage nach den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu diesem Land. Den Wirtschaftssanktionen der USA und Europas steht als Strategie die Integrationspolitik der asiatischen Nachbarstaaten wie Thailand, Indien und China gegenüber. Dies hält jedoch die energiehungrigen Volkswirtschaften Indien und China genau so wenig davon ab, jede Gelegenheit zur Erschließung neuer Rohstoffquellen wahrzunehmen, genauso wie die multinationalen Konzerne Total oder Chevron - trotz Sanktionen und Lippenbekenntnissen europäischer und amerikanischer Politiker.

Mönche und brennende Moscheen

Die Rolle des organisierten Buddhismus in Myanmar und sein Verhältnis zum Staat

Obwohl durch die Berichte von Massakern an Mönchen und die Fernsehbilder der Demonstrationszüge der Eindruck einer grundsätzlichen Opposition der Mönche zur Militärregierung entstand, war das Verhältnis des organisierten Buddhismus zur Militärregierung bis in die allerjüngste Vergangenheit hinein durchaus symbiotisch und entspannt.

Die Demonstrationen in Myanmar hatten anfangs eher einen ökonomischen als einen politischen Hintergrund: Anlass war vor allem eine Erhöhung der Treibstoffpreise um bis zu 500%. Am 5. September soll es bei einer Demonstration in Pakkoku, bei der auch 300 Mönche mitmarschierten, zu „unangemessenen" Behandlungen durch Armeeangehörige gekommen sein. Daraufhin verlangten Mönche eine Entschuldigung, bekamen aber lediglich eine Pressekonferenz der Regierung, worauf die Proteste stark an Fahrt gewannen.

Das Fernsehen von Myanmar widmete bei der Berichterstattung, wie von staatsnahen Medien gewohnt, den verletzten Polizisten weit mehr Aufmerksamkeit als den Opfern unter den Demonstranten. Die weniger der Militärregierung von Myanmar als anderen Institutionen verpflichteten Sender vergaßen dagegen in ihrer Berichterstattung die Erwähnung der verletzten Polizisten ebenso, wie die durch Randalierer oder agents provocateurs angezündeten Autos und Motorräder.

Ab dem 26. September setzte die Regierung ein Demonstrationsverbot mit Gewalt durch - anschließend kam es zu Massenverhaftungen, bei denen besonders Mönche betroffen gewesen sein sollen. Seit die Regierung am 28. September die Internetverbindungen mit Verweisen auf technische Probleme und hohen Pornographiekonsum kappte, dringen allerdings nur mehr schwer nachprüfbare Gerüchte aus dem Land.

Buddhistische Befreiungstheologie

Im fünften nachchristlichen Jahrhundert gelangte der Theravada-Buddhismus in das Kerngebiet des heutigen Myanmar. 2007 sind an die 90% der Bevölkerung Theravada-Buddhisten - neben Bamar auch Shan und Mon. Kachin, Chin und Karen sind dagegen überwiegend protestantisch. Moslems leben vor allem an der Grenze zu Bangla Desh und in den Städten.

Während der Kolonialzeit entwickelten sich der Buddhismus und seine Vertreter, die Mönche, zu Kristallisationspunkten des Widerstandes. U Wisara, ein Mönch, der nach 163 Tagen Hungerstreik starb, weil ihm im Gefängnis das Tragen seiner Robe verboten war, wurde zu einer Märtyrerfigur.

In den 1920er Jahren entwickelte sich eine Art buddhistischer Befreiungstheologie, die eine Befreiung von der Kolonialherrschaft als Grundvoraussetzung für eine Erreichung der spirituellen Ziele des Buddhismus setzte. In den 1930er Jahren entwickelte unter anderem der spätere Ministerpräsident U Nu eine Art buddhistischer Soziallehre, die besagte, dass über die Vergänglichkeit des Materiellen erst ab einer gewissen Grundsicherung nachgedacht werden könne, die der Staat deshalb zur Verfügung stellen solle. Die Vorstellung eines birmanischen Sozialismus wurde so wesentlich vom Buddhismus geprägt.

Die Vorstellung einer Religionsbruderschaft spielte auch eine Rolle dabei, dass die Angebote der buddhistisch-shintoistischen Japaner zur Unterstützung im „Antikolonialen Befreiungskampf" dankend wahrgenommen wurden. In den 1940ern ließ sich Aung San, der Vater der Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi in einem japanischen Terrorlager ausbilden und begann einen Guerillakrieg gegen die Briten. Erst kurz vor Kriegsende wechselte seine Burma Independence Army die Seiten und beteiligte sich an den Kämpfen gegen die Japaner, die plötzlich nicht mehr als „Befreier", sondern als „Besatzer" angesehen wurden. Damit es nicht so auffiel, dass Aung San vorher für die Japaner gekämpft hatte, schloss er sich mit der heute verbotenen KP zusammen, die die Japaner schon seit 1942 bekämpfte, und nannte die Gruppe nun „Anti-Fascist People's Freedom League (AFPFL)".

Schon kurz nachdem Aung San 1947 stellvertretender Vorsitzender einer Übergangsregierung geworden war, fiel er zusammen mit mehreren anderen Kabinettsmitgliedern einem Anschlag zum Opfer und machte damit den Weg frei für Politiker wie U Nu. Der errang 1960 unter anderem mit dem Versprechen nach Verankerung des Buddhismus als Staatsreligion einen Wahlsieg. Weil das Vorhaben aufgrund des in der Verfassung von 1947 enthaltenen Verbots des Missbrauchs der Religion von U Nu selbst nicht offen ausgesprochen werden durfte, verbreiteten Mönche das Wahlversprechen und forderten die Wahlstimme für den Kandidaten mit moralischem Druck als „milde Gabe". Tatsächlich erklärte U Nu nach seinem Wahlsieg den Buddhismus zu Staatsre-

ligion, schickte sich aber an, auch ein Gesetz zum Schutz der Minderheitenreligionen zu erlassen, weshalb ihm die Mönchsvereinigungen Wahlbetrug vorwarfen. Nachdem die Regierung auch noch den Bau von drei neuen Moscheen in Vorstädten von Rangun genehmigte, besetzten und zerstörten Mönche eine der Baustellen und ein weiteres islamisches Gotteshaus. Als eine Volksmenge unter Führung von 200 radikalen Mönchen Häuser von Moslems plünderte und in Brand steckte, feuerte die Polizei in die Menge und ließ Mönche festnehmen.

U Nus Nachfolger, der 1962 durch einen Staatsstreich an die Macht gekommene General Ne Win, hob zwar mit der einen Hand offiziell die Rolle des Buddhismus als Staatsreligion auf, erfüllte aber mit der anderen viele lang gehegte Wünsche der radikalen Buddhisten: Unter anderem wies er die christlichen Missionare aus dem Land und stellte den Staat für die Durchsetzung der buddhistischen Rechtsprechung zur Verfügung. So wurde zum Beispiel ein Ketzereiparagraph eingeführt, der die Verbreitung von, durch die Mönche als Irrlehren eingestuften, Lesarten des Buddhismus mit bis zu fünf Jahren Haft bedrohte.

Zwangsarbeit für religiöse Bauten

Die häufig kritisierte Verpflichtung zu körperlicher Arbeit gegenüber dem Staat, für die burmesische Familien auch Kinder „einspannten“ war ebenfalls ein Beispiel für die Zusammenarbeit von Staat und organisiertem Buddhismus. Neben der Errichtung von Straßen wurde sie vor allem für die Restauration von religiösen Stätten eingesetzt. In Mandalay musste eine Familie Ende der 1990er Jahre mindestens drei Tage im Jahr ohne Vergütung an buddhistischen Heiligtümern arbeiten oder 72 Dollar zahlen - bei einem durchschnittlichen Jahresverdienst von lediglich 312 Dollar für die meisten Familien eine eher theoretische Alternative.

Der Einsatz von Hand- und Spanndiensten zur Pagodenrestauration wurde aus den Reihen des organisierten Buddhismus in Myanmar kaum kritisiert - ganz anders als die Zerstörung der Buddha-Statuen von Bamian, die zu einer Anti-Moslem-Stimmung führte, welche sich noch im selben Jahr Bahn brach. Als in den Städten Taungoo, Prome, Sittwe, Pegu und Mandalay Unruhen ausbrachen, führten erneut buddhistische Mönche Randalierer an, die Moscheen und Häuser von Moslems in Brand steckten. Insgesamt gab es bei den Unruhen, die von der Weltpresse kaum beachtet wurden, neun Moslems, die von den Buddhisten vorzeitig ins Nirwana geschickt wurden.

Der einflussreiche Abt Win Rathu machte sich einen Namen als einer der Wortführer dieser Anti-Moslem-Bewegung. Seiner Ansicht nach waren die al-Quaida-Verbindungen der Rohingya Solidarity Organization (RSO) der wahre Grund für die amerikanischen Sanktionen gegen Myanmar. Die Buddhisten müssten deshalb für die Sünden der Moslems büßen. Tatsächlich gab es an der Grenze zu Bangla Desh in Afghanistan ausgebildete Moslem-Terroristen mit Verbindungen zu al-Quaida - allerdings waren sie militärisch geradezu erbärmlich erfolglos.

Auch christliche Gruppen beschwerten sich noch im Januar 2007 über eine Zusammenarbeit von Mönchen und Militärregierung zu ihren Ungunsten: So sollen im Chin-Bundesstaat 300 Mönche von der Regierung ausgesandt worden sein, um Christen mit Gewalt zum Buddhismius zu bekehren und im Dorf Koh Kyi im Bundesstaat Rakhaing soll ein Mönch angeblich mit Unterstützung des Militärs die Dorfkirche niedergebrannt haben.

Dass sich der Zorn der Mönche nun auch gegen die Regierung richtet, könnte damit zu tun haben, dass das Mönchstum im Terayama-Buddhismus nicht lebenslang andauert, wie im Katholizismus. Oft bleiben junge Männer nur wenige Wochen lang Mönch. Dafür ist es sozial verpflichtend, dass möglichst jede Familie ihre Söhne den Mönchsdienst absolvieren lässt. Insofern dürfte das buddhistische Mönchstum näher an den ökonomischen Nöten der Bevölkerung sein, als das sehr abgeschottete europäische Äquivalent.

geklaut von: Telepolis Artikel-URL: http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26349/1.html

Solidarität organisieren – §129a abschaffen

Am 31. Juli 2007 wurden Axel, Florian, Oliver und Andrej festgenommen. Dass nicht gleich geschossen wurde, war dann schon fast verwunderlich. Hatte doch unlängst Innenminister Schäuble angemahnt, dass die gezielte Tötung von Verdächtigen rechtlich noch ungeklärt sei. Glück gehabt, könnte man also meinen, wurden doch in den letzten Jahren die Gesetze meist nur noch der realen Praxis der Staatsgewalt von Polizei und Militär angepasst. Aber das jüngste §129a-Verfahren zeigt uns, wohin die Reise gehen wird, wenn die radikale Linke nicht endlich beginnt, mit bestimmten Formen der Selbstisolierung zu brechen, und moderate Kräfte gleichzeitig begreifen, dass ihr ewiges Lamento der Gewalt-Distanzierung auch keine Lösung, sondern ein Teil des Problems ist.

Den Gefangenen und drei weiteren Beschuldigten wird „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (§129a StGB) vorgeworfen. Die sieben sollen laut Bundesanwaltschaft in der „terroristischen Vereinigung" – „militante Gruppe" („mg") – aktiv sein. Axel, Florian und Oliver wurden in der Nacht zum 31. Juli erst observiert und dann verhaftet, nachdem sie versucht haben sollen, vier Fahrzeuge der Bundeswehr in Brandenburg/Havel in Brand zu setzen. Ihre Festnahmen markieren das Ende einer gut gemeinten antimilitaristischen Aktion. Gleichzeitig stellen sie auch einen Generalangriff auf militante linke Politik dar, indem sie für die jahrelange Jagd auf die „mg" herhalten müssen.

Kurz nach den Festnahmen, am Morgen des 31. Juli, wurden die Wohnungen und teilweise Arbeitsplätze von Andrej und drei weiteren Beschuldigten, gegen die kein Haftbefehl vorliegt, durchsucht. Allen vier wird „intellektuelle Täterschaft" zur Last gelegt. Die einzige Verbindung, die es zwischen Axel, Florian und Oliver und jenen vier Personen gibt, sind zwei angeblich konspirative Treffen zwischen Florian und Andrej. Wie bei den §129a-Verfahren vom 9. Mai geht der Staatsschutz also von einer Arbeitsteilung von Kopf und Hand aus, bei der die einen Anschläge verüben, während andere Urherber der Planungen und der Verlautbarungen sind.

Präventive Einschränkung politischer Organisierung

Der §129a hat eine ganz eigene Logik: Mit ihm ist es möglich, ohne einen konkreten Tatnachweis Menschen hinter Schloss und Riegel zu bringen – und das für lange Zeit. Unterstellungen und konstruierte Indizienketten als Ausgangspunkt sind ständige Begleiterinnen von §129a-Verfahren. So musste sich Ende der 1980er Jahre die Journalistin Ingrid Strobl vorwerfen lassen, sie gehöre den Revolutionären Zellen (RZ) an, weil sie einen Wecker gekauft hatte. Denn, so der Zirkelschluss der Generalbundesanwaltschaft, die RZ sei so verantwortungsvoll, dass sie nur Mitgliedern zumute, Material für Anschläge zu beschaffen. Und so wurde Ingrid Strobl zur RZ-Militanten, obwohl nie auch nur ein Beweis dafür vorlag, dass sie wusste, was mit dem von ihr gekauften Wecker passierte. Eine ähnlich absurde Konstruktion stellt das aktuelle Verfahren dar. Deshalb ist vor allem klar: Der §129a muss weg!

Die andauernde Verschiebung dessen, was als legitim (im Gegensatz zu legal) erachtet wird, hängt natürlich auch mit dem Anti-Terrordiskurs seit dem 11. September 2001 zusammen. Der Staat verändert ständig die Vorstellung dessen, was staatsgefährdend oder terroristisch ist und konstruiert im zweiten Schritt fleißig Terrornetzwerke. Deren diffuser und unübersichtlicher Struktur wiederum, so die Argumentation, müssen sich der Staat ebenso wie seine Überwachungs- und Verfolgungstechnik immer wieder neu anpassen; dies ist auch ein Grund für die geplante Erweiterung des §129. Die Wahnvorstellung, alles und alle überwachen und kontrollieren zu können, findet gerade seinen Ausdruck darin, dass, falls der Staatsschutz etwas nicht mitbekommt, dies gleich konspirativ, ergo subversiv und schlussfolgernd wahrscheinlich staatsgefährdend sein muss.

Hier wirkt eines der wahnwitzigen Funktionsprinzipien des Staates, die einen unserer Genossen in den Knast gebracht haben. Dabei darf nicht allein bzw. unkritisch – wie in den letzten Monaten oft zu hören ist – auf eine ominöse Privatsphäre, die es zu schützen und zu bewahren gilt, verwiesen werden. Der zunehmende Kontroll- und Überwachungswahn sollte für eine Linke vor allem deshalb Gegenstand von Kritik sein, weil er zunehmend die Rechte und Möglichkeiten politischer und sozialer Assoziation und Organisierung untergräbt.

Nach der Logik des gegenwärtigen präventiven Sicherheitswahns darf im Kern nur der Staat Politik machen und die ihm wohl gesonnenen Parteien und auf ihn fixierten Interessensvertretungen. Dieses Prinzip zeigt sich vor allem daran, dass der präventive Charakter des Sicherheitsstaats in den Vordergrund rückt und immer weitere Straftaten - so genannte Vorfeldhandlungen - konstruiert werden, die nichts mit strafbaren Handlungen im engeren Sinn gemein haben.

Dass in den letzten Jahren derart viele §129a-Verfahren ohne spürbare öffentliche Empörung oder gar Widerstand möglich waren – die spontanen Reaktionen nach den Razzien am 9. Mai waren angesichts des bevorstehenden

G8-Gipfels offensichtlich eine Ausnahme – ist auch eine Konsequenz unserer eigenen Politik: Dass die Ermittlungsbehörden Staatsfeinde ausmachen und gegen jegliche rechtsstaatlichen Spielregeln wegsperren können, ist auch das Resultat einer politischen Ausrichtung, die Kapitalismus- und Staatskritik, Radikalität und antagonistische Politik mit Selbstisolierung verwechselt. Statt zu versuchen, mit der eigenen Politik in die Gesellschaft zu intervenieren, feiern sich viele Linke als kleinste radikale Minderheit.

Das Vorgehen der Ermittlungsbehörden ist somit ein Ergebnis von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Mit derartigen Verfahren sollen sie zu unseren Ungunsten verschoben werden. Denn wie der Blick in die Geschichte zeigt, trifft der §129a vor allem linke Strukturen und Zusammenhänge, die mit Hilfe dieser Sondergesetzgebung sehr einfach ausspioniert, eingeschüchtert und isoliert werden können. Nicht zuletzt daher würde es der radikalen Linken durchaus zugute kommen, wenn die Masse an Verfahren, VS-Ansprachen und Beobachtungen der letzten Zeit - erinnert sei an die Spitzel im Berliner Sozialforum - nicht als Ausdruck von Stärke, sondern einerseits als Schwäche der Linken und andererseits als Verdrängung bürgerrechtlicher Standards und linksliberaler Positionen aus der politischen Debatte und Öffentlichkeit gedeutet werden würde.

Die Repression und Verfolgung der letzten Monate und Jahre ist auch Resultat der Isolierung der Linken sowie von herrschaftskritischen und emanzipatorischen Positionen – eines zunehmend verengten Rahmens des Sag- und Denkbaren. Dies muss als Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Konstellation verstanden werden, deren Ursache auch im sektiererischen Charakter linksradikaler Politik begründet ist – einer Politik, die sich mit sich selbst und ihren Ritualen und Gewissheiten begnügt und gleichzeitig auch nicht willens ist, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse insgesamt nach links zu verschieben.

Ein Ausdruck dieser Politik ist auch eine militante Praxis à la „mg". Auch die „mg" muss sich durchaus scharfe, aber solidarische Kritik gefallen lassen. Denn eine kritiklose Akzeptanz ihrer Politik verhindert eine linke Diskussion über Strategien und Mittel ebenso wie die allgemeine Forderung, „der Gewalt" abzuschwören. Doch dazu gleich.

Die Politik der „mg" geht nicht von den real existierenden Kräfteverhältnissen aus. Die Folgen dieser Fehleinschätzung sind für eine radikale linke Politik nicht gerade von Vorteil – im Gegenteil. Die militanten Aktionen waren trotz thematischen Bezugs zu realen Kämpfen nie Ausdruck einer realen sozialen Bewegung und damit auch kaum vermittelbar. Die „mg" verfolgt genau die Form selbstbezogener Politik, die die radikale Linke isoliert hat.

Repression: auch Resultat der eigenen Isolierung

Das Beispiel des Anschlags auf das Finanzamt Berlin-Neukölln in der Neujahrsnacht 2002/2003 zeigt dies deutlich: Nachdem der Anschlag im Feuerwerk und den 500 Bränden in jener Nacht medial unterging, zog die „mg" daraus in einer Erklärung (25.2.03) die Konsequenz, dass klandestine Medien erhalten und ausgebaut werden müssten, um den Informationsfluss zu garantieren. Die Vermittlung und Vermittelbarkeit der eigenen politischen Aktionen zielt so nur auf die radikale Linke. Manche Anschläge sind überhaupt nicht vermittelbar. So zum Beispiel der Anschlag auf das Polizeipräsidium in Tempelhof im April 2006 während der Beerdigung eines Polizisten, der im alltäglichen Einsatz erschossen wurde. Diese Form militanter Politik verändert an den herrschenden Kräfteverhältnissen wenig und trägt noch weniger dazu bei, dass sich Menschen zu organisieren beginnen und anfangen, sich kollektiv zu wehren.

Trotz allem muss die Kritik an militanter Politik solidarisch und konkret bleiben. Denn auch eine allgemeine Abgrenzungswut durch das linke Distanzierungskartell, der Leute, die z.B. ohne jede Trennschärfe Sachbeschädigung als Gewalt verurteilen, ist an der gegenwärtigen Lage nicht unbeteiligt. Wer meint, sich ganz allgemein von Gewalt oder militanter Politik distanzieren zu müssen, der/die stützt einen Diskurs, der die Hau-drauf-Politik des Staatsapparats trägt. Distanzierung schließt somit bestimmte Formen der Praxis endgültig aus, macht sie indiskutabel, entzieht sie der politischen Auseinandersetzung und legt somit eine Grundlage für staatliche Repression. Sie ermöglicht die Identifizierung derjenigen, die sich nicht unterwerfen wollen. Aus einem Streit über angemessene und legitime Formen des Widerstands und Protests, über Ziele und Möglichkeiten linker Politik wird so inkriminierbare Gesinnung.

Was sich allgemein als Distanzierung von jeglicher Gewalt äußert, ließ sich zuletzt am Distanzierungsdrang während des G8-Gipfels in Heiligendamm erkennen. Von pauschalen Distanzierungen, Übernahme der Polizeipropaganda bis hin zur geforderten Auslieferung von „Straftätern" war vieles im Stimmengewirr der Entsolidarisierung zu vernehmen. Von manchen wurden da GenossInnen als „Fremdkörper" (taz) bezeichnet und ein Peter Wahl macht mit seinem „Wir wollen euch nicht mehr sehen!" den Trennungsstrich und die Aufkündigung von Solidarität mehr als deutlich.

Distanzierungen von Gewalt einzuklagen ist im Endeffekt nichts anderes, als die politischen Akteure auf den Staat und seine Logik einzuschwören. Dieser Logik sollten wir uns entziehen. Einer der zentralen Momente des gegenwärtig im stärker sich herausbildenden präventiven Sicherheitsstaats ist der allgemeine Verdacht gegen alle, die nicht Ja und Amen sagen. Dabei greift die Strategie von Angst und realer Verfolgung ineinander. Eine verallgemeinerte Politik der Verunsicherung funktioniert nur dann, wenn der Staat auch ernst macht,

wenn er Personen mit §129a-Verfahren überzieht und wegsperrt.

Wer hat sich in Berlin nach dem 31. Juli nicht überlegt, wen der Beschuldigten er/sie kennt und wann und unter welchen Umständen ein letztes Treffen stattfand. Aus der „Kontaktschuld" wird so schnell eine „Berührungsfurcht" (Peter Brückner), die weit reichende politische Folgen hat. Das Ergebnis ist ein umfassendes System der Isolierung. Soll ich noch auf diese oder jene Demo gehen, wenn dort die Polizei wieder in großen Maßstab filmt? Soll ich wirklich mit meiner politischen Initiative eine Solidaritätsadresse schreiben? Welche Kneipen sollte ich lieber nicht regelmäßig aufsuchen? Kann ich bei google überhaupt mal „militante gruppe" eingeben, um mich zu informieren, was die so schreiben? Eines ist dabei klar: Ohne offene Gewalt und Repression ist diese Form der Politik der Angst unwirksam und nutzlos. Aber die ständig neuen Verfahren sind nicht einzig und allein als Form der Kriminalisierung zu interpretieren; sie dienen auch der Stigmatisierung von radikalen Linken generell. Einer Stigmatisierung, der offensiv begegnet werden muss - durch solidarischen Umgang und eine selbstbewusste Politik, die sich nicht einschüchtern lässt. Unsere Solidarität gilt deshalb allen Gefangenen vom 31. Juli 2007!

Der Kriminalisierung offensiv und selbstbewusst begegnen

Doch Solidaritätsarbeit darf nicht zur Selbstbestätigung der eigenen „antagonistischen" Politik werden. Mit der auch von Teilen der radikalen Linken forcierten Isolierung muss jetzt gebrochen werden. Vielmehr gilt es, in den kommenden Wochen und Monaten deutlich zu machen, dass das aktuelle wie auch die anderen §129a-Verfahren ein zentrales Moment des präventiven Sicherheitsstaats und der forcierten Politik der Angst sind. Nicht erst die Vorratsdatenspeicherung stellt einen Dammbruch dar, sondern alle Formen der Verfolgungspolitik im Rahmen des §129a. Unser Ziel muss es sein, jeglichen staatlichen Einschüchterungsmaßnahmen solidarisch und gemeinsam entgegenzutreten.

In diesem Sinne: Freiheit für Oliver, Florian, Axel und Andrej! Solidarität mit den Gefangenen und Beschuldigten vom 31. Juli 2007 organisieren! Abschaffung von §129a ff.!

Für eine linke Strömung! (FelS)

Der Text wurde leicht gekürzt. Zwischenüberschriften: ak-Redaktion, erschienen in der ak Nr. 520

Schwarzes Bewusstsein von weisser Dumpfheit erschlagen

Vor 30 Jahren wurde in Südafrika Steve Biko ermordet

„Sein Tod lasse ihn kalt", kommentierte der damalige Polizeiminister von Südafrika, Jimmy Kruger, die Nachricht, dass Steve Biko am 12. September 1977 in Polizeihaft gestorben ist. Die ganze Kälte, Rohheit und auch Überheblichkeit des rassistischen Apartheidsystems bricht sich in dem Mord an dem 30-jährigen Intellektuellen, Aktivisten und Mitbegründer des Black Consciousness Movement (Schwarze Bewusstseinsbewegung): Über zwei Wochen hinweg von der Sicherheitspolizei verhört und derart gefoltert, dass er am 11. September ins Koma fällt, wird Steve Biko nackt liegend in einem Landrover 1.200 Kilometer weit von Port Elisabeth nach Pretoria gefahren, wo er tags darauf – immer noch nackt – auf dem Zellenboden liegend an Hirnblutungen stirbt.

Die [...] fünf Bullen, die 1996 für den Mord an Biko vor der südafrikanischen Wahrheitskommission Amnestie beantragt, aber nicht bekommen haben, hatten den Kopf der einflussreichsten schwarzen Bewegung der 1970er Jahre in Südafrika buchstäblich eingeschlagen.

Stephen Bantu Biko, am 18. Dezember 1946 in King William's Town geboren, politisierte sich in den 1960er Jahren unter dem Eindruck der staatlichen Repression gegen die beiden großen Widerstandsbewegungen, den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) und den Panafrikanischen Kongress (PAC). Beide wurden 1960 verboten; ihre AktivistInnen gingen in den Untergrund oder ins Exil. Nelson Mandela, Walter Sisulu, Govan Mbeki, Ahmed Kathrada und andere zentrale Figuren des Widerstandes wurden 1964 im sogenannten Rivonia-Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt.

Das weiße Rassistenregime hatte so Ende der 1960er Jahre mit seinem – dank westlicher Unterstützung – bestens ausgestatteten Sicherheitsapparat den noch in den 1950er Jahren massenhaften zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen die Apartheid nahezu vollständig zerschlagen. Dieses Widerstandsvakuum füllte nun das von Biko mitbegründete Black Consciousness Movement, das sich 1972 mit der Black Peoples Convention (BPC) ein organisatorisches Dach für mehr als 70 schwarze Gruppen gab. Nur scheinbar – und vielleicht auch taktisch – lag der Unterschied zum ANC und PAC darin, dass die BCM-orientierten Gruppierungen genau darauf achteten, legal und gewaltfrei zu operieren, um dem Sicherheitsapparat keinen Vorwand zu bieten, sie zu bannen oder zu zerschlagen. Tatsächlich aber lag der entscheidende Unterschied in der von BCM und Biko beabsichtigten totalen Emanzipation von den UnterdrückerInnen bzw. in der Konzentration auf die unterdrückte schwarze bzw. afrikanische Bevölkerung:

"Allein dadurch, dass du dich als ‚schwarz' beschreibst, beschreitest du den Weg in Richtung Emanzipation, widmest du dich dem Kampf gegen all jene Kräfte, die versuchen, dein Schwarzsein als Stempel zu nutzen, der dich als ‚dienendes Etwas' brandmarkt."

Biko war in seinem Denken und Handeln beeinflusst von anderen anti-kolonialen Bewegungen und Befreiungskämpfen Afrikas. Er hatte sich mit den Werken von Aimé Césaire und Frantz Fanon auseinandergesetzt und auch die Entwicklungen und Kämpfe verschiedener afroamerikanischer Gruppierungen – von Bürgerrechtsbewegung bis Black Panther – aufmerksam verfolgt. „Black man, you are on your own" lautete der Slogan der von Biko 1968 mitgegründeten South African Students Organization (SASO). Der Spruch bilanzierte auch die frustrierende Erfahrung von Biko und anderen AktivistInnen wie Barney Bityani, Jerry Modisane, Drake Koka, Strini Moodley und Sats Cooper mit der von weißen Liberalen dominierten National Union of South African Students (NUSAS). Lange Zeit galt der 1969 von Biko angeführte Auszug der schwarzen Studierenden aus NUSAS, einer der wenigen „gemischten" Körperschaften im Südafrika der 1960er Jahre, als Trauma für die weißen Liberalen und Linken.

Von der Selbstbefreiung zum Selbstbewusstsein

Biko und den anderen AktivistInnen von SASO wurde irrwitzigerweise gar „umgekehrter Rassismus" vorgeworfen. Für Biko war aber, wie er einmal formulierte, „Schwarzsein" keine Frage der Pigmentierung, sondern eine des (kritischen) Bewusstseins und der Reflexion der südafrikanischen/kolonialen Machtverhältnisse. Ganz in der Tradition von Fanon wollte er, dass sich die Schwarzen von ihrem kolonisierten Bewusstsein befreien. Und einer der ersten Schritte war es, sie an „ihre Komplizenschaft bei dem an ihnen verübten Ver-

brechen des Sich-Ausbeuten-Lassens zu erinnern". Biko hatte nichts gegen Weiße. Er war ihnen gegenüber nur skeptisch, wenn sie – wie in der StudentInnenorganisation NUSAS – für die Schwarzen sprechen und ihnen helfen wollten, ohne aber ihre eigene Verstrickung in die Apartheid zu thematisieren bzw. sich aus dieser selbst zu befreien:

„Man muss das ganze System in Südafrika hinter sich lassen, bevor man daran denken kann, dass Schwarze und Weiße gemeinsam den Feind bekämpfen. Momentan ist es so, dass sich beide, Schwarze und Weiße, in einen hastig organisierten Zusammenhalt begeben und dabei die Keimzellen der Zerstörung dieses Zusammenhalts stets mit sich tragen – ihren Minderwertigkeits- und Höherwertigkeitskomplex."

Eine neue Generation schwarzer AktivistInnen

Das Black Consciousness Movement – und mit ihr Steve Biko – prägte in den 1970er Jahren eine neue Generation von selbstbewussten schwarzen AktivistInnen. Ohne ihren Einfluss wäre der Soweto-Aufstand vom Juni 1976, bei dem Zigtausende SchülerInnen lautstark gegen einen Unterricht auf Afrikaans, der Sprache der UnterdrückerInnen, protestierten, nicht denkbar gewesen. Der Aufstand und das von den Sicherheitskräften verübte Massaker vom 16. Juni 1976, bei dem 176 SchülerInnen erschossen wurden, veränderten das Land am Kap nachhaltig.

So richtig sichtbar wurde dies aber wohl erst in den 1980er Jahren. Unzählige Jugendliche tauchten unter und schlossen sich dem bewaffneten Kampf des ANC und des PAC an. In der Folge des Soweto-Aufstandes erstarkten die SchülerInnen- und StudentInnenorganisationen, in den Townships bildeten sich Stadtteilkomitees und Teile der Kirchen radikalisierten sich an der Seite der Unterdrückten. Interessanterweise profitierte vor allem der in den 1970er Jahren in Südafrika schwächelnde ANC von diesen Entwicklungen. Sein militärischer Flügel Umkhonto we Sizwe (MK) bekam deutlich Zulauf und intensivierte fortan die Anzahl der Operationen im Land. Und der auf Robben Island einsitzende Nelson Mandela wurde – vor allem international – zur uneingeschränkten Symbolfigur des gerechten Widerstandes gegen das Rassistenregime.

Während der ANC, gestützt von Gewerkschaften und von dem 1983 gegründeten breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis der United Democratic Front (UDF), nun wieder die relevanteste schwarze Widerstandsbewegung darstellte, war die vermutlich letzte große Manifestation des Black Consciousness Movement die Beerdigung von Steve Biko, an der mehrere Zehntausend Menschen teilnahmen. Nur einen Monat nach dem Tode des charismatischen Bikos, der nicht nur ein brillanter Redner und unabhängiger Denker war, sondern der auch viele Gemeindeprojekte in Durban und King Williams Town mit aufgebaut hatte, wurden 18 BCM-orientierte Gruppierungen, darunter SASO und BPC, verboten und viele AktivistInnen und UnterstützerInnen verhaftet oder gebannt. Danach nahm der Einfluss und die Bedeutung der BCM stetig ab.

Die Azanian People's Organization (AZAPO) und der 1983 gegründete Dachverband National Forum (NF) spielten in den 1980er Jahren noch eine gewisse Rolle, aber spätestens mit den ersten demokratischen Wahlen von 1994 sind jegliche BCM-orientierte Parteien politisch in die Bedeutungslosigkeit abgetaucht. [...]

Heute fehlt Bikos kompromisslose Stimme

Wo wäre Biko heute zu verorten, wenn er noch leben würde? Wo würde er stehen in der Post-Apartheid-Gesellschaft? Würde er die Opposition links vom ANC führen? Oder wäre er auch verfangen in Realpolitik, Marktwirtschaft und internationalen Zahlungsverpflichtungen? Wäre er Teil der vitalen südafrikanischen Zivilgesellschaft? Würde er Programme und Projekte der Gemeinwesenarbeit umsetzen, in NGOs arbeiten oder als unabhängiger Intellektueller Regierung und Gesellschaft kritisch kommentieren? Mit viel Wut im Bauch muss man konstatieren, dass Biko vor 30 Jahren mit nackter Gewalt die Chance genommen wurde, ein befreites Südafrika mitzugestalten, während die Polizisten, die ihn damals unmittelbar oder mittelbar totgeschlagen haben, heute unbehelligt ihre Rente mit Boerwurst und Biltong verfressen.

Wo auch immer er heute stehen würde, er fehlt mit seinen kompromisslos klaren, unbequemen Ansichten. Denn was er 1972 in einem Journal namens Student Perspectives on South Africa geschrieben hat, klingt vielleicht naiv und ist vermutlich unrealistisch. Aber im Kern formulierte Biko dort eine Position, deren Klarheit und Radikalität der heutigen Auseinandersetzung mit Apartheid, Rassismus, Kolonialismus

und Paternalismus in Südafrika (und anderswo) guttun würde:

„Uns ist bewusst, dass der weiße Mann an unserem Tisch sitzt. Wir wissen, dass er kein Recht hat, dort zu sein. Wir möchten ihn von unserem Tisch entfernen und alle Gegenstände abräumen, die er dort hingestellt hat. Dann decken wir den Tisch in einem ‚wahrlich afrikanischen Stil', lassen uns nieder und fragen ihn, ob er sich zu uns setzen möchte - aber zu unseren Bedingungen."

Andreas Rosen

Leicht gekürtzt und entnommen aus der analyse & kritik Nr. 520

Steve Biko

Stephen Bantu Biko, meist abgekürzt zu Steve Biko (* 18. Dezember 1946 in King William's Town, damals Südafrikanische Union; † 12. September 1977 in einer Gefängniszelle in Pretoria), war ein bekannter Bürgerrechtler in Südafrika. Er gilt als Begründer der Black-Consciousness-Bewegung.

Studium und frühe Jahre

Biko, der sich bereits seit seiner Schulzeit für Anti-Apartheids-Politik interessierte, begann 1966 ein Studium der Medizin in Durban an der University of Natal Medical School (Black Section), wo er seinen späteren Freund und Mentor Joshua Mboya Dada kennen lernte. Sein wachsendes politisches Engagement, zunächst in der von ihm begründeten South African Students Organisation (SASO), führte jedoch zu nachlassender Studientätigkeit. So wurde er 1973 zwangsexmatrikuliert.

Biko beteiligte sich 1972 an der Gründung des Black Community Program (BCP) und trat bei großen öffentlichen Versammlungen auf. 1973 verhängte die Apartheids-Regierung einen „Bann" über ihn, der mit scharfen Auflagen verbunden war: er wurde überwacht, durfte seine Heimatstadt nicht verlassen und nicht mit mehr als einer Person gleichzeitig sprechen. Aufgrund dieser Auflagen konnte Biko, der sich zunehmend für Rechtsfragen interessierte, nur ein Fernstudium der Jurisprudenz aufnehmen.

Reflexions on Rostock

Ein Überblick über die Tage von Heiligendamm, und einige Reflexionen über die Ambivalenzen von militanter Politik.

intro – constructing a shared radical evaluation

Beim Lesen vieler Auswertungen zum G8-Gipfel in Heiligendamm vermissten wir als in die G8-Mobilisierung involvierter Zusammenhang ein Aufscheinen jener Ambivalenzen, die unsere Reflexionen über die Gipfelwoche prägten und beschlossen so trotz des wachsenden zeitlichen Abstands zu den Ereignissen unsere Gedanken schriftlich zusammenzufassen, und so hoffentlich einige Grautöne im Gesamtbild nachzutragen.

Trotz der unvermeidlichen Subjektivität aller Einschätzungen und Überlegungen muss es unserer Meinung nach darum gehen, in der Debatte als Ganzer zu so etwas wie einer gemeinsamen politischen Bewertung der Ereignisse von autonomer Seite zu kommen. Eine solche ist unserer Meinung nach nur erreichbar wenn taktischer (?) Enthusiasmus (z.B. Interventionistische Linke: „Ihre Zeit läuft ab, unsere bricht an“) und totaler Subjektivismus (Internationale Brigaden: „Kommune von Rostock“) beiseite gelassen werden und sich unsere Diskussion aus den wolkigen Höhen der politisch-poetischen Statements auf die Ebene konkreter Abläufe zurückverlagert und Kritikpunkte offen (aber solidarisch) benannt werden. Dass wir die im folgenden benannten Kritikpunkte auch auf uns selbst, als autonomen Zusammenhang, beziehen, versteht sich von selbst.

prologue – reconfirming the consensus

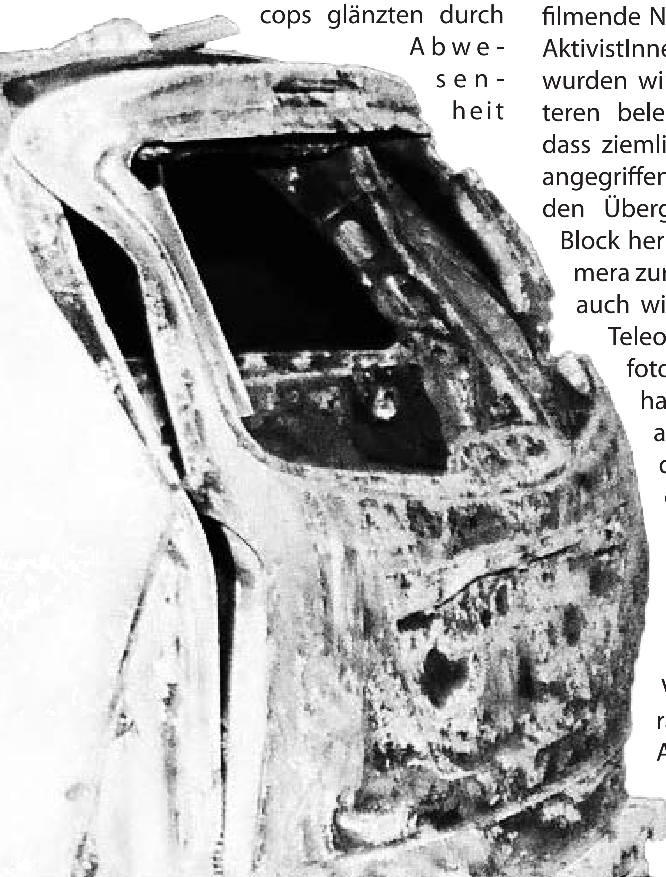
Um kurz einige Dinge vorweg klarzustellen: Wir teilen mit vielen anderen Zusammenhängen die grundsätzlich positive Einschätzung der Mobilisierung gegen den G8. Die ca. 60.000 Menschen auf der Samstagsdemo waren angesichts der weitgehenden institutionellen Abwesenheit der Linkspartei, der Gewerkschaften o.ä. Massenorganisationen der Zivilgesellschaft ein Erfolg. Der autonome ‚make capitalism history‘-Block mit ca. 6000 - 8000 Menschen war verbunden mit dem ebenfalls großen Internationalistischen Block und dem ‚ums Ganze‘-Block der massenhafteste Auftritt einer antagonistischen Linken hierzulande in den letzten Jahren oder gar Jahrzehnten. Aus unserer Sicht stellt nicht nur die zahlenmäßige Stärke sondern auch der Kontext (d.h. die Integration dieser autonomen Linken in ein breites Bündnis linker Kräfte) einen großen Erfolg dar. Doch damit nicht genug der guten Nachrichten: Der hohe Anteil von companero/as aus dem Ausland stellte den praktischen Internationalismus unserer Bewegung unter Beweis und machte deutlich, dass alle Zweifel ob sich das internationalistische Klima von Prag/Genua/Evian/Gleneagles etc. überhaupt auf bundesdeutsche Verhältnisse übertragen lasse unbegründet waren. Trotz bundesweiter Mobilisierung gelang es der ‚Gib 8‘ Kampagne der Nazis nicht, mit eigenen

Aktionen relevante Akzente zu setzen. Das ist vor allem ein Erfolg der linksradikalen Mobilisierung gegen den G8 – angesichts von tausenden von militanten Linken in der Region war den Bullen klar, dass es bei einer zentralen Naziveranstaltung massiv gekracht hätte, vor diesem Hintergrund wurden Naziaufmärsche und Kundgebungen verboten. Die Demo am Montag war mit Sicherheit eine der größten antirassistischen Aktionen der letzten Jahre und die BlockG8-Massenblockaden vom Mittwoch und Donnerstag mit ihren vielen Tausend Beteiligten stellten nicht nur einen starken Abschluss der Aktionswoche dar sondern behinderten die Infrastruktur des G8-Gipfels effektiv.

Nachdem einige der grundsätzlich positiven basics damit umrissen sind, wollen wir uns dem zu wenden, was wir eingangs die Ambivalenzen der Mobilisierung nannten.

J2 – antagonism and ambivalence

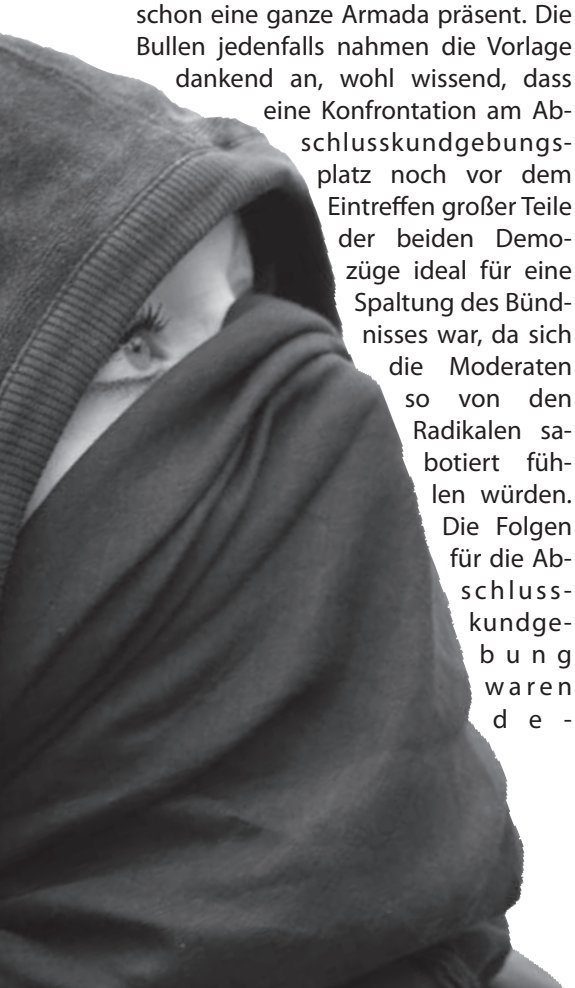
Als die Demo am Samstag nach zähem Auftakt endlich loszog, sahen wir uns wie viele Andere im Block einer völlig ungewohnten Situation gegenüber. Was am Abend zuvor aus der Demo-AG durchgedrungen war, hatte jetzt vollständige Umsetzung erfahren: Die cops glänzten durch Abwesenheit und setzten damit ihre angekündigte Deeskalationsstrategie wohl weit umfassender um, als es die meisten von uns erwartet hatten. Doch damit begann auch schon das Dilemma: Denn statt die angebotenen Spielräume kreativ zu nutzen, war der Block offensichtlich überfordert. Weil wohl niemand so recht Glauben konnte, dass heute zunächst kein Wanderkessel mit Knüppeleinsatz angesagt war, wurde die Zurückhaltung der Gegenseite als geradezu unheimlich empfunden. Und so versuchten die einen einfach nur verbissen „die Demo durchzuziehen" und erwarteten aus jeder Seitenstraße einen Bullenangriff. Die anderen agierten in Kleingruppen am Rande der Demo aber verloren dabei unserer Meinung nach z.T. jedes Augenmaß: so wurden z.B. JournalistInnen angegriffen und Kameras geklaut. Da diese Aktionen unserer Einschätzung nach z.T. von organisierten Zusammenhängen durchgeführt wurden (und wir annehmen, dass diese Auswertungen lesen/diskutieren/schreiben) wollen wir unsere negative Einschätzung hier kurz begründen: Während wir zunächst noch davon ausgingen, dass die Attacken gegen Kameraleute am Rande der Demo das Werk gut informierter Antifas gegen filmende Nazis oder anderer militanter AktivistInnen gegen Zivibullen seien, wurden wir leider bald eines Schlechteren belehrt: Es wurde augenfällig, dass ziemlich beliebig JournalistInnen angegriffen wurden, die dann z.T. nach den Übergriffen weiter neben dem Block herliefen und ihre geklaute Kamera zurückforderten. Natürlich sind auch wir nicht glücklich, wenn mit Teleobjektiven Einzelne im Block fotografiert werden. Dennoch halten wir derartige Aktionen aus drei Gründen für völlig daneben: Zum Einen war es gerade am Samstag im Rostock jeder/m selbst überlassen sich zu vermummen und so seine/ihre Identität zu verbergen, wodurch der grundsätzliche Sinn eines Vorgehens gegen Kameraleute in Frage steht. Zum Anderen war gerade durch die Absenz der Bullen am Samstag eine Situation gegeben, in welcher diejenigen die sich trotz Vermummung nicht fotografieren lassen wollten, alle Zeit der Welt hatten, etwaigen Kameraleuten die Hand auf die Linse zu legen und ihre Sicht der Dinge zu erklären. Hinzu kommt, dass Gewalt gegen Menschen immer eine äußerst heikle Angelegenheit ist und wir sie in diesen Fällen, da es sich bei den Angegriffenen offensichtlich weder um Bullen noch um Nazis handelte schlicht für falsch und politisch kontraproduktiv halten.



Andere Aktionen, die aus dem Block heraus liefen, waren politisch durchaus sinnvoll, aber eine gewisse Tendenz zur ‚Überschusshandlung' zeigte sich an vielen Stellen: Leute warfen Steine auf Robocops auf einer Brücke über der Demo und vergaßen zu kalkulieren, dass die Schwerkraft ihre Geschosse zurück nach unten (und das heißt auf die DemoteilnehmerInnen einige Reihen weiter vorne) lenken würde. Leute versuchten einen Supermarkt zu entglasen und übersahen, dass er offen und voller Menschen war, wobei nicht nur die Steine abprallten und den Leuten im Block um die Ohren flogen, sondern auch die Chance verpasst wurde, durch die offene Tür reinzugehen und ein wenig kollektive Aneignung zu betreiben und anschließend Weihnachtsmann/frau zu spielen. Vor dem Hotel der US-Delegation (dem einzig direkt gipfelrelevanten Punkt der Route) hielten sich die Aktionen aus der Demo heraus dagegen in (viel zu) engen Grenzen. Eine Ursache dieser Probleme war unserer Meinung nach die mangelnde Erfahrung vieler von uns im Umgang mit Spielräumen und eine (nicht unbegründete) Angst vor Repression, die verhinderte, dass wir unsere tatsächliche Stärke an diesem Tag angemessen zur Geltung brachten. Das alles führte dazu, dass entweder gar nicht oder aber überstürzt und unkalkuliert gehandelt wurde. Genau dieses

Problem war wohl auch eine der Ursachen für die folgenreichste Panneaktion der Tages: Der Angriff auf die Streifenbullenwanne. Auch hier haben wir eine zweifache Kritik: Zum einen finden wir es in der gegenwärtigen Situation grundsätzlich (sozusagen ‚menschlich' oder ‚ethisch') falsch passive, anonyme, ungeschützte Bullen aus nächster Nähe mit Steinen zu bewerfen. Zum Anderen stellt sich für uns die Frage welchen politischen Sinn diese Aktion gehabt haben soll - die Folgen jedenfalls waren beschissen. Natürlich war ein Vorgehen gegen die Wanne legitim, aber gerade ihre absurde Exponiertheit hätte Anlass geben können zu einer fantasievollen und vermittelbare(re)n Aktion.

Das Wesentliche aber bleibt folgende Tatsache: Anstatt Ort und Zeit einer Konfrontation mit den Bullen selbst zu bestimmen, wurde durch die Aktion den Bullen ein Vorwand geliefert den Block anzugreifen – auch wenn rückblickend nicht ganz klar ist ob sie nicht früher oder später sowieso Stress gemacht hätten, immerhin war nach ihrer Zurückhaltung in der Innenstadt am Stadthafen bei unserem Eintreffen schon eine ganze Armada präsent. Die Bullen jedenfalls nahmen die Vorlage dankend an, wohl wissend, dass eine Konfrontation am Abschlusskundgebungsplatz noch vor dem Eintreffen großer Teile der beiden Demozüge ideal für eine Spaltung des Bündnisses war, da sich die Moderaten so von den Radikalen sabotiert fühlen würden. Die Folgen für die Abschlusskundgebung waren desaströs: Es entstand eine surreale Atmosphäre, in der vorne auf der Bühne das Programm lief, während hinten die Bullen reinprügelten, wobei die Hauptverantwortung für diese Absurdität bei der Demoleitung und den Verantwortlichen fürs Bühnenprogramm lag. Trotzdem muss auch das potentielle Handeln unserer BündnispartnerInnen eine Variable unserer politischen Kalkulation sein, und ein Großteil der Menschen am Hafen hätte sicherlich für die Durchführung der Abschlusskundgebung plädiert – nicht zuletzt weil es ja der einzige Moment war, an welchem die Gesamtstärke der beiden Demozüge zum Ausdruck kommen konnte.



Nach dem Angriff der Bullen auf den Block war der riot zunächst ein Akt der Selbstverteidigung, der dann in Phasen offensiver und defensiver Konfrontation mündete und so eine ihm eigene Dynamik entfaltete die ihn z.T. der konstruktiven Kritik entzieht. Dennoch erscheinen uns ein paar kritische Worte unumgänglich: Viele warfen von zu weit hinten und verletzten so eigene Leute. Wir gehen auch davon aus, dass einige AktivistInnen angetrunken waren, was wir immer falsch, bei einer internationalen Großdemo mit 17.000 Bullen aber absolut verantwortungslos finden.

In der Bewertung des riots stehen sich unserer Meinung nach zwei diametral entgegengesetzte Positionen gegenüber, die gewissermaßen die Ränder der Bewegung markieren, aber in unseren Augen beide kaum zur reflektierten Einordnung des 2. Juni brauchbar sind: Auf der einen Seite steht die Stilisierung des riots zu einem, jeder Kritik enthobenen „Moment (subjektiver) der Befreiung" , auf der anderen jene zu einem „Gewaltexzess der Chaoten". Für uns war der riot vom 2. Juni weder das eine noch das andere und wir sind der Meinung, dass sich beide Bewertungen einer produktiven Diskussion entziehen: Erstere aufgrund ihrer ungezügelten Subjektivität, die all jenen, die nicht direkt ins Geschehen involviert waren kaum vermittelbar ist; Letztere aufgrund ihres Kniefalls vor dem Gewaltmonopol des Staates, die eine differenzierte Diskussion über militante Praxis unmöglich macht.

Unserer Meinung nach stellt der 2. Juni eine zweifach verpasste Chance dar: Die Spielräume, die ein verantwortungsvolles und politisch effektives Agieren in der Schnittmenge von Konfrontation und Konsens während der Demo ermöglicht hätten, wurden nur unzureichend genutzt. Statt massenhaft (halbwegs) Vermittelbares zu tun, agierten einige Kleingruppen verantwortungslos und unreflektiert, während der Großteil passiv blieb. Der Angriff auf die Verkehrsbullenwanne war in dieser Form nicht nur an und für sich falsch, sondern zog den Block eventuell auch in eine frühzeitige Konfrontation mit den Bullen und machte es so unmöglich, zu einem späteren Zeitpunkt einen selbstbestimmten Akzent zu sezten, der (falls gut plaziert), die gemeinsame Abschlusskundgebung ermöglicht, keine Unbeteiligten gefährdet, weit mehr positive Resonanz erzeugt und den Bullen den Erfolg verwehrt hätte, den riot aus der Innenstadt rausgehalten zu haben. Bei der Suche nach den Ursachen erscheint es uns etwas zu kurz gegriffen nur die eine falsche Aktion als Grund anzuführen. Insgesamt waren wir zu wenig selbstbewusst und kreativ, weil wir uns zu sehr an unsere eigene Schwäche gewöhnt haben und vielen mangelte es leider wohl auch am Willen zur politischen Bestimmung ihrer militanten Praxis.

Die unsäglichen politischen Reaktionen zahlreicher vermeintlicher Bewegungs-‚RepräsentantInnen', allen voran Monty Schädel (DFGVK) und Peter Wahl (Attac) sind damit aber in keiner Weise zu rechtfertigen. Mehr zu Denken sollten uns die Einschätzungen solidarischer Linker wie Ulrich Brand (BUKO; Auswertung vom 18.06.2007) und Thomas Seibert (IL; Auswertung vom 22.06.2007) geben. Allerdings sehen wir auch hier deutliche Differenzen: Seibert plädiert zwar gegen„Vereinheitlichung" und„die Löschung von Differenzen" innerhalb der Bewegung, erkennt aber gleichzeitig zumindest implizit nur „Aktionen der militanten Selbstverteidigung" als legitim an, und argumentiert damit in etwa genauso wie Brand, der „die Ablehnung physischer Gewalt gegen andere Personen, wenn man nicht bedroht ist" kurzerhand zur „bottom-line

emanzipatorischen Handelns“ erklärt. Beide schließen so konfrontativ-offensive Aktionsformen aus dem Kanon der legitimen Widerstandspraktiken aus und distanzieren sich damit von einem wesentlichen Teil der Bewegung, der seit Seattle bei allen wichtigen Gipfelevents präsent und relevant war. Sie differenzieren nicht zwischen einer offensiven Aktion gegen gut gepanzerte Robocops und dem oben kritisierten Angriff auf zwei ungeschützte Bullen, und übersehen, dass das Manko des militanten Handelns am 2. Juni (neben einigen völlig verfehlten Aktionen) v.a. der Verzicht auf selbstbestimmtes und politisch reflektiertes offensives Agieren war.

Wir glauben dass eine solche Setzung von Aktionsstandards durch einzelne Intellektuelle wenig Wirkung zeigen wird und sich damit nur jenes Problem fortschreibt, welches schon in Rostock selbst überdeutlich wurde: Der „Absprachenmythos“ (Ulrich Brand), oder anders gesagt die Tatsache, dass auch die Exponenten der IL nicht in der Lage waren das Agieren des‚make capitalism history‘-Blocks vorherzusagen/zu bestimmen. Fragen militanter Praxis müssen am konkreten Fall diskutiert werden um zu Standards zu kommen, welche dann tatsächlich für den Großteil der autonomen AkteurInnen verbindlich und so auch gemeinsam durchsetzbar sind. Zwei Linien, an welchen sich eine solche Diskussion gegenwärtig orientieren müsste, sind klar: Zum einen die Benennung von grundsätzlich falschen Aktionen im gegenwärtigen politisch-historischen Kontext, die Unbeteiligte oder eigene Leute gefährden oder ein hohes Risiko bergen beliebige Bullen lebensgefährlich zu verletzen oder ihnen schwere bleibende Schäden zuzufügen mit dem Ziel sie in Zukunft zu verhindern und zum Anderen die Diskussion zur politischen Bewertung gelaufener Aktionen entlang des dialektischen Verhältnisses von Konfrontation und Konsens. Zu diesem letztgenannten Komplex gehören auch alle Fragen der Bündnispolitik: Mit wem agieren, um den Preis der Aufgabe welcher konfrontativen Potentiale mit dem Ziel welcher politischen Dynamik? Denken wir Fragen militanter Praxis so, erscheint Militanz nicht als identitärer Fetisch oder einzig als Mittel subjektiver Befreiung (welches Militanz aber sicher oft auch ist) sondern als problematisches und komplexes, aber auch ausgesprochen effektives Instrument antagonistische Positionen ins “reflektierte Spektakel” des Gipfelwiderstandes (und selbstverständlich jedes anderen linken politischen Handelns) einzuschreiben.

In diesem Sinn ist es zwar sinnvoll im Nachhinein zu diskutieren, welche Chancen effektiveren militanten Handelns in den Gipfeltagen vergeben wurden, aber auch anzuerkennen, dass der riot vom 2. Juni trotz aller Mängel die politische Imagination des Gipfels nachhaltig prägte und mit seinen Bildern ein unübersehbares Zeichen des Antagonismus setzte, welches wir nicht missen möchten.

the days after

Mit der Frage der Bündnispolitik wären wir auch schon beim Paradoxon jener Tage die auf den Samstag folgten: Dominierten in der medialen Öffentlichkeit die Schaumschläger der Distanzierung, so schlug deren Gerede nie spürbar auf die Realität in den Camps durch. Das scheinbare Rätsel ist einfach zu erklären: Die Mehrheit der wohl ca. 10.000 Campenden, welche das Gros der Akteure der folgenden Woche stellten, waren Linksradikale. Dementsprechend entspannen sich in den Camps zwar durchaus kritische Diskussionen zum Samstag (in denen viele der Gedanken, die wir hier zum Besten geben, schon geäußert wurden), aber es gab nie auch nur annähernd eine Mehrheit für einen dogmatischen Pazifismus, geschweige denn den Schwachsinn von Wahl oder Schädel. Diese deutlich veränderte Zusammensetzung des Protestpotentials gegenüber der Demo am Samstag sollte immer mit bedacht werden, da sonst die Basis der Massenorganisationen, die ihren leadern vermeintlich an politischer Reife überlegen ist, womöglich maßlos überschätzt wird. Schlichter gesagt: Es gab auch deshalb so wenig Stress an der Basis, weil die meisten Moderaten am Samstag Abend schon wieder zu Hause waren. Dennoch musste wohl v.a. die IL nach Samstag viel Energie aufwenden, um das BlockG8-Bündnis zusammenzuhalten und eine Spaltung für die Aktionstage zu vermeiden.

Vor dem Hintergrund dieser zahlenmäßigen Schwächung der Bewegung im Vergleich zu Samstag bei gleichzeitiger Erweiterung des Aktionsradius (Umzugswelle von Rostock nach Reddelich etc.), der extremen Medienhetze bezüglich des riots und dem deutlich repressiveren Vorgehen der Bullen vollzogen sich die Aktionen der drei nächsten Tage. Dass es auf der (inhaltlich wichtigen) Demo zur globalen Landwirtschaft am Sonntag mit einem sehr gemischten AktivistInnenspektrum ebensowenig zu militanten Aktionen kam wie auf der antirassistischen Demo am Montag wo es aus Rücksicht auf AktivistInnen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus explizit unerwünscht war, ist logisch. Allerdings ist es in den betreffenden Tagen (trotz einiger sehr cooler Aktionen organisierter Zusammenhänge, die von den Medien leider weitgehend verschwiegen wurden) zu keinem massenhaften militanten Agieren mehr gekommen: Weder abends in der Rostocker Innenstadt, noch am Flughafen oder am Zaun. Neben der gewachsenen Repression dürfte dafür die mangelnde Organisierung zahlreicher autonomer AktivistInnen, und (als Folge beider Faktoren) die Nichtexistenz eines gemeinsamen autonomen Plenums verantwortlich sein.

blocking the summit

Die Dominanz der BlockG8 Aktionen am Mittwoch und Donnerstag macht deutlich, dass sich viele Autonome für eine Beteiligung an den Aktionen von BlockG8 entschieden hatten – ent-

weder schon vorab oder aber vor dem Hintergrund der verkleinerten Spielräume nach dem riot vom Samstag. Nur einer gut organisierten Minderheit gelang es, effektive dezentrale Blockaden durchzuführen – eine Vermittlung solcher Ansätze an eine breitere Masse und die Einbindung potentiell Interessierter gelang nach unserer Erfahrung kaum. Abermals schafften wir als autonome

Linke es hier wie schon am Samstag nicht massenhaft, koordiniert und gezielt konfrontative Akzente gegen den G8 zu setzen. Dennoch sind auch die Gipfeltage selbst in unseren Augen ein Erfolg gewesen. Das BlockG8

als Rechtsstaat in der Welt wohl zu sehr beschädigt. Vielleicht muß

mensch allerdings die Blockaden auch mit dem riot von Samstag zusammendenken, um einen weiteren Schlüssel für ihr Gelingen zu begreifen: Zum einen wussten die Bullen aus der Erfahrung vom Samstag, dass eine völlig Verhinderung oder Zerschlagung der BlockG8 Blockaden die Gefahr barg wiederum ein paar Tausend ‚Randalierern' gegenüberzustehen – und ein riot (z.B. an den Bahngleisen von Bollhagen) war wohl das letzte, was in die Gipfelchoreographie von Merkel und Co. passte. Zum anderen kann mensch konstatieren, dass sich die BlockG8-Blockaden auf paradoxe Weise im politischen Windschatten des riots vom Samstag bewegten: Vor der medialen Folie des riots wurden die Blockaden als moderate und v.a. legitime Protestform wahrgenommen. Diese gesteigerte Akzeptanz von zivilem Ungehorsam in Form von Blockaden sowohl innerhalb der Bewegung als auch in der Öffent-

Konzept hat sich als effektiver erwiesen als wir als Zusammenhang dachten – auch weil es die Logik der herrschaftlichen Selbstinszenierung richtig einkalkulierte: Noch umfassendere Prügelorgien der Bullen hätten das Bild der BRD

lichkeit gilt es in nächster Zeit zu nutzen.

Obwohl die BlockG8-Blockaden also als politischer Erfolg zu werten sind, sollten wir auch diese Aktionsform nicht verabsolutieren und ihre potentiellen Untiefen mitbedenken: Während die BlockG8-Blockaden vielen TeilnehmerInnen sicherlich das Gefühl eigener kollektiver Stärke und praktischer Intervention vermittelten, so kann dennoch auch der Einwand Tazio Mueller & Kriss Sol („A tale of two victories?") nicht gänzlich von der Hand gewiesen werden, dass die BlockG8-Blockaden medial weniger als „materielle Unterbrechung denn als fröhliches Theater zum Ausdruck gezähmten Widerstandes" dargestellt wurden. Der medialen Entstellung im Sinne der herrschenden Zustände entgehen also weder die militanten Aktionsformen noch der zivile Ungehorsam - nur jeweils unter umgekehrtem Vorzeichen.

Wenn der italienische Post-Operaist Mezzadra die BlockG8-Blockaden als „definitiven Punkt der Übereinkunft der Bewegung der Bewegungen" (T. Seibert, „Connecting Words and Struggles", ak Nr. 518) preist so mag dies zwar einerseits stimmen, schmeckt andererseits aber bedenklich nach kleinstem gemeinsamen Nenner. Wir sollten nicht vergessen, dass dieselbe Aktionsform im Wendland im letzten Jahrzehnt zum Standardrepertoire der dezidiert pazifistischen Akteure von X-tausendmal quer gehörte, während die radikalen Kräfte dezentrale Aktionen, Materialblockaden u.a. vorzogen. Dass nun in Heiligendamm genau diese Aktionsform ganz wesentlich von radikalen Kräften propagiert, organisiert und benutzt wurde, kann zwar als ultimativer Beweis ihrer Effektivität, aber auch als Tendenz zur ‚Domestizierung' einer Bewegung gesehen werden, deren Stärke eben nicht nur in der Pluralität ihrer theoretischen Ansätze sondern auch ihrer Praxisformen liegt. In diesem Zusammenhang sollten wir den Hinweis der GenossInnen vom Gegeninformationsbüro (Nachbereitung vom 26.06.2007) nicht völlig von der Hand weisen, welche anmerken, dass die kurz vor dem Gipfel eingerichtete Sperrzone durchaus auch als von der KAVALA zugewiesene „Spielwiese" bzw. „Kampffeld" für Massenblockaden interpretiert werden kann, welches als ‚rotes Tuch' den Zaun ersetzen sollte und z.T. auch ersetzt hat.

Can the subversive speak?

Wenn Geronimo (jW Interview vom 20.06.2007) der IL im Zusammenhang mit den ersten Reaktionen ihres Pressesprechers auf die Randale in Rostock (unserer Meinung nach sehr überspitzt, aber nicht völlig falsch) vorwirft, sie erhebe „Anspruch auf Bewegungsmanagement", so muss diese Kritik im Kontext ihrer politischen Entscheidung für breite Bündnisarbeit und Aktionen des zivilen Ungehorsams gedacht werden. Die politische Strategie der IL mit ihrem Plädoyer für eine nicht-militante Demo am Samstag und ein möglichst breites Bündnis des zivilen Ungehorsams am Mittwoch und Donnerstag ermöglichte es ihr radikale und fundierte Kapitalismuskritik im Gesamtbündnis und in der Aussenwahrnehmung der Mobilisierung stark zu machen (was wir für sehr wichtig halten) und gleichzeitig eine Repräsentationsposition für den gesamten radikaleren Teil der Bewegung einzunehmen. Unabhängig davon, ob sich alle autonomen AktivistInnen von der IL repräsentieren lassen wollen, war es genau ihre starke Bündnisintegration, die sie zum einen hörbar machte, zum anderen aber ihre Spielräume für eine positive Repräsentation des riots vom Samstag einschränkte.

Aber dieses widersprüchliche (umgekehrt proportionale) Verhältnis von öffentlicher Wahrnehmbarkeit und der Fähigkeit der Repräsentation militanter Aktionsformen betrifft nicht nur die radikalen Teile der IL sondern uns alle. Wir müssen uns fragen wie wir den partiellen Autismus unseres militanten Handelns durchbrechen können, um radikales Agieren innerhalb der Bewegung und ihres Umfeldes nachvollziehbar und einschätzbar zu machen. Dazu braucht es allgemeine Diskussionen um (Mindest-)Standards militanten Handelns und einen verbindlichen und respektvollen Umgang mit unseren BündnispartnerInnen. Dazu braucht es eine ständige politische Bestimmung des jeweiligen Sinns unserer Aktionen und die Bereitschaft und Fähigkeit organisierter Zusammenhänge ihre Strategie in jenes oft recht junge und unerfahrene Umfeld zu vermitteln welches in Rostock einen nicht unwesentlichen Teil beim riot spielte. Dazu braucht es eine Flexibilität in der Wahl der Mittel, die es uns ermöglicht, ohne Scheuklappen die jeweils situationsadäquate Aktionsform anzuwenden. Konkret heißt das für uns im Nachhinein trotz unserer vorherigen Skepsis anzuerkennen, dass BlockG8 wohl die angemessenste, weil massenkompatibelste und symbolisch (und wohl auch materiell) effektivste Handlungsform für die Blockadetage war. Das heißt aber auch reale Differenzen stehen zu lassen und nicht anzufangen nun zivilen Ungehorsam in militantes Agieren umzudichten wie es jetzt zum Teil (siehe Swing-Interview vom 3.07.2007 von Knut) gemacht wird, dementsprechend sollten wir die Blockaden nicht als Zielpunkt sondern als Etappe auf dem Weg zu einer radikalen Massenpraxis begreifen. Denn, nicht nur militantes Agieren kann politisch sinnvoll sein, aber eine Bewegung, in der Begriffe für konfrontatives Handeln zunehmend auf eine non-konfrontative Praxis angewendet werden, befindet sich entweder in einem Prozess der (verbalradikalen) Domestizierung, oder aber die Begriffspolitik spiegelt eine Vereinnahmungs- und Delegitimationsstrategie der Moderaten gegenüber den Radikalen wieder - wir wollen keines von beidem hoffen!

Für mehr Unberechenbarkeit gegenüber der Gegenseite und mehr Verantwortlichkeit gegenüber unseren BündnispartnerInnen!

Für eine reflektierte militante Praxis (auch jenseits aller Gipfel) und deren politische Repräsentation nach innen und außen!

Für eine vielfältige, dynamische und radikale Bewegung!

The Others

Das Subversive suchen

Zehn Jahre „Handbuch der Kommunikationsguerilla“ - eine Bilanz

1997 erschien das „Handbuch der Kommunikationsguerilla“ von Sonja Brünzels und Luther Blisssett (autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe). Das „Handbuch“, welches durch seine ungewöhnliche typographische Aufteilung herkömmliche Lese- und Betrachtungsgewohnheiten irritiert, hat sich seitdem zu einer Art Klassiker entwickelt und ist in mittlerweile vier Auflagen und in italienischer und spanischer Übersetzung erschienen. Viele linke Gruppen haben sich bei ihren Überlegungen zu Aktionen und Interventionen davon anregen lassen. Nach zehn Jahren ist Zeit für eine Bestandsaufnahme.

Ein Artikel geklaut aus:
ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 520 / 21.9.2007

ak: Die Proteste gegen den G8 in Heiligendamm zeigten Clowns, SuperheldInnen, Riesenpuppen in der Konfrontation mit Polizeiketten. Ist die Linke in den letzten zehn Jahren kreativer geworden?

autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe: Wir denken, die Linke ist sich der Bedeutung von Symbolen, vor allem aber von bildlichen Repräsentationen, bewusster geworden. Sie ist mittlerweile eher in der Lage, Bilder bewusst zu erzeugen und taktisch einzusetzen, und dabei auch mit dem eigenen Selbstbild spielerischer umzugehen. Neben die bewusst inszenierte Konfrontation (Black Bloc) sind Formen getreten, welche versuchen, die martialisch aufmarschierende Staatsmacht symbolisch ins Leere laufen zu lassen. Wenn sich hoch gerüstete SEKler im schwarzen Körperpanzer auf der einen und rosenfarbige Feen unklaren Geschlechts oder depperte Clowns auf der anderen Seite gegenüber stehen, dann sieht die Staatsmacht im wörtlichen wie übertragenen Sinne schlecht aus - auch wenn das die Gewaltförmigkeit des staatlichen Overkills nicht mindert. Wird dann versucht, in bewährter Manier die Spritzpistolen und Seifenblasen der Clowns qua Presseerklärung in terroristische Instrumente chemischer Kriegsführung umzudeuten, dann mag sich zeigen, dass Lügen, die von Fünfjährigen zu durchschauen sind, auch von manchen JournalistInnen nicht immer unkommentiert kolportiert werden.

Welche Rückmeldungen habt ihr seit dem Erscheinen des Handbuchs bekommen und welche Absicht hattet ihr bei der Publikation?

Zum einen passierte das, was wir nicht wollten: Es wurde als Rezeptbuch aufgefasst. Zum anderen geschah aber auch das, was wir erhofft hatten: Es wurde als Werkzeugkasten, zum Teil auch als Nachschlagewerk oder zur Inspiration genutzt. Teilweise gab es Aktionen, die denen im Handbuch beschriebenen nachempfunden waren, verändert oder auch nicht. Ebenso gab es Aktionen, die das, was im Konzept Kommunikationsguerilla angelegt war, weiter entwickelt haben. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass das Buch eine Stimmung zum Ausdruck gebracht hat, die weit mehr war als bloße Unzufriedenheit mit früheren Aktionsformen. In dieser Hinsicht würden wir nicht mehr so defensiv argumentieren, wie wir das Ende der 1990er Jahre noch gemacht haben.

Inwiefern unterscheidet sich eure heutige Argumentation für die Kommunikationsguerilla von der damaligen?

Wir waren früher sehr befangen in den klassischen Debatten der aktivistischen Linken und fühlten uns doch noch sehr dem alten aufklärerisch-ideologiekritischen Projekt der Linken verpflichtet. Wir hatten selbst noch nicht wirklich verstanden, dass sich das Kommunikationsguerilla-Konzept in gewisser Weise auf der Höhe der Zeit eines sich immer mehr herausbildenden Kognitiven Kapitalismus (Yann Moulier Boutang) befindet. Während der damaligen Kommunikationsguerilla-Welttournee (1997-1999) betonten wir immer wieder sehr defensiv, dass solche symbolischen Aktionsformen natürlich nicht alles seien. Dahinter verbargen sich die Reste eines falschen Bewusstseins von „letzter Instanz“ oder die Vorstellung von mehr und weniger zentralen Kampffeldern.

Haben sich im letzten Jahrzehnt neue Formen der Kommunikationsguerilla entwickelt oder bestimmte Formen an Bedeutung gewonnen?

Verändert hat sich zum einen, dass inzwischen die globalisierungskritischen Bewegungen aufgekommen sind, die sich nach dem „Ende der Geschichte“ dezidiert als transnationale soziale Be-

wegungen verstehen. Zusätzlich haben sich die Medien und Kommunikationsformen von sozialen Bewegungen - lokal wie global - zumindest äußerlich verändert.

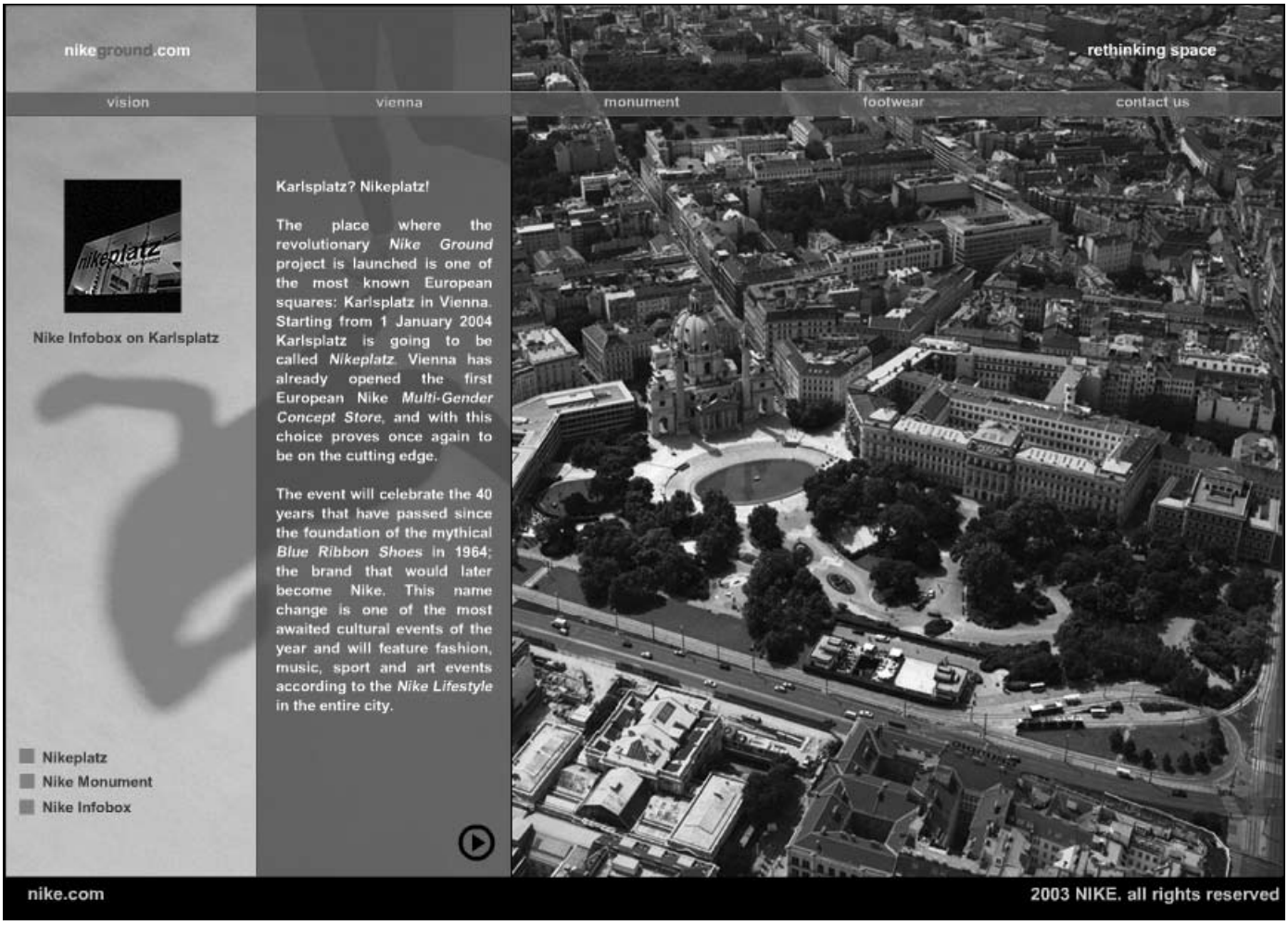
Auf der Ebene der Aktionsformen waren die globalisierungskritischen Bewegungen innovativ. Man könnte von einer neuen „Ästhetik der Konfrontation" sprechen, bei der ästhetische Formen (z.B. Pink&Silver, Black Bloc, Rebel Clown Army) oft bewusst genutzt werden, um Konfrontation und Dissens symbolisch zu inszenieren. Plakativ gesprochen: Es gibt nun nicht nur die Multitude, sondern auch ihre vielfältigen Protest-Dramaturgien, die Ausdruck und Beschleunigung eines gesellschaftlichen Wandels sind. Auf der Ebene der Medien sind die kommunikativen Möglichkeiten, die sich aus einer „Many-to-many"-Kommunikation ergeben, offensichtlich. Die Haltung der meisten AktivistInnen hat sich jedoch, was Fragen der medialen Vermittlung oder der Kommunikation anlangt, weniger verändert, als wir uns das wünschen würden. Es dominiert nach wie vor die naive Haltung: „Wenn ich die Wahrheit sage, müssen die Leute mir doch glauben„.

Kommunikationsguerilla soll Widersprüche aufdecken, die Unhinterfragbarkeit des Bestehenden angreifen und die Legitimität von Macht in Frage stellen. Besteht nicht die Gefahr, dass verschiedene Formen die ihr vorstellt (z.B. das Adbusting) populär und völlig beliebig werden, indem es nur noch um die Form und nicht mehr um die Kritik am Bestehenden geht?

Adbusting (1) ist mit Abstand die langweiligste Spielart der KG. Vermutlich ist sie deswegen so präsent, weil die Bilder oft schön bunt und eben hyperästhetisch daherkommen. Es ist technisch inzwischen relativ einfach, die Vierfarb-Werbeanzeigen bekannter Marken nachzuahmen. Oft macht Adbusting die kommunikativen Räume, die es zu öffnen gilt, eher zu als auf, wenn sich die verfremdeten Botschaften lediglich als „Aufklärung für Eingeweihte" herausstellen: Es geht meist weniger um Kommunikation mit Nicht-Eingeweihten als um die Selbstvergewisserung, auf der richtigen Seite zu stehen. So richtig es ist, das Unsichtbare sichtbar zu machen, stellt sich die Frage, warum dies häufig mit moralischem Rigorismus und formelhafter „political correctness" erfolgen muss. Seitdem Unternehmen gelernt haben, Kritik als „corporate social responsibility" zu integrieren, stellt sich die Frage, welche Funktion Kritik noch hat. Möglicherweise braucht es ergänzend oder gar jenseits von Gegenöffentlichkeit Interventionsformen, mit denen die unter dem Leitbild eines kulturellen und kognitiven Kapitalismus immer wichtiger werdende Imageproduktion angegriffen und umgedreht werden kann. Die Imagebeschmutzungs-Kampagne „deportation class" gegen die Lufthansa hat ja gezeigt, dass das punktuell durchaus funktioniert.

Gerade bei der „Deportation-class"-Kampagne, aber auch bei Fake-Flugblättern gab es ja von staatlicher Seite massiven Druck. Wie steht es um die staatliche Repression bei Kommunikationsguerilla-Aktionen?

Kommunikationsguerilla verweigert sich der direkten Konfrontation. In diesem Sinne mögen viele Aktionsformen der Kommunikationsguerilla, was die Gefahr staatlicher Repression anlangt, als relativ „sicher" erscheinen. Dennoch unterliegt auch diese Form von Aktivismus der „ganz normalen" Belästigung durch staatliche Organe: Eine Clownsmaske oder ein Feenkostüm schützen nicht davor, eins aufs Maul zu bekommen. Wir gehen darüber hinaus davon aus, dass sich im Zuge der Durchsetzung kontrollgesellschaftlicher Mechanismen die Repression gegen jede Form gesellschaftlicher Kritik tenden



ziell ausweiten wird. Die Delikte, die Kommunikationsguerilla in Folge ihrer Aneignung, Umnutzung und Rekombination von Bildern, Images, Logos vorgeworfen werden, bewegen sich häufig im Bereich von Copyright und geistigen Eigentumsrechten - einer rechtlichen Grauzone, die gerade in den letzten Jahren zunehmend zum umkämpften Terrain geworden ist. Hier ist eine weitere Einschränkung rechtlicher Freiräume und Grauzonen zu beobachten bzw. zu erwarten. Das unterstreicht aber umgekehrt auch die zunehmende Relevanz des Terrains der Symbol- und Zeichenproduktion.

Läuft nicht auch die Kommunikationsguerilla ständig Gefahr, von der Verwertungslogik subsumiert zu werden?

Offensichtlich ist, dass bestimmte Formen der Subversion vergänglich sind. Insofern plädieren wir dafür, die Frage nach der „richtigen“ Subversion stets gegenwärtig und im Kontext von konkreten Aktionen zu diskutieren.

Nicht überraschend ist auch, dass sich Leute mit verschiedenen Interessen der KG annehmen und sie für ihre Zwecke nutzen wollen. Werbung, PR und Marketing setzen in Zeiten, in denen Aufmerksamkeit zum knappen Gut geworden ist, immer wieder auf das Überraschende, Unerwartete und Spektakuläre, Stichwort „Guerilla Marketing“. Hier sind auch die Versuche von Unternehmen und Lobbygruppen zu nennen, die sich mittels „Miet-Demonstrationen“ oder Flash Mobs (2) Aufmerksamkeit verschaffen wollen. Das Problem stellt sich manchmal auf überraschende Weise auch anders herum. Was tun, wenn die politische Aktion vom Angegriffenen integriert wird? Dass Formen der Kritik und der Revolte integriert und adaptiert werden können, ist aber aus unserer Sicht kein so großes Dilemma wie die Frage nahe legt. Die herrschenden Verhältnisse sind kompliziert, und die Revolte wird immer zum Teil von denselben Verhältnissen geprägt sein, mit denen sie sich auseinander setzt. Eigene Handlungsmuster und Aktionsformen müssen immer wieder kritisch hinterfragt werden, anstelle sich nach dem bequemen Ruhebett der garantiert kritischen Kritik oder der garantiert rekuperationsfesten Aktionsform zu sehnen. Die Alternative, sich zurückzulegen und ideologiekritisch zu schwadronieren, ist kein Ausweg: Auch die (Ideologie-)Kritik des Spektakels ist Teil des Spektakels.

Aus unserer Sicht zeigt das Interesse der anderen Seite vor allem, dass die Auseinandersetzung um die Kommunikationsverhältnisse ein Ort relevanter gesellschaftlicher Kämpfe ist, die in vielerlei Hinsicht produktiv sind. Nur „die“ Linke hier zu Lande ist so blöd zu behaupten, dass das Terrain, auf dem die Kämpfe stattfinden, nicht betreten

werden darf, weil es der Gegner auch tut. Demgegenüber muss unsere Aufgabe als Linke doch vielmehr sein, das Subversive zu suchen, zu formulieren und Vorschläge zu machen. Es gibt dafür kein Rezept und manches Mal werden wir eine schlechte, weil integrierbare Aktion gemacht haben. Und dann wieder eine gute, und dann wieder eine nicht so gute ... Diese Erkenntnis ist zugleich eine weitere Antwort auf Eure Frage nach dem Perspektivenwechsel, weg von einem defensiven hin zu einem gelasseneren bis offensiveren Standpunkt.

Und zum Schluss: Was ist eure „Lieblings-Subersiv-Aktion“?

Wir haben keine Charts und wir würden uns untereinander nie auf eine Lieblings-Aktion einigen können. Es gibt sicher Aktionen, die wir alle klasse finden, z.B. als in Wien ein Pavillon auf dem Karlsplatz aufgestellt wurde, um für dessen Umbenennung in Nikeground zu werben oder jener Fake, bei dem es den Yes Men 2004 gelang, im Namen der Dow Chemical Company via BBC-Fernsehinterview zu behaupten, der Konzern würde nun endlich die Opfer der Bhophal-Katastrophe von 1984 entschädigen. Aber diese Aktionen legen die Messlatte schon sehr hoch. Wir möchten demgegenüber auch an jenes Fax anno 1999 erinnern, das Sonja Brünzels und Luther Blissett an die Medien verschickten und darin ankündigten, dass der Ex-Kanzler Helmut Kohl nun endlich - unabhängig von seinem „Ehrenwort“ - in der Parteispendenaffäre Ross und Reiter nennen werde.

Als Kommunikationsguerilleras freuen wir uns über jede Aktion, die die herrschende kulturelle Grammatik unterläuft, aushöhlt, verspottet und die zeigt, dass das Leben auch ganz anders sein kann. Das können hübsche Fakes, gut platzierte Torten oder auch ein fein inszeniertes unsichtbares Theaterstück sein. Dokumentiert sind viele Aktionen übrigens in der „Blogchronik der Kommunikationsguerilla“. (http://kommunikationsguerilla.twoday.net) Uns geht es dabei nicht um „die“ Wahrheit oder die richtige Ideologie, sondern um die bessere soziale Praxis. Das ist die Essenz unseres Begriffs des Politischen.

Anmerkungen:

1) Werbung, die so umgestaltet wird, dass ihr Sinn umgekehrt oder ins Lächerliche gezogen wird (von advertisement = Werbung + busting = zerstören)

2) Kurzer, scheinbar spontaner Menschenauflauf, zu dem über Internet oder Handy mobilisiert wird. Typisch sind die blitzartige Bildung, das identische Handeln in der Gruppe und die Auflösung nach wenigen Minuten.

Ein Beispiel für aufwändige Kommunikationsguerilla:

Die „Umbenennung“ des Karlsplatz in wien inklusive Präsentation vor Ort (unten) und Internetpräsenz www.nikeground.com (links).

Adbusting

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre nahm die Allgegenwart der Marken immer mehr zu. Markenfetischismus, der vor allem bei Jugendlichen eine große Rolle bezüglich Anerkennung in der Gesellschaft wurde, stellt einen wichtigen Bestandteil des Alltags dar. Immer mehr rückt der Wunsch in Vordergrund, die Öffentlichkeit mit Hilfe von aufsehenerregenden Aktionen auf das Treiben der Konzerne aufmerksam zu machen. Viele der bekanntesten Hersteller konzentrieren sich nur mehr auf die Vermarktung, während die Produkte in Zulieferbetrieben hergestellt werden. Diese befinden sich in Billiglohnländern, der dritten Welt, wo ausbeuterische Arbeitsbedingungen herrschen. Adbusting stellt eine Form des kreativen Widerstandes dar, bei dem Werbeplakate, Slogans und Logos zum Zwecke der kritischen Antiwerbung verändert werden. Das Wort Adbusting kommt aus dem englischen und setzt sich zusammen aus „ad" (=Werbung) und „to bust" (=zerschlagen). Auf kritische Weise wird auf Werbung aufmerksam gemacht, die uns tagtäglich überschwemmt und die uns auf verschiedenste Weise beeinflusst.

Subversive Affirmation

Als Subversive Affirmation oder Überidentifizierung wird die Positionierung innerhalb der Logik der herrschenden Ordnung bezeichnet. Diese wird dabei ernster genommen, als sie das System selbst nimmt. Somit werden allgemein bekannte, aber doch tabuisierten Aspekten des Gewohnten, sogenannte Implikatoren, offen ausgesprochen.

Die Strategie der Überidentifizierung lässt sich beispielhaft an einem Auftritt der (slowenischen) Musikgruppe Laibach im März 1989 in der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad illustrieren. Vor dem Auftritt hielt ein Mitglied der Gruppe eine militant nationalistische Rede in serbischer Sprache. Die Zuhörer wurden aufgefordert, die Reinheit und Ehre des serbischen Volkes und den Bestand des serbischen Bodens mit allen Mittel zu bewahren und zu verteidigen. Inhaltlich bedeutete die Rede - die Zitate einer Rede des serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic darstellte - eine nur unwesentliche Zuspitzung der serbisch-nationalistischen Rhetorik, die damals im sich bereits auflösenden Jugoslawien überall zu hören war. Der Gefahr einer wirklich blossen affirmativen Wirkung entzog sich die Gruppe jedoch durch eine ungeheure Provokation: Im Verlauf der Rede glitten zentrale Worte und Sätze der Ansprache ins Deutsche (in Jugoslawien ein Synonym für den Faschismus), ohne dass ansonsten irgend ein Bruch stattgefunden hätte. Damit war jede positive Lesart ausgeschlossen – eine Tatsache, die auf die Zuhörer gerade deshalb so verstörend wirken musste, weil die Affirmation serbisch-nationalistischer Heroik auf allen anderen Ebenen so konsequent wie möglich durchgehalten wurde.

Culture Jamming - Krieg der Zeichen

In der zur Zeit produzierten Reportage wird ein subjektives Bild über den kulturellen Hintergrund, die Theorie und Praxis des Culture Jamming gezeichnet. Culture Jamming, auch Adbusting, Kommunikationsguerilla oder ästhetischer Widerstand ist eine Form subversiver politischer oder künstlerischer Praxis:

Die Strategie Culture Jamming geht davon aus, daß die klassischen Konzepte der Gegenöffentlichkeit, zur Verbreitung alternativer Sichtweisen gesellschaftlicher und politischer Phänomene, nicht ausreichen. Den Mainstream-Medien in ihrer Omipräsenz haben selbstgedruckte Flugblätter oder alternative Medien wenig entgegenzusetzen, da es in der Regel an einer aufnahmebereiten Zielgruppe oder gesellschaftlichem Druck mangelt. So entwickelte sich eine neue Form des Aktivismus, die sich der klassischen Guerilla-Taktik bedient, also möglichst effektiver punktueller Operationen im Bereich der Information und Kommunikation. Aktionsformen des Culture Jamming sind z.B. die subversive Affirmation, Media Hoaxing, Medienaktionismus oder eben Adbusting.

Media Hoaxing

Als ein Held des Media Hoaxing gilt Joey Skaggs, der erfundene Geschichten in Umlauf brachte, um die Sensationslogik der Massenmedien bloßzustellen: „Beim Hoaxing geht es darum, jemanden von einer auswärtigen Zeitung zu überreden, eine Story über etwas zu bringen, ohne die Fakten zu überprüfen. Dann xerokopiert man diese Story und schickt sie per Post weiter. Journalisten sehen, dass sie gedruckt wurde, und halten es deshalb nicht für nötig, genauer zu recherchieren."

Die „Yes Men", eine politische Künstlergruppe aus den USA agieren im Namen fremder Organisationen wie der WTO. Bei der letzten Aktion haben sie die Fake-Seite dowethics.com online gestellt, die angeblich das Corporate Social Responsibility-Programm von Dow Chemical darstellt. Dow Chemical hatte vor ein paar Jahren die US-Firma Union Carbide Corporation aufgekauft, die wiederum 1984 für ein riesiges Chemie-Unglück in indischen Bhopal verantwortlich war:

Die BBC, die die dowethics-Seite für eine „Technikfolgeabschätzungs"-Website des Dow-Konzerns hielt, wandte sich an dowethics.com und interviewte einen "Yes Men"-Sprecher. Dieser versprach live im Fernsehen ca. 12 Milliarden US$ Entschädigung, was zweimal gesendet wurde und um die Welt ging. An der Frankfurter Börse erlitt die Dow-Aktie einen Einbruch um 3,4% auf 37 Euro (Verlust: 2 Mio. US$). Dow Chemical dementierte alles und hatte danach einige Kommunikationsprobleme, der Welt zu erklären, dass man weder rechtlich verantwortbar, noch irgendwas zu zahlen bereit sei.

ILSE PRESENTE!

In Gedenken an Ilse Schwipper (1937 - 2007)

Ilse Schwipper ist tot, sie starb am 27.September 2007 nach einer kurzen schweren Krankheit. Ilse war eine von uns. Sie war Anarcha-Feministin, Antifaschistin, Stadtguerillera, Antiimperialistin, Kämpferin.

Sie lebt in uns und unseren Kämpfen weiter.

Ilse wurde 1937 in Berlin geboren und wuchs bei ihrer Großtante und ihrem Großonkel, einem in der Antifaschistischen Aktion aktiven Anarchisten, auf. Bereits in ihrer frühen Kindheit wurde sie über das wahre Gesicht des NS aufgeklärt. 1944 zog sie mit ihrer Mutter und dessen zweitem Ehemann nach Wolfsburg. Wie sie uns jüngeren gegenüber immer betont hat ist Wolfsburg ein Musterbeispiel für die Kontinuität des Nazifaschismus in der BRD. „Stadt des KdF-Wagens" (Kraft durch Freude) nannten die Nazis ihre Stadt. In diese braune Siedlungsprojekt zogen fast ausschließlich Nazis und Vertriebene, wie gleichgeschaltet die Stadt war und blieb zeigt sich am Wahlergebnis von 1946: damals erhielt die Sozialistische Reichspartei (SRP), Nachfolgepartei der NSDAP 96%. Von Bombenangriffen der Alliierten verschont wurde Wolfsburg nach dem Krieg zum Kern des VW-Imperiums, und lieferte auch schon bald Kleinbusse, die von den Amerikanern in Vietnam eingesetzt wurden. Deswegen sabotierten Ilse und andere 1971 die Gleise der Zuliefer-Strecke. Zuvor hatten sie bereits eine NPD-Wahlveranstaltung verhindert, indem sie den Veranstaltungssaal niederbrannten.

Die Opposition gegen den Vietnamkrieg und Deutschlands (indirekte) Beteiligung, sowie gegen die Kontinuität des Faschismus in der BRD waren wichtige Inhalte der Sozialen Revolte der 60er Jahre. Wenn heute von 68ern gesprochen wird so sind damit nur die Studenten gemeint. Einen Teil der Bewegung machten allerdings Leute aus, die aus Verhältnissen wie Ilse stammten, proletarische Jugendliche. Ilse verkörpert für uns in vieler Hinsicht die damaligen Entwicklungen: Sie lebte in einer Kommune, wurde von den Jusos ausgeschlossen weil sie gegen das KPD-Verbot agitierte, und sah letztlich ihre politische Perspektive im bewaffneten Kampf.

Von 1971 bis 1973 saß sie bereits, ähnlich wie die ersten Kader der RAF, in Isolationshaft. Später stand sie im längsten Prozess in der Geschichte der BRD vor Gericht, dem Schmücker-Prozess. Schmücker war ein VS-Agent im Umfeld der „Bewegung 2.Juni", er wurde 1974 im Grunewald in Berlin erschossen. Die Tat wurde Ilse und den anderen Leuten aus ihrer damaligen Kommune in Wolfsburg angelastet. Der Prozess wurde allerdings aufgrund der Verwicklungen des VS viermal wiederaufgerollt und dauerte letztlich 17 Jahre. Er endete 1991 in einem Freispruch. Auch während dieser Zeit hat Ilse lange in Isolationshaft gesessen. Sie hat viel unter dieser „Weißen Folter" gelitten, ihre Kinder wuchsen ohne sie auf und distanzierten sich später von ihrem politischen Engagement und ihrem Lebensweg. Für Ilse ein schmerzhafte Erfahrung. Nach ihrer Entlassung hat sie sich vor allem für andere politische Gefangene eingesetzt und in anarcha-feministischen Zusammenhängen gearbeitet. Ein Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit nach der Entlassung war die Situation der politischen Gefangenen in der Türkei. Während des Gefangenwiderstandes gegen die Einführung der Isolationsfolter in den türkischen Gefängnissen von 2000 bis 2007, stand sie – als eine der wenigen anarchistischen Linken deutscher Herkunft – solidarisch an der Seite der kämpfenden kommunistischen Gefangenen und ihren Angehörigen. Sie selbst sprach auf einem Symposium der türkischen Gefangenen und Angehörigenorganisation TAYAD in Istanbul über die ihre persönlichen Erfahrungen mit Repression und die grausamen Auswirkungen der Isolationshaft. Internationalismus war für Ilse nie Projektion deutscher Befindlichkeiten oder kulturelle Revolutionsromantik sondern selbstverständliche gelebte Solidarität. Bereits 1961 hatte sie mit einer Unterschriftensammlung gegen die Lebensverhältnisse von Gastarbeitern in Wolfsburg gekämpft. Deren Siedlung war nämlich ein eingezäuntes Lager, ähnlich wie sie heute in Spanien zu finden sind.

Vor allem beeindruckt an Ilse hat uns, dass sie im Gegensatz zu der Mehrheit der sogenannten „68ern" ihre Vergangenheit nicht geleugnet hat, sondern ihre Leben lang politisch gekämpft hat. Sie war für uns ein Beweis das dass Streben nach revolutionärer Veränderung nicht mit 30 aufhört, dass es möglich ist seinen Utopien und Träumen ein Leben lang treu zu bleiben und sich auch nicht durch Knast und Iso-Folter brechen zu lassen. Noch Anfang diesen Jahres sagte sie „ohne Gewalt geht's nich" und erklärte sie sei nach wie vor gegen das Gewaltmonopol des Staates. Sie hat ihre Erfahrungen mit Jüngeren geteilt und wir haben viel von ihr gelernt. Wir werden sie niemals vergessen.

Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin, Oktober 2007

Prügel für Abschiebebeamte

Guinea und die euro-afrikanische Kollaboration in der Migrationspolitik

Mitte August wurden sechs französische Polizisten in Guineas Hauptstadt Conakry verprügelt, als sie zwei aus Frankreich deportierte Guineer am Flughafen ablieferten. „Wir erhielten eine Menge Schläge von den beiden Abgeschobenen, einigen Passagieren sowie von zwei Polizisten", hieß es in einem französischen Polizeibericht über den Vorfall. Dem Bericht zufolge hatten Passagiere, die über Misshandlungen der Abgeschobenen empört waren, per Handy ein „Empfangskomitee" am Flughafen Conakry organisiert. Hinterher seien die Franzosen auf einer Polizeiwache beschimpft worden, und beim Sicherheitscheck zum Rückflug habe eine Beamtin ihnen gesagt: „Ihr Barbaren. Die Kolonialzeit ist vorbei."

Dieser Vorfall löste heftige Kontroversen auf Regierungsebene aus. Am 23. August hieß es auf guineenews.org, die guineische Regierung habe sich nicht entschuldigt, sondern nur ihr Bedauern ausgedrückt. Sie habe sich aber auch beklagt, dass Frankreich als einziges Land Abschiebungen nach Guinea durchführe, ohne die dortige Regierung im Voraus darüber zu informieren. Am 25. August hieß es auf africatime.com, die guineischen Behörden würden dementieren, dass einige ihrer Polizisten an den Handgreiflichkeiten auf dem Flughafen von Conakry beteiligt waren und hätten eine Untersuchung dazu eingeleitet. Guinea wolle auch Aufklärung über die Bedingungen während des Fluges, da die abgeschobenen Guineer Spuren von Gewaltanwendung aufwiesen.

Abschiebung, Hungerstreik und Diplomatie

Am 28. August traf sich Brice Hortefeux, französischer Minister für „Einwanderung, nationale Identität und Entwicklung", mit dem guineischen Premierminister Lansana Kouyaté. Neben der Erörterung von entwicklungspolitischen Fragen habe Hortefeux von Kouyaté eine Erklärung zu der „Misshandlung" der sechs französischen Polizisten am Flughafen Conakry gefordert. Kouyaté habe versichert, dass die guineischen Polizisten sich keinesfalls gegen ihre französischen Kollegen gewandt, sondern im Gegenteil diese in Sicherheit gebracht hätten, nachdem schockierte Passagiere den Abgeschobenen geholfen hatten, sich gegen sechs Polizisten zu wehren, die sie ohne Information der guineischen Regierung, also „heimlich", um vier Uhr morgens auf dem Flughafen abgeliefert hatten. Hortefeux nahm diese Erklärungen positiv auf und bedauerte seinerseits, dass Guinea nicht ordnungsgemäß informiert wurde. Künftig sollten die Rückführungen besser koordiniert werden. Kouyaté habe angekündigt, dass der guineische Außenminister demnächst zur Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens nach Frankreich reisen werde.

Diesen Ereignissen vorangegangen waren Auseinandersetzungen über einen seit dem 15. Juni 2007 andauernden Hungerstreik von ca. 60 Papierlosen in Lille sowie ähnliche Aktionen in Rennes und Toulouse. Auch die beiden Abgeschobenen gehörten zu diesen Sans Papiers. Am 13. August 2007 hatte der französische Einwanderungsminister den zuständigen Konsul der guineischen Botschaft zu einem Gespräch einbestellt und ihn aufgefordert, mit Hilfe eines nach Lille geschickten Dorfältesten die guineischen Sans Papiers zur Beendigung ihres Hungerstreiks zu bewegen. Diese seien die Rädelsführer von Aktionen gegen die Regierung Sarkozy, und wenn dies nicht beendet werde, gebe es für Guineerinnen keine Visa und keine Legalisierungen mehr. Am 30.8. schließlich wurde der Abbruch des Hungerstreiks in Lille gemeldet.

Die aktuellen Auseinandersetzungen müssen im Zusammenhang mit der Geschichte Guineas und den politischen Entwicklungen seit Jahresbeginn gesehen werden. Guinea wurde 1958 als erstes westafrikanisches Land von Frankreich unabhängig und wandte sich unter Präsident Sekou Touré scharf von der ehemaligen Kolonialmacht ab und dem „sozialistischen Lager" zu.

Nach Sekou Tourés Tod 1984 gelangte Lansana Conté durch einen Militärputsch an die Macht und ließ sich in fragwürdigen Wahlen als Präsident bestätigen. Unter seiner Herrschaft öffnete sich Guinea dem Westen und entwickelte sich trotz seines Rohstoffreichtums (u.a. Bauxit) zu einem der ärmsten und korruptesten Länder der Welt. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung fand ihren Ausdruck zum einen in zuneh-

mender Auswanderung, zum andern in einer traditionell starken und inzwischen auch politisch oppositionellen Gewerkschaftsbewegung.

Guinea als Büttel europäischer Abschiebepolitik

Am 10. Januar 2007 wurde ein Generalstreik ausgerufen, der im ganzen Land zu einer Bewegung anwuchs, der es nicht nur um ökonomische Forderungen (z.B. Preissenkungen für Grundnahrungsmittel), sondern auch um den Rücktritt des Präsidenten und Bildung einer neuen Regierung ging. Präsident Conté antwortete am 9. Februar mit der Verhängung des Kriegsrechts, worauf bei Demonstrationen und willkürlichen Hausdurchsuchungen ca. 150 Menschen getötet und Tausende verletzt wurden. Durch Vermittlung der ECOWAS[1] wurde Ende Februar Lansana Kouyaté als neuer Premierminister ernannt. Dieser versprach eine Neubesetzung der Funktionärskader, Preissenkungen und eine Verbesserung der Wasser- und Stromversorgung. Vor allem gestützt auf Teile des Militärs blieb jedoch Präsident Lansana Conté weiter im Amt. Weltbank, EU-Kommission und andere Geldgeber sagten 90 Millionen Dollar für Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und Armutsbekämpfung zu, und der IWF sprach von sichtbaren Fortschritten seit Kouyatés Regierungsübernahme. Die außerparlamentarische Opposition zog jedoch Anfang Juli eine vernichtende Bilanz der neuen Regierung: Zusagen seien nicht erfüllt worden. Die Gewerkschaften schließen für den Herbst weitere Streiks nicht aus. Dabei geht es auch um Korruption und die Besetzung von Posten in der Verwaltung.

Ein Beispiel für Korruption und Kollaboration guineischer Staatsbediensteter mit europäischen Abschiebebehörden sind die Besuche dubioser Delegationen aus Guinea, die seit 2005 mehrfach in Deutschland (Hamburg, Dortmund, Braunschweig), der Schweiz, Frankreich, auf den Kanarischen Inseln und wahrscheinlich auch in weiteren EU-Ländern stattfanden und meist von Protesten begleitet waren. Zweck der Reisen von jeweils vier hohen Beamtinnen des guineischen Innen- und Außenministeriums: „Identifizierung" afrikanischer Flüchtlinge als guineische Staatsangehörige und Ausstellung von Papieren für die Abschiebung. Eigentlich ist dies Aufgabe der Botschaft, aber da die diplomatischen Vertretungen Guineas nicht genug „Kooperationsbereitschaft" zeigten, sprich: nicht jedem afrikanischen Flüchtling, den europäische Behörden zum Guineer erklärten, entsprechende Papiere ausstellten, wurden mit erheblichen Geldbeträgen[2] willige Staatsbedienstete aus Guinea eingeflogen und Hunderte von Afrikanerinnen zu „Interviews" in die Ausländerbehörden vorgeladen. Beim dritten Besuch der Delegation in Deutschland stellte sich heraus, dass ihr Leiter, Herr N'Faly Keita, leitender Beamter der Visaabteilung im guineischen Außenministerium, sich auch als so genannter „Schleuser" betätigt und ausreisewilligen Guineerinnen für horrende Beträge Visa und Flugtickets nach Europa besorgt hatte. Nach Zeugenaussagen betroffener Flüchtlinge ermittelt die Staatsanwaltschaft Dortmund seit gut einem Jahr in dieser Angelegenheit.

Neuer Delegationsleiter ist inzwischen Ousmane Diao Balde, Keitas (ehemaliger) Vorgesetzter. Er soll auch mit dem Bundesinnenministerium über ein

[1]Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Economic Community of West African States)

[2]Neben Reisekosten gab es pro Person Tagegelder von 100 Euro und „Gebühren" pro Reisepapier in unbekannter Höhe.

Rückübernahmeabkommen verhandeln, tauchte allerdings entgegen den Ankündigungen nicht in Deutschland auf. Auf Grund von Protesten von Betroffenen und einer Oppositionspartei erklärte das guineische Außenministerium in einem Communiqué vom 1. August 2007 (einen Tag vor der Beendigung der Anhörungen in Braunschweig) den Stopp jeder Mission zur Identifizierung und Abschiebung. Vorher müsse ein Abkommen abgeschlossen werden, das die Sorgen Guineas berücksichtige. Ob das nun heißt, dass die bereits ausgestellten Abschiebepapiere keine Gültigkeit haben, ist fraglich.

In der Schweiz war die dubiose Guinea-Delegation im November 2006 aktiv. Außerdem sollen die für die Schweiz zuständigen Mitarbeiter der guineischen Botschaft in Paris mit Hilfe von Herrn Keita einigen Schweizer Kantonen Blankopapiere zur Abschiebung guineischer Flüchtlinge verkauft haben. Als Folge dieser Dienstleistungen verlässt monatlich ein Abschiebecharter mit fünf bis sieben angeblichen Guineerinnen die Schweiz Richtung Conakry. Die Zahl der aus der Schweiz abgeschobenen Guineerinnen hat sich gegenüber 2004 auf 53 vervierfacht, zehn Mal so viele sind untergetaucht. Inzwischen wurde auch von den Kanarischen Inseln von Besuchen einer Delegation aus Guinea berichtet.

Auch in Afrika selbst hat die guineische Regierung ihre Dienste als Abschiebehelfer angeboten: So gab es Anfang Februar 2007 Streit um die Aufnahme von ca. 400 Flüchtlingen von einem auf dem Weg zu den Kanaren in Seenot geratenen Frachter namens „Marine I". Nach etlichem Hin und Her wurde er nach Mauretanien geschleppt – unter der Bedingung, dass die Flüchtlinge von dort mit spanischer Finanzhilfe sofort abgeschoben werden. Nach der Weigerung anderer Länder akzeptierte der guineische Präsident die afrikanischen Flüchtlinge und steckte sie in Guinea in ein Lager. Auch Ende März ließ Conté ein von Frontex-Booten[3] gestopptes Schiff mit 350 asiatischen Flüchtlingen in den Hafen von Conakry schicken, da es angeblich von dort ausgelaufen sei. EU-Justizkommissar Frattini sprach in einem Interview der F. A.Z. vom 29. März 2007 der guineischen Regierung für ihre Abschiebehilfe ein großes Lob aus: „Guinea hat dabei bisher einen positiven Geist der Kooperation gezeigt."

All diese Vorfälle zeigen, dass im Feld der Migration widersprüchliche Interessen eine Rolle spielen: Zuerst natürlich das berechtigte Interesse von Flüchtlingen und Migrantinnen, selbst entscheiden zu können, wohin sie gehen, um in Sicherheit leben und Geld nach Hause schicken zu können. Inzwischen machen die Rücküberweisungen weltweit offiziell fast das Dreifache der „Entwicklungshilfe" aus. Somit haben nicht nur die Familien der Migrantinnen Interesse an diesen RückÜberweisungen, sondern auch die Regierungen der Herkunftsländer. Diese müssten sonst sehr viel mehr soziale Unruhen fürchten – oder Ernährung, Schulbesuch, Gesundheitsversorgung etc. der Mehrheit ihrer Bevölkerung auf andere Weise finanzieren. Nicht zuletzt haben auch korrupte Staatsbedienstete ein Interesse an Migration, vom Leiter der Visaabteilung bis zum Polizisten am Flughafen, der für entsprechendes Geld Ausreisewillige passieren lässt. Dem stehen die Interessen von Regierungs- und Verwaltungsmitgliedern an Geldern entgegen, die europäische Regierungen für Rückübernahmeabkommen und entsprechende Dienstleistungen bei Abschiebungen zahlen.

Migrantinnen: Rechtlos und damit optimal ausbeutbar

In den EU-Ländern hingegen gibt es nicht nur das Interesse der Regierungen, sich unerwünschter Flüchtlinge zu entledigen. Der Wirtschaft und den Unternehmen kommen rechtlose und damit optimal ausbeutbare Arbeitskräfte durchaus zupass. Welche Interessen sich jeweils durchsetzen, hängt nicht zuletzt von politischen Kämpfen ab – z.B. von Opposition und Gewerkschaften im Herkunftsland, aber auch von Flüchtlingen, Migrantinnen und ihren Unterstützerinnen in den Zielländern der Migration.

Conni Gunßer

Entnommen aus der ak Nr. 520

[3]Gegen Migrantinnen gerichtete gemeinsame Grenzsicherungsinstitution der EU (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union)

Crush Hour Concerts präsentiert:

Am Donnerstag 15.11.2007, 21h

Guts Pie Earshot (Münster)

GUTS PIE EARSHOT gehören sicherlich zu den ungewöhnlichsten Live-DrumnBass Bands, die musikalisch im entfernten Sinn etwas mit Punk/Hardcore zu tun haben.Punk- und DrumnBass - Grooves, klassische und orientalische Melodien lassen ganze Universen vor dem geistigem Auge entstehen.

Getanzter Hardcore, Klassik, Ambient, Tekno und Folk zerfliessen in Breakbeats zum berühmten „Kopfkino", entführen in Parallelwelten und lösen sich in Geschichtenerzählen und Traumwandeln... Rauschzustand!Die Emotionalität und die dichte energiegeladene Atmosphäre der Musik stellt abseits von Mainstream und Konformität seit 14 Jahren die gängigen Hörgewohnheiten auf die Probe. Dabei bleiben die beiden Musiker ihren Punk-Wurzeln treu.

Den meisten ZuschauerInnen, die nicht das erste mal ein Konzert im Alhambra besuchen, sind sie sowieso schon von vielen, immer wieder beeindruckenden Konzerten ein fester Begriff. Bei uns das nächste mal zu sehen sind sie am 15.11. um 21 Uhr im Alhambra.

Am Montag 10.12.2007, 21h

Schwervon! (New York) + Jo Snyder solo (von Anthem Red, Kanada)

die Anthem-Red/Sixty-Stories-Sängerin Jo Snyder hat sich entschlossen, nach dem kurzfristigen Ausstieg der Bassistin und Tourabsage, die schon geplante Europatour ohne ihre Band durchzuziehen. begleitet von einer Freundin und von Elektronischen Beats wird es sicherlich ruhiger als von Anthem Red gewohnt.

Schwervon!, das sympathische Gitarre-Bass-Duo aus New York, bringt trotz abfallender Antifolk-Welle, bei uns schon zum dritten Mal, ihre minimalistische, rock'n'rollige und amüsante Version von aktueller New Yorker Alternative Music.

November 07

Do.	1.11.	21:00	Konzert: Fire at the paperfactory
Fr.	2.11.	22:00	Reggae Yard: Ska, Dub, Dancehall, Roots Reggae, Jungle, Ragamufin Reggae
Sa.	3.11.	22:00	Lesbischwule Halloween-Party
Di.	6.11.	21:00	Subklub Rauchen - Ausstellungen + Film
Fr.	9.11.	21:00	Konzert: Imentu + Presence of Mind + Poetry is no crime + The analog project
Sa.	10.11.	22:00	*Sternchen*-Party mit Konzert: Rhythm King and Her Friends (ehemals FrauenLesbenDragTrans-Party)
Do.	15.11.	22:00	Crush Hour Concerts: Guts Pie Earshot
Fr.	16.11.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.	17.11.	22:00	Männerfabrik
Do.	22.11.	22:00	Party der Fachschaft Sonderpädagogik
Fr.	23.11.	22:00	Big Dance in Town
Sa.	24.11.	22:00	Rosa Disco
Fr.	30.11.	21:00	Punkinvasion I (Punkkonzert): Cotzraiz + Einsturz + Comix + DNG

Dezember 07

Sa.	1.12.	22:00	Homophilias - Party für Lesben & Schwule
Fr.	7.12.	22:00	Reggae Yard: Ska, Dub, Dancehall, Roots Reggae, Jungle, Ragamufin Reggae
Sa.	8.12.	22:00	Psychedelic Music
Mo.	10.12.	22:00	Crush Hour Concerts: Schwervon! (NYC) + Jo Snyder (Kanada)
Fr.	14.12.	20:00	Konzert Jugendbands
Sa.	15.12.	22:00	Männerfabrik
Fr.	21.12.	22:00	¡Ya basta!-Party
Sa.	22.12.	21:00	Metal Hard Core Festival
Di.	25.12.	23:00	Elektro-Party
Do.	27.12.	19:30	Arschtritt-Rockfestival
Fr.	28.12.	19:30	Arschtritt-Rockfestival
Sa.	29.12.	22:00	Rosa Disco
Mo.	31.12.	23:00	Winternachtstraum Goa-Party

Wöchentlich:

Mo.	19:00	Archiv
Mo.	19:30	Crush Hour Concerts
Mo.	20:30	Antifa - Cafe
Di.	20:00	Subklub
Do.	17:00-20:00	Infoladen
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi.	20:00	Frauenlesben Kneipe
2. Mo.	20:00	Politische Werkstatt
2. Fr.	20:30	Alhambra-NutzerInnenplenum